

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 24 Bg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Bg. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bg. Postabonnementspreis: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum 50 Bg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Versammlungs-Anzeigen 80 Bg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Bg., jedes weitere Wort 10 Bg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Bg., jedes weitere Wort 5 Bg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Kriegserklärung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht soeben den Inhalt der preussischen Wahlrechtsvorlage. Wir geben weiter unten den amtlichen Artikel im vollen Wortlaut wieder. Nach diesen Mitteilungen bedeutet die Wahlrechtsvorlage der Regierung nichts Geringeres als die brutale und hässliche Kriegserklärung an die Wahlberechtigten, also die große Masse des Volkes!

Der kurze Sinn der ganzen Vorlage ist der, daß die Masse der Wähler auch fernerhin schmachvoll entrechtet werden soll! Denn bestehen bleiben soll das infame System der Dreiklassenenteilung, das nicht minder infame System der agrarischen Wahlkreiseinteilung und — um der Brückierung die Krone aufzusetzen — auch die öffentliche Stimmgabe!

Gefallen ist lediglich die indirekte Wahl. Als Zugeständnis an die Forderungen der Entrechteten kann diese „Reform“ kaum in Frage kommen. Beseitigt sie doch nur eine Unbequemlichkeit, unter der alle Parteien in der gleichen Weise litten, auch die Vertreter der bestehenden und privilegierten Klassen. Jrgend ein Vorteil für die Entrechteten springt durch diese Aenderung nicht heraus!

Auch die neue Bestimmung der Vorlage, daß künftig die Steuerbeträge von 5000 Mark ab nicht mehr für die zu drittelnde Steuer summe in Anrechnung gebracht werden sollen, ändert nicht das geringste an der Tatsache, daß die ungeheure Mehrheit sämtlicher Wähler nach wie vor der dritten Klasse angehören, also rechtlos sein soll! Jetzt gehören 82 Proz. der Wähler der dritten Klasse an. Selbst wenn die Nichtanrechnung der Steuerbeträge über 5000 M. hinaus zur Folge haben sollte, daß eine halbe Million Wähler aus der dritten in die zweite Klasse aufsteigen würden, so verbleiben trotzdem noch 75 Proz. der Wähler, drei Viertel der gesamten Wähler, in der dritten Klasse, der Klasse der Heloten, der Rechtlosen!

Die große Masse des Volkes bleibt nach wie vor schamlos entrechtet. In dieser Entrechtung wird durch die armseligen Fiktionen nicht das geringste geändert; ja diese Entrechtung wird dadurch noch schmachvoller und kränkelnder gemacht, daß die Vorlage konsequent darauf abzielt, das Volk der Arbeit, die Arbeiter, Handwerker, kleinen Geschäftslente und Kleinbauern in der dritten Klasse säuberlich zu isolieren, dagegen den besser situierten Mittelstand und die schon bei der Befoldungsreform ganz besonders begünstigten Militär-Anwärter aus der dritten Klasse heraus zu heben!

Die Nichtanrechnung der Steuern über 5000 M. hinaus wird ja nicht der nichtbesitzenden Klasse, sondern in erster Linie den Besitzenden zugute kommen. Nicht wenige dieser Besitzenden wählen ja bisher ebenfalls in der dritten Abteilung! In mehr als 9000 der insgesamt rund 29 000 Urwahlbezirke der dritten Klasse betrug ja nach der neuesten amtlichen Wahlstatistik die Obergrenze des Einkommens mehr als 3000 M., in mehr als 2300 sogar mehr als 6000 M.! In diesen Wahlbezirken gehörten also auch Vesser-, sogar Gutstulerer zur dritten Klasse. Daß auch Bourgeois in die Klasse der Heloten hinabgestoßen werden, diesem in Bourgeoiskreisen schmerzlich empfundenen Mißstand will jetzt die Wahlrechtsvorlage abhelfen! Und zwar dadurch, daß sie die über 5000 M. hinausgehenden Steuerbeträge nicht mehr in Anrechnung bringt. Infolge dieser Bestimmung wird eine Anzahl reicher Wähler zweiter Klasse in die erste Klasse aufrücken und vor allen Dingen behütet werden, daß eine Anzahl von Begüterten künftighin noch in der dritten Klasse wählen muß! Der Besitz soll also unter allen Umständen zu seinem Vorrechte kommen, er soll fernerhin nicht mehr dazu verurteilt sein, in einer Klasse mit Hungerleidern und Habenichtsen zusammen zu wählen! Der brutale Charakter des preussischen Klassenstaates soll künftig noch mehr als bisher in dem preussischen Wahlrecht seinen unverfälschten Ausdruck finden!

Aber nicht nur das Privileg des Besitzes soll gründlicher und umfassender noch als bisher festgelegt werden, sondern auch das der „Bildung“. Wer ein Einkommen von mehr als 1800 M. besitzt und sich dazu noch seit 15 Jahren im Besitz des Einjährigengenußes befindet, soll in der zweiten Wählerklasse wählen dürfen! Man sieht, die „höhere Bildung“ allein tut's noch nicht! Selbst ein Studierter, der nicht das entsprechende Einkommen verdient, bleibt in der dritten Klasse. Die Bildung spielt hier keine Rolle, der schnelle Wammon ist alles! Und auch ein „Einjähriger“, der 1800 M. verdient, kommt noch nicht ohne weiteres in die zweite Klasse, sondern erst dann, wenn er eine

„gereifte Berufserfahrung“ besitzt! Um in Preußen Abgeordneter zu werden, bedarf es weder eines bestimmten Einkommens, noch höherer staatlich attestierter Bildung, noch auch der „gereiften Berufserfahrung“! Immerhin will die Wahlrechtsvorlage auch der „Bildung“ ein neues Privileg schaffen, wodurch sie jedoch nur das Privileg des Besitzes erweitert! Denn der Besuch höherer Schulen ist ja schließlich nichts anderes als ein Vorrecht der Besitzenden!

Den durch Besitz und Bildung Privilegierten gleichgestellt werden freilich die Militär-Anwärter! Wer zwölf Jahre lang den „vornehmsten Rock“ getragen und seit fünf Jahren den Zivilversorgungsschein in der Tasche hat, der soll gleichfalls in der zweiten Klasse wählen dürfen! Das Drillen der Rekruten gilt also als wertvollere Leistung als die ehrliche Arbeit des Proletariats, des Handwerkers oder Kleinbauern!

Wer sich aber einbilden wollte, daß durch die Privilegien an die Besitzer des Einjährigengenußes und des Zivilversorgungsscheines wenigstens den mittleren und einzelnen Kategorien der Unterbeamten eine Begünstigung zuteil werde, der irrt sich gründlich. Denn das Damoklesschwert der Maßregelung sorgt ja bei der öffentlichen Abstimmung dafür, daß die Beamten von ihrem Wahlrecht keinen ihrer innersten Ueberzeugung entsprechenden Gebrauch machen können! Die Beamten dürfen zwar unter Umständen in der zweiten Klasse wählen, aber nur dann, wenn sie so stimmen, wie es ihren Vorgesetzten genehm ist! Trotz der Zuteilung zur zweiten Klasse ist also der Beamte doch nur Helot, Stimmgewicht für die Reaktion! Daß man nur Beamten mit „gereifter Berufserfahrung“ die Wahl in der zweiten Klasse sichern will, entspringt der perfiden Erwägung, daß ältere Beamte mit Familie nicht mehr den Mut haben werden, sich einer Maßregelung anzufügen! So stellt die Wahlrechtsvorlage der Regierung in jeder Beziehung eine Infamie dar!

Damit ist der Charakter der beabsichtigten Wahlreform im großen und ganzen gekennzeichnet. Die neuen Bestimmungen über die Feststellung des Wahlergebnisses lassen sich im Augenblick nicht beratend übersehen, um ihre Tragweite und etwaige weitere Perfiden festzustellen. Dabei sehen wir voraus, daß die Drittelung der Wähler auch fernerhin nach Urwahlbezirken erfolgt, nicht über den ganzen Wahlkreis! Denn sollte das letztere beabsichtigt sein, so wäre das eine skandalöse Verschärfung der Rechtlosigkeit der großen Masse der Wähler! Bezeichnet doch selbst die neueste amtliche Wahlrechtsstatistik die „Bildung der Abteilungslisten für jeden Urwahlbezirk“ als „Gegenwirkung gegen die Plutokratifizierung des preussischen Wahlrechts.“ Auch wird ja diese Gegenwirkung ohne hin zum guten Teil paralytisch durch die Nichtanrechnung der Steuern über 5000 M. hinaus! Denn in den feudalen Urwahlbezirken, wo solche Steuerzahler wohnen, werden jetzt die Besitzenden aus der dritten Klasse in die zweite Klasse aufrücken und künftig die Portiers, Kutscher, Lakaien und anderes „Proletengesinde“ in der dritten Klasse unter sich lassen! Die Klassen-einteilung der proletarischen Urwahlbezirke aber wird durch die neue Bestimmung völlig unbeeinträchtigt bleiben!

Fassen wir unser Urteil zusammen, so ergibt sich das Folgende:

Die Wahlrechtsvorlage bringt der Masse der Entrechteten nicht den mindesten Vorteil!

Die Chancen für die arbeitenden Klassen, mehr Vertreter in das Dreiklassenparlament zu entsenden, sind um kein Atom verbessert worden!

Mindestens drei Viertel der Wähler werden auch künftig der dritten Klasse, der Klasse der Rechtlosen angehören!

Dagegen ist die Dreiklassenschmach noch verschärft worden durch die Heraushhebung aller Besitzenden aus der Klasse der Wahlrechts-Heloten!

Die Wahlrechtsvorlage der Regierung bedeutet nichts Geringeres, als die dauernde Knebelung und Entrechtung der großen Volksmehrheit!

Die Wahlrechtsvorlage ist die Kriegserklärung an das preussische Volk!

**Wohlan! Das Volk nimmt den Kampf auf!**

## Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten wird alsbald dem preussischen Abgeordnetenhaus zugehen.

Die Thronrede vom 20. Oktober 1908 hatte eine organische Fortentwicklung der Wahlrechtsvorschriften verheißen. Damit war die Aufgabe bezeichnet, die mit dem nunmehr fertiggestellten Gesetzentwurf zu lösen war. Die organische Fortbildung des Wahlrechts auf den verfassungsmäßigen Grundlagen schloß den Uebergang zu einem völlig anderen Wahlsystem aus. Danach kam ein nach Berufsständen gegliedertes System so wenig in Frage als ein Proportional- oder ein Pluralwahlrecht. Alle diese Systeme sind in ihren Grundzügen von dem geltenden Dreiklassenwahlrecht verschieden. Es handelte sich vielmehr darum, das bisherige Wahlrecht auf Grund der gewonnenen Erfahrungen von Mängeln zu befreien und den Verhältnissen der Gegenwart anzupassen. Der Grundgedanke der Dreiteilung der Wählerschaft ist beibehalten worden.

Vielmehr ist gegen die Dreiklassenwahl geltend gemacht worden, daß sie die breiten Volksschichten vom Einfluß auf die Wahlen ausschleue und regelmäßig zur Ueberstimmung der dritten Abteilung durch die beiden oberen Abteilungen führe. Diese Behauptung hält vor der Statistik nicht stand. Ergibt die Statistik schon die Tatsache, daß sogar noch von den „Drei-Mark-Wählern“ 128 700 zur zweiten und 8993 zur ersten Abteilung gehören, so widerlegt sie vor allem durchaus die Annahme, daß die Mehrzahl der Abgeordneten aus Minoritätswahlen herkömme. Nur in 17,18 Proz. der Urwahlbezirke ist die dritte Abteilung von den anderen überstimmt worden. Für die Berliner Urwahlbezirke allein gerechnet, ist der Prozentfuß höher, aber doch nur 40,31. Die Wahlstatistik erweist ferner, daß die Mehrzahl der Abgeordneten in allen drei Abteilungen über die Mehrheit verfügten. Von den 443 Mitgliedern des Hauses haben 435 im Jahre 1903 die Mehrheit der Wahlmännerstimmen der zweiten Abteilung, 356 die der dritten erhalten. 271 Abgeordnete vereinigten, neben mehr als 1/2 der Wahlmännerstimmen der beiden oberen Abteilungen, die ihnen allein schon den Sieg gesichert haben würden, größtenteils auch die Mehrheit der Wahlmännerstimmen der dritten Abteilung auf sich. Unter ihnen befinden sich überhaupt nur 24, bei denen dies nicht der Fall war, und unter diesen nur 8, die weniger als 1/2 der Wahlmännerstimmen der dritten Abteilung erhalten haben. Diese Fälle sind nicht zahlreicher als die einer umgekehrten Stellungnahme der Wählerabteilungen gegeneinander, bei der es auf die Stimmen der ersten oder der zweiten Abteilung an sich nicht mehr angekommen wäre, weil die der beiden anderen Abteilungen allein schon den Ausschlag hätte geben können.

Die Mängel des Systems liegen auf anderem Gebiete, zunächst in der indirekten Wahl und bei der mit dem Wahlmännerstimmensystem zusammenhängenden Vernachlässigung der Minoritäten; sodann in den Anomalien, die sich in der ersten Abteilung aus dem übermäßigen Stimmengewicht der großen Steuerzahler ergeben und sich in den „Einer- und Zweier-Abteilungen“ zeigen; weiter in der ausschließlichen Anwendung des Steuermaßstabes bei der Bildung der Abteilungen. Diesen Mängeln will die Vorlage durch folgende Maßnahmen abhelfen:

Von der indirekten Wahl soll zur direkten Wahl übergegangen werden. Daß die indirekte Wahl sich überlebt hat und in die heutigen Verhältnisse nicht mehr hineinpaßt, kann nicht bestritten werden. Mit dem Uebergang zur direkten Wahl wird das politische Interesse der Wähler gesteigert, und mit der größeren Teilnahme an den Wahlen werden die Wünsche der Bevölkerung besser zum Ausdruck gelangen.

Die zweite wichtige Neuerung schlägt die Vorlage mit der sogenannten „Maximierung“ vor: es soll eine Grenze festgelegt werden, über die hinaus die Steuerleistung nicht mehr angerechnet wird. Diese Grenze ist bei 5000 M. Gesamteinkommen gewählt. Von diesem Maximierungssatz werden etwa 13 000 Wähler getroffen. Er entspricht einem einkommensteuerpflichtigen Einkommen von 40 000 bis 42 000 M., da durchschnittlich in 5000 M. Gesamteinkommen 1315 M. Staatseinkommensteuer enthalten sind. Die Maximierung wird demnach den übermäßigen Einfluß der „Millionäre“ ausschalten und die Bildung der erwähnten Einer- und Zweier-Abteilungen verhindern.

Die dritte Neuerung will neben dem Steuermaßstab weitere Merkmale für die Bildung der Abteilungen ausstellen. Als solche bieten sich höhere Bildung, gereifte Berufserfahrung, verdienstvolle Tätigkeit im öffentlichen Leben. Damit wird der Ausbreitung der Bildung, des politischen Verständnisses und der Staatsgesinnung Rechnung getragen und den Klagen über unbillige Gruppierung der Wähler allein nach ihrem Besitz begegnet werden.

Eine weitere Verbesserung ergibt sich aus der Art der Stimmzählung. Es soll abteilungsweise in Stimmbezirken abgestimmt werden. Die Zusammenrechnung der Stimmen soll aber in jeder Abteilung für den ganzen Wahlbezirk erfolgen, so daß die Minoritäten der einzelnen Stimmbezirke bei dem Gesamtergebnis zur Geltung kommen.

Die Tendenz der Vorlage läßt sich also dahin zusammenfassen, daß sie unter Aufrechterhaltung der bisherigen Grundlagen des Wahlrechts und des Einflusses der mittleren Stände plutokratische Ausartungen beseitigt und für die Zukunft verhindert, und daß sie die Teilnahme der Wählerschaft an den Wahlen belebt.

Die Einführung der geheimen Abstimmung hat die Regierung bereits in der Erklärung vom 10. Januar 1908 abgelehnt. Es wird mithin die Stimmgabe zu Protokoll

**Verhalten.** In Neuen Stimmbereichen, die zur Erleichterung der Wahl notwendig sind, läßt sich das Wahlgeheimnis für die zweite und dritte Abteilung nicht wahren, und man kann nicht der dritten Abteilung gewähren, was sich für die beiden anderen nicht sichern läßt.

Gegen böswillige Verletzungen des Wahlgeheimnisses und gegen terroristische Beeinflussungen der Wähler schließt auch die geheime Wahl erfahrungsgemäß nicht. Sie beginnt eher die Neigung, sich solcher Mittel zu bedienen, fördert die heimliche Verbreitung von Unzufriedenheit und birgt die Gefahr in sich, daß auch in Wählerkreisen, auf deren Erhaltung bei unerschütterlichem Staatsbewußtsein nicht verzichtet werden kann, das politische Verantwortlichkeitsgefühl abgestumpft wird. Die im preussischen Staate überlieferte Öffentlichkeit der Wahl erhält das Bewußtsein politischer Verantwortlichkeit rege, und nur durch Stärkung und Erhaltung dieses Bewußtseins schreitet die Selbstregierung des Volkes zu Staatsgewinnung und zu politischem Fortschritt vorwärts. Ein Blick in die Statistiken der Landtags- und der Reichstagswahlen zeigt zudem, daß die geheime Wahl staatsfeindlichen Bestrebungen den Schein einer Stärke und Verbreitung verleiht, die sie nicht besitzen. Der Sozialdemokratie gibt bei den Landtagswahlen nur ein Drittel, in Berlin nur wenig über die Hälfte der Wähler wieder die Stimme, die wenige Monate vorher bei den Reichstagswahlen für sie gestimmt haben. Und doch besteht kein Zweifel darüber, und wird auch von der sozialdemokratischen Parteipresse ausdrücklich anerkannt, daß diese Partei bei der öffentlichen Stimmabgabe nicht minder als bei der geheimen alle ihre überzeugten Anhänger und jeden ihrem Einflusse sonst wirklich zugänglichen Wähler für sich in Bewegung zu setzen weiß.

Im preussischen Staate beherrscht der Grundsatz der Öffentlichkeit auch sonst alle wichtigeren Vorgänge des staatlichen Lebens, namentlich das weite Gebiet der kommunalen Wahlen. Eine Veränderung des Landtagswahlrechts in diesem Punkt würde kaum ohne Rückwirkung auch auf alle diese anderen Gebiete des öffentlichen Lebens bleiben können.

Die neuen Merkmale für das Aufsteigen in eine höhere Abteilung werden in den §§ 8, 9 und 10 des Entwurfs behandelt.

Der § 8 will abgeschlossene Hochschulbildung, Mitgliedschaft im Reichs- und Landtag, ehrenamtliche Tätigkeit in den Selbstverwaltungs-Ansichtsbehörden und in den Verwaltungsförperschaften der höheren Kommunalverbände, sowie Offiziersdienst im Meer und in der Marine als Merkmale für das Aufsteigen angesehen wissen. Wähler mit solchen Merkmalen sollen aus der zweiten oder dritten Abteilung der nächsthöheren zugewiesen werden. Aktive Mitglieder der Parlamente und in Ehrenämtern der Selbstverwaltung befindliche Wähler stehen meist schon in gereifterem Lebensalter. Sie werden durch ihre ganze Tätigkeit schon fortgesetzt auf eine verständnisvolle Beurteilung öffentlicher Angelegenheiten hingewiesen. Sie sollen daher ohne weiteres auf die Erhöhung ihres Stimmgewichts nach § 8 Anspruch haben.

Für die ehrenamtlich in den Verwaltungskörpern der engeren Kommunalverbände tätigen Wähler schreibt der § 9 des Entwurfs vor, daß sie aus der dritten in die zweite Abteilung aufsteigen sollen. Es fallen hierunter die unbesoldeten Bürgermeister, Beigeordneten und Mitglieder der Magistrats freisangehöriger Städte und die ehrenamtlichen Vorsteher und Mitglieder der ländlichen Gemeindevorstände. Ihnen an die Seite gestellt sind die ehrenamtlich tätigen rheinischen Bürgermeister, westfälischen Amtmänner und Amtvorsteher in den übrigen Provinzen. Auch bei diesen Wählergruppen soll der Anspruch auf das erhöhte Stimmgewicht dauernd durch wenigstens 10jährige Tätigkeit in den bezeichneten Ehrenämtern erworben werden.

Nach § 10 sollen endlich der zweiten Abteilung diejenigen nach der Steuerleistung in die dritte Abteilung fallenden Wähler zugewiesen werden, welche mit einem Einkommen von mehr als 1600 M. zur Staatssteuerverpflichtung verpflichtet sind und entweder seit 15 Jahren sich im Besitz der Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst befinden oder seit wenigstens 5 Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst auf Grund wenigstens zwölfjähriger militärischer oder gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Forstdienst besitzen. Beide Gruppen sollen nach dem Entwurf den Anspruch auf die Zuweisung zur zweiten Wählerabteilung aber erst besitzen, wenn sie ein gewisses, schon reichere Lebensführung und Einsicht in öffentliche Angelegenheiten währendes Lebensalter erreicht haben und auch nach ihrer äußeren Lebenslage zu den Angehörigen des Mittelstandes gerechnet werden können.

Die Feststellung des Wahlergebnisses soll sich folgendermaßen vollziehen:

Für jede Abteilung gesondert wird die Zahl der im ganzen Landtagswahlbezirk abgegebenen gültigen Stimmen zusammengezählt, und der Anteil jedes Kandidaten an den abgegebenen gültigen Stimmen abteilungsweise nach Hundertteilen der Stimmen festgestellt. Die so gewonnenen Hundertteilzahlen aller Stimmen jeder Abteilung werden für jeden Kandidaten zusammengestellt, ihre Summe wird durch drei geteilt. Gewählt ist, wessen durchschnittlicher Stimmenanteil hiernach mehr als fünfzig vom Hundert beträgt. Bei diesem Verfahren wird das gleiche Gewicht des Einflusses jeder der drei Abteilungen auf das Gesamtergebnis der Wahl innerhalb des ganzen Landtagswahlbezirk vollkommener gerechnet als bisher. Das neue Verfahren hat ferner, wie schon erwähnt, den wesentlichen Vorzug vor dem bisherigen, daß es nicht die Stimmen der Minderheiten in den einzelnen Wahlbezirken vom Einfluß auf das Gesamtergebnis ausschaltet, sondern jede Stimme im ganzen Wahlbezirk für die Wahl des Abgeordneten zur Geltung bringt und den Blick der Wähler auf die Interessen des ganzen Wahlbezirk lenkt. Verhältnisse der engeren örtlichen Umgebung werden insoweit in Zukunft einen geringeren Einfluß auf die Stellungnahme der Wähler üben, als es vielfach bei der Wahl der Wahlmänner in den Wahlbezirken bisher der Fall gewesen ist. In der Ungewißheit des Wahlausfalls für den ganzen Wahlbezirk, der nicht mehr, wie es in vielen Wahlbezirken jetzt schon mit der Aufstellung der Wahlmannskandidaten der Fall ist, den Wählern erkennbar feststehen wird, liegt ein starker Anreiz zu regerer Beteiligung an der Wahl, deren Belegung vor allem anzustreben ist. Nicht minder auch in dem nunmehrigen Rechte jedes Wählers, unmittelbar selbst für den Kandidaten einzutreten, der ihm zum Abgeordneten seines Landtagswahlbezirk am geeignetsten erscheint.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Februar 1910.

### Geschäftsordnungsreform und portugiesischer Handelsvertrag.

Aus dem Reichstage, 4. Februar. Zur zweiten Lesung des Etats des Reichstags waren von der sozialdemokratischen, der freisinnigen und der nationalliberalen Partei Anträge betreffs Abänderung der Geschäftsordnung eingebracht. Es sollte auf dem Wege der Resolution die Geschäftsordnungscommission beauftragt werden, im Sinne der in voriger Session bereits verhandelten Anträge die Interpellationen wirksamer zu machen durch Angliederung des Rechts, daran Anträge zu knüpfen. Die Zentrumspartei hatte ihrerseits einen gleichartigen Antrag in der Weise erweitert, daß darin überhaupt von der Revision der Geschäftsordnung gesprochen wurde. Außerdem beantragten Zentrum und Nationalliberale die Ausdehnung der Eisenbahnfreifahrt für die Abgeordneten über die ganze Legislaturperiode.

In der Diskussion begründete Genosse Singer den sozialdemokratischen Antrag, indem er hervorhob, daß bei Interpellationen Anträge zulässig sein müßten, weil sonst die Möglichkeit der Willkür für den Reichstag bei solchen wichtigen Anlässen völlig fehle. Vor der Beauftragung der Kommission mit einer allgemeinen Revision der Geschäftsordnung warnte er, da sonst die Gefahr bestehe, daß wieder nichts zustande käme. Herr Müller-Reiningen für die Freisinnigen und Herr Junck für die Nationalliberalen sprachen sich wesentlich in gleichem Sinne aus. Herr Koeren vom Zentrum polemisierte gegen Herrn Junck, sprach aber auch die Erwartung aus, daß diesmal etwas zustande kommen möge. Namens der Konservativen feuerte Graf Westarp das schwere Geschütz verfassungsrechtlicher Bedenken los, wobei er die anderen bürgerlichen Parteien graulich zu machen suchte mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie, die Macht des Parlaments zu erweitern. Die Herren Gröber vom Zentrum und Kaypf von den Freisinnigen wiesen diese Bedenken zurück und Gröber erklärte noch ausdrücklich, daß der Zentrumsantrag keineswegs eine umfassende Reform der Geschäftsordnung in allen Einzelheiten, sondern nur die Möglichkeit der Erweiterung der in den Einzelanträgen präzisierten Aufgaben anbahnen wolle. Genosse Ledebour wandte dann dem Grafen Westarp gegenüber ein, daß Geschäftsordnungsänderungen keineswegs als Verfassungsänderungen umgedeutet werden dürften. Uebrigens hätte ja die konservative Partei selbst im Vorjahre praktisch die Machterweiterung des Parlaments gefördert, indem sie einen Reichsantrag auf parlamentarischen Wege zu Fall brachte; für sich selbst beanspruchte sie ein solches Recht, nur anderen wollen sie es verwehren. Er sprach dann die Erwartung aus, daß alle Parteien mit Ausnahme vielleicht der konservativen Gruppen, nimmere auch der Minorität das Antragsrecht bei Interpellationen zugestehen würden. Herr v. Dirksen von der Reichspartei wollte dem Reichstag nicht eine Machterweiterung gegenüber dem Bundesrat zugestehen, worauf Genosse Frank diese Herabdrückung des Reichstages durch ein Reichstagsmitglied für unwürdig erklärte. Schließlich wurden die Resolutionen gegen die Konservativen und die Mehrheit der Reichspartei angenommen. Dann wurde noch nach kurzer Debatte der Handelsvertrag mit Portugal in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen.

### Freiwillige Gerichtsbarkeit und Fiskus.

Am Freitag überdies das preussische Abgeordnetenhaus die Novelle zum Gerichtskostengesetz in Verbindung mit der Abänderung der Gebührenordnungen für Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher an eine Kommission zur Vorberatung. Der Gesetzentwurf, der eine nicht unbedeutende Erhöhung der Gebühren bezweckt, trägt einen durchaus fiskalischen Charakter. Sollen doch dem Staate, damit er aus seiner Finanzklemme befreit werde, 2 1/2 Millionen Mark mehr als bisher an Einnahmen daraus erwachsen! Wie immer, so ist es auch hier wieder der unbemittelte Teil der Bevölkerung, der zur Über gelassen werden soll.

Besonders freudig wurde der Gesetzentwurf auf keiner Seite begrüßt. Die Konservativen bringen ihm keine große Sympathie entgegen, weil er angeblich die Interessen der Grundbesitzer und Handwerker zu wenig berücksichtigt; die Freikonservativen erkennen zwar eine mögliche Erhöhung der Gebühren als geboten an, behalten sich aber die Prüfung der Einzelheiten vor; ein freisinniger Redner sprach der Vorlage eine gewisse Berechtigung nicht ab, warnte aber vor einer schematischen Erhöhung der Gerichtskosten, und selbst die Nationalliberalen vermochten sich nicht von der Harmlosigkeit des Entwurfs zu überzeugen.

Die eingehendste und zugleich die schärfste Kritik übte unser Genosse Liebknecht, der an der Hand zahlreicher Einzelheiten den fiskalischen und agrarischen Charakter des Entwurfs nachwies und mit großer Wärme die Interessen des Recht suchenden Publikums verteidigte. Jwar versuchte der Justizminister Weseler die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners zu widerlegen, aber daß ihm das gelungen ist, wird er wohl selbst nicht glauben.

In vorgeschickter Stunde begann das Haus noch die zweite Lesung des Etats der Justizverwaltung, die am Sonnabend fortgesetzt werden soll.

### Der Gesetzentwurf über die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen und der Bund der Landwirte.

Dem Reichstag ist, wie wir bereits in der gestrigen Nummer mitteilten, endlich ein Gesetzentwurf zugegangen, der das Zollverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika neu regelt. In diesem Entwurf wird der Bundesrat ermächtigt, bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Vereinigten Staaten von Amerika in das deutsche Zollgebiet die Anwendung der in den geltenden Handelsverträgen vorgesehenen Zollsätze in angemessenem Umfang zuzulassen. Die Ermächtigung bleibt solange in Kraft, als in den Vereinigten Staaten von Amerika die Erzeugnisse des Deutschen Reiches und der mit ihm zollvereinten Länder oder Gebiete höhere Zollsätze als in den in Absatz 1 des amerikanischen Zolltarifgesetzes vom 5. August 1909 vorgesehenen nicht unterworfen werden. Wird von den Vereinigten Staaten von Amerika bei der Zollbehandlung nicht nach den in der Note zu Artikel 3 des Handelsabkommens vom 22. April / 2. Mai 1907 (Reichsgesetzblatt S. 305) unter b bis k enthaltenen Grundätzen verfahren, oder lassen die Vereinigten Staaten von Amerika durch Gesetze, Verträge mit dritten Ländern oder auf irgend eine andere Weise bezüglich des Warenverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten irgend welche den gegenwärtigen Zustand zungunsten Deutschlands verschärfende Änderungen eintreten, so wird der Bundesrat nach seinem Ermessen die den Erzeugnissen der Vereinigten Staaten gewährten Begünstigungen ganz oder teilweise zurückziehen.

Eine Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und dem nordamerikanischen Freistaat bedeutet diese Neuregelung nicht; denn der dem Deutschen Reich zugeständene neue amerikanische Minimal-Zolltarif enthält neben einzelnen Zollermäßigungen im großen und ganzen gegenüber dem früheren Dingleygesetz recht beträchtliche Zollerhöhungen. Indes kann, nachdem Deutschland auf dem Wege der Zollerhöhungen vorangegangen ist, der nordamerikanischen Union nicht sonderlich verdacht werden wenn sie dem Beispiel nachfolgt und es im einzelnen noch zu überbieten sucht. Zudem bietet sich kaum eine Aussicht, mehr herauszulagern. Das neue amerikanische Tarifgesetz enthält nämlich keine den Sektionen 3 oder 4 des Dingleygesetzes entsprechenden Bestimmungen, auf Grund deren die Regierung der Vereinigten Staaten einem anderen Lande besondere Zolltarifzustände gewähren könnte. Da aus den Kongressverhandlungen über das neue Tarifgesetz ferner mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß der Kongress einem

von der amerikanischen Regierung etwa abgeschlossenen, Ermäßigungen des Minimaltarifs vereinbarenden Vertrag zurzeit seine Zustimmung nicht erteilen würde, so konnte es jetzt nur darauf ankommen, eine Verständigung zu erzielen, durch welche Deutschland der Minimaltarif gesichert wird.

Es gilt sich also vorläufig mit dem Erreichbaren zufrieden zu geben; und besonders die Agrarkonservativen haben wenig Anlaß zur Unzufriedenheit, denn an den Bestimmungen über die Fleisch- und Vieheinfuhr wird nichts geändert, nur hat die deutsche Regierung versprochen, wegen der Trichinenarteste nachträglich mit sich sprechen zu lassen. Schon dieses Versprechen aber hat aufs neue die Begehrlichkeit der Fursor geweckt, die gar zu gern einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten heraufbeschwören möchten. Die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich z. B. folgende Forderungen:

„Die Vereinigten Staaten haben bereits seit dem 5. August 1909 uns wie allen Ländern gegenüber einen erheblich erhöhten Zolltarif. Inmitten der gesamten Erhöhungen blieben aber 8 Positionen für uns bis zum 7. Februar ermäßigt. Nach diese können in Zukunft nach dem amerikanischen Gesetze nicht mehr ermäßigt werden, während begünstigt der bereits erfolgten Erhöhungen die Begründung sagt, daß einzelne Industriezweige, wie schon jetzt feststeht, durch diese Zollerhöhungen einen erheblichen Teil ihrer Ausfuhr verlieren. Trotzdem soll dieser verschlechterten Sachlage gegenüber nach dem Gesetz dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt werden, den amerikanischen Erzeugnissen unseren Vertragstarif zu gewähren, das heißt eine Verbesserung der Verschlechterung gegenüber zuzugestehen. Allerdings heißt es im Gesetz „in angemessenem Umfang“; wozu aber diese dehnbare Ausdrucksweise statt einer präzisen Bestimmung, daß mindestens über das Maß des heute zugestandenen der verschlechterten Situation gegenüber nicht hinausgegangen werden darf, daß vielmehr ein „angemessener Umfang“ der Zugeständnisse nur im Rahmen der bisher geltenden Konzessionen gesucht werden darf.“

Der Entwurf stellt es in das Ermessen des Bundesrates, ob bei erfolglicher Bewilligung Deutschlands nach Abschluß des Abkommens in denselben gewährte Begünstigungen zurückgezogen werden sollen. Demgegenüber ist in das Ermessen des Präsidenten der Vereinigten Staaten gestellt, ob die Tatsache der schlechteren Behandlung Amerikas durch Deutschland vorliegt; sobald hat er die deutschen Importe mit einem Zollzuschlag von 25 v. H. des Wertes zu belegen. Auch hier würden wir die präzisere Bindung des Bundesrates als das Gegebene betrachten.

Angeichts der Erklärung der deutschen Regierung, daß die sanitäts- und veterinärpolizeilichen Vorschriften keiner Verhandlung mit den Vereinigten Staaten unterworfen werden, mutet der Satz merkwürdig an, daß sie erklärt habe: „Um aber einen Beweis ihrer freundschaftlichen Sentimenten gegenüber Amerika zu geben, werde die kaiserliche Regierung, falls die Union die Abschaffung der Trichinenarteste gesondert zur Sprache bringe, auf eine Erledigung dieser Angelegenheit im Sinne der amerikanischen Wünsche hinzuwirken bereit sein.“ Das ist doch auch ein wichtiger Punkt sanitärer Bestimmungen, an dem nicht zu rütteln ist! Ob die Verhandlungen hierüber „gesondert“ oder in Verbindung mit einem Handelsvertrage gepflogen werden, ändert doch an der Beurteilung der Sache nichts.

Wir versagen uns heute weitere Betrachtungen; wir würden es aber für geboten erachten, daß man dem Reichstage Zeit ließe, sich eingehend mit der Prüfung aller in Betracht kommenden Fragen zu befassen. Das Deutsche Reich hat Zeit, die Sache an sich herankommen zu lassen.“

### Eine Bundesratsmehrheit für die Schiffsabgaben.

Wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, hat die Beratung der Bundesratsausschüsse zu dem Ergebnis geführt, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Artikels 1878 der Reichsverfassung für die Grundgedanken dieses Vortrages, nämlich:

Ausbau des deutschen Wassertrafnetzes unter billiger Heranziehung der Beteiligten durch Erhebung mäßiger Schiffsabgaben, Zusammenfassung der Wasserstraßen innerhalb der einzelnen Stromgebiete in Inververbände zur Finanzierung der erforderlichen Bauten aus gemeinsamen Stromkosten vorhanden ist, und daß auf der so bezeichneten Grundlage in die weitere Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs eingetreten werden soll.

### Der Protest des Proletariats.

Starkbesuchte Protestversammlungen gegen die Staatsstreichdrohung des Junkers Oldenburg fanden am Donnerstag in Erfurt und in Ludenwalde statt. In Stuttgart fanden vier überfüllte Versammlungen statt; in Stuttgart-Cannstatt zwei starkbesuchte Versammlungen; in Magdeburg tagte eine imposante Protestversammlung.

### Eine traurige Rolle

spielen im Wahlkampf in Mülheim-Wippertal-Gummersbach die katholischen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, die den Zentrumskandidaten Marx auf seinen Agitationszügen begleiten. Ein halbes Dutzend dieser Agitatoren ist ständig für ihn tätig, und an besonders großen Tagen scheint ganz M.-Stadach seine Mannen zur Einsetzung der Wähler aufzubieten. Es ist noch gar nicht solange her, wo dieselben Leute in den katholischen Arbeitervereinen Reden hielten und Resolutionen durchbrachten gegen den Druck der indirekten Steuern und ihre weitere Vermehrung. Noch im März 1908 sagten z. B. die katholischen Arbeitervereine des Bezirks Köln-Mülheim folgenden Beschuß:

Wir erwarten bei der bevorstehenden Reform der deutschen Finanzen gebührende Rücksichtnahme auf die große Masse des unbemittelten Volkes und protestieren gegen jede weitere Belastung der unteren Volksklassen.

Dieselben Leute, die damals derartige Beschlüsse beschworen, reisen jetzt im Lande umher, um das Zentrum zu preisen wegen der „nationalen Tarife“, die es durch die Reichsfinanzreform begangen hat. Die Agitatoren des Reichsverbandes, die von ihnen Auftragsredner das fertige Konzept für ihre Reden erhalten, dürfen die ultramontanen Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, die auf Befehl heute so und morgen so reden, als würdige Kollegen an die staatsbehaltende Brust drücken!

Natürlich wird vom Zentrum im hiesigen Wahlkreise, um sein Gesolge zu fanatisieren, mit Macht das lahma Kulturkampfgesetz geritten. Herr Trimbom brachte es jüngst in einer Zentrumsversammlung fertig, zu behaupten, die Sozialdemokratie sei durch und durch kulturkampfig gesinnt. Dabei ist fest, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich jede Beeinträchtigung der Glaubens- und Wissenschaftsfreiheit verweist, daß sie im Reichstage gegen die Kulturkampfgesetze gestimmt und allen Anträgen des Zentrums auf Aushebung des Beschlusses zugestimmt hat. Wenn Herr Trimbom in dieser Weise schwindeln darf, dann dürfen es die Zentrumskandidaten dritter und vierter Garnitur erst recht, und so posieren die M.-Stadacher Handlanger, die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, denn allsonntäglich ins Land hinein, was die gläubige

Zentrumschristenheit alles zu gewährleisten hat, wenn Herr Marx, der ultramontane Kandidat nicht in die Lage kommt, die Religion des Christentums und die Kirche vor den Glaubensfeinden zu retten. —

### Freisinnige Wauzen.

Gestern berichteten wir aus der Justizkommission über das engbrüstige Verhalten des Abg. Müller-Weinungen. Genosse Frank regte an, zunächst den abgeschlossenen Teil der Strafgesetzbuchnovelle in zweiter Lesung vorzunehmen und dann über diesen Teil dem Plenum Bericht zu erstatten, da er keinerlei politische oder religiöse Gegensätze wachrufen, vielmehr — abgesehen von den Vorschriften gegen Kindermisshandlungen und Tierquälerei — nur Mißdeutungen enthalte, insbesondere gegenüber einigen aus Not begangenen Eigentumsvergehen. Diefelbe Anregung war im vergangenen Jahre bei der Kommission und bei der Regierung auf fruchtbarsten Boden gefallen; sie fand auch diesmal bis in die Reihen der Konservativen hinein Anklang. Da regte der freisinnige Abgeordnete Müller-Weinungen und nach ihm der national-liberale Abgeordnete Heintze an: dem Vorschlag zwar zuzustimmen, aber dann den Rest der Strafgesetzbuchnovelle nicht in Angriff zu nehmen, sondern erst die umfangreiche, derselben Kommission überwiesene Strafprozessnovelle in Beratung zu nehmen, die freilich bis tief in den Sommer hinein dauern würde. Dieses Verlangen kommt auf die Ablehnung hinaus, die der Kommission aufgetragene Arbeit zu erledigen. Es erinnert an die bekannte Art der Wauze, die einer Verfolgung durch Dichterstellen zu entkommen sucht. Mit gutem Recht widersprachen der Staatssekretär und die Vertreter der Zentrumspartei sowie die Konservativen einer solchen Wauzentaktik. Durch das ungeschickte Verhalten des freisinnigen Abgeordneten Müller-Weinungen waren jedenfalls die Genossen Frank und Stadthagen leider gezwungen, ihre Anregung zunächst zurückzugeben, um sie eventuell im Laufe der weiteren Beratung wieder einzubringen.

Was macht nun die „Lib. Korresp.“ aus dieser Sachlage? Sie behauptet, der Abg. Müller-Weinungen habe beantragt, die Verhandlungen abbrechen und mit der Beratung der Strafprozessordnung fortzufahren; nur durch die „ungeschickte Taktik“ der bösen Sozi, die sich gegen dieses freisinnige Sachprodukt gewendet hätten, sei es gelungen, daß die Kommission es ablehnte. . . .

An dieser Behauptung der „Lib. Korresp.“ ist so ziemlich alles unrichtig: einen Antrag hat Abg. Müller überhaupt nicht gestellt, sondern durch sein töpfiges Vorgehen hat er die Annahme der sozialdemokratischen Anregung verhindert. Der nicht gestellte Antrag konnte natürlich auch nicht von der Kommission abgelehnt werden. Widersprochen haben dem Müller'schen Vorschlag nicht die Sozialdemokraten, die lediglich ihre Anregung verteidigten, sondern — wie oben erwähnt — die Regierung, die Zentrum- und die konservativen Partei. Die tatsächlichen Behauptungen der auch in das „Berliner Tageblatt“ übergegangenen Notiz der „Lib. Korresp.“ sind also durchweg unrichtig. Die wohl vom Abg. Müller (Weinungen) inspirierte Korrespondenz legt nun ihrem Unverständnis durch folgende an ihr Magout von Unwahrheiten gebundene Schlussbemerkung die Krone auf:

„Solte aus der Gesetzesvorlage nunmehr, dem Wunsch der Mehrheit entsprechend, ein Strich für die Presse gedreht werden, so würde die deutsche Presse dies im wesentlichen der ungeschickten Taktik der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder verdanken, die die Erledigung einer Materie forcierten, die der Presse vermittels Nachteile bringen wird.“

Zapfen freisinnige, die durch Wauzentaktik Grundsätze durchzusetzen meinen! Da waren doch die Lenzmann und Munde! andere Kerle! Scherz wird der Kampf gegen die Strafprozessordnungsnovelle werden, wenn auch zu ihrer Beratung die freisinnige Partei just dasjenige ihrer Mitglieder delegieren sollte, das in seiner nervösen Furcht ganz à la Volle im Vorzeitanladen schweres Unheil anzurichten ganz besonders geeignet ist.

Hoffentlich gelingt es unseren Genossen trotz der freisinnigen Zapfen durchzusetzen, daß der abgeschlossene Teil des Strafgesetzbuchs vielleicht in Verbindung mit einer verständigen Gestaltung des Erpressungsparagraphen noch vor Ostern im Plenum zur Erledigung gelangt.

### Fortschrittliche Volkspartei.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat die Beratung des Parteiprogramms und des Organisationsstatuts für die neue links-liberale Partei beendet. Einstimmig wurde beschlossen, der neuen Partei den Namen „Fortschrittliche Volkspartei“ zu geben.

Die Programmbestimmungen über die Forderungen auf dem Gebiet der Frauenfrage wurden wegen nachmaliger Redaktion an den Vortragsausschuß zurückverwiesen.

### Herr v. Heydebrand, der Versöhnliche.

Um ihre Stellung in der Provinz Hannover zu klären, hielten gestern die Konservativen in Hildesheim einen hannoverschen Provinzialparteitag ab. Herr v. Heydebrand hielt die große Hauptrede, in der er erklärte, seine Partei wünsche ein freies deutsches Volk, da die Liebe freier Männer ein viel stärkerer Schutz des Thrones sei als alle anderen Mächte — eine Liebendart, die stürmischen Beifall auslöste. Überhaupt zeigte sich der Redner demütht, seine Partei als den Jungbegriff aller politischen Weisheit, Mannhaftigkeit und Unerschrockenheit hinzustellen und zugleich möglichst verständlich zu reden. Besonders sagte er den Nationalliberalen allerlei Liebendwürdigkeiten. Fast scheint es, als hat er sich die Aufgabe gestellt, die Nationalliberalen zum schwarzen Blau hinüberzuführen und das alte dreieckige Intimitätsverhältnis wiederzustellen, das vor dem 18. Dezember 1908 bestand. So meinte er:

„Ich bin hierher gekommen, nicht um irgendwas gegen andere Parteien zu kämpfen und zu streiten. Ich erlaube ohne weiteres an, daß insbesondere die nationalliberale Partei ihre großen Verdienste um die politischen Verhältnisse Hannover's hat. Es ist überhaupt jetzt nicht die Zeit, die Gegensätze zwischen den Parteien, die schon mehr als genug hervorgehoben worden sind, noch mehr zu vertiefen (Sehr richtig!), und wenn von Zeit zu Zeit auch von unserer Seite ein scharfes Wort gefallen ist, insbesondere auch gegen die Nationalliberalen, so ist das nicht unsere Schuld. Wir sind seit jeder Manns genug gewesen, auf Angriffe gegen uns eine Antwort zu erteilen, wie es sich gehört. (Sehr richtig!) Wir haben jetzt aber große gemeinschaftliche Pflichten zu erfüllen, und wir wissen auch, was die großen liberalen Parteien für unser Vaterland zu bedeuten haben. Wir haben einen gemeinsamen Feind, der energisch an der Tür unserer ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung rüttelt. Wir müssen und deshalb darauf besinnen, das zu erkennen, was uns eint, und zurückzuführen, was uns trennt. (Beifall.)

Gewiß sehr diplomatisch und verständlich. Nur hatten diese Worte einen recht herben Beigeschmack, denn weit mehr als alles sonst auf der Welt lobte Herr v. Heydebrand den Bund der Landwirte, der zurzeit unter Führung des Wiederlich Hofen den Nationalliberalen in der Provinz Hannover das Terrain abgräbt.

### Journalistenstreik in der bayerischen Kammer.

Die Journalisten auf der Tribüne der bayerischen Abgeordnetenkammer haben während der Freitag-Nach-

mittags-sitzung gestreikt. Das Direktorium der Kammer hatte ihnen kein Mißfallen daran zu erkennen gegeben, daß die Herren gegen Schluß länger dauernder Sitzungen mehrmals in offenkundiger Weise zusammen ihre Plätze verlassen hätten. Solches Vorgehen werde als auffälliges und ungehöriges erachtet. Es sei Sache des Präsidiums über die Dauer der Sitzungen zu entscheiden. Jeder Versuch der Journalisten, in dieser Frage Einfluß auszuüben, werde mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Da nun am Freitag außer der Vormittags-sitzung auch eine Nachmittags-sitzung anberaumt war, beschloßen die Journalisten, über die Nachmittags-sitzung nicht zu berichten. — Ob der Streik weiter gehen soll, wird nicht mitgeteilt.

### Oesterreich-Angarn.

#### Obstruktion im böhmischen Landtag.

Prag, 4. Februar. Da die Vermittlungsvorschläge der Deutschen von tschechischer Seite abgelehnt worden sind, so haben die Deutschen heute im Landtag mit der Obstruktion begonnen, indem sie eine große Anzahl dringlicher Anträge einbrachten und hierdurch die Erledigung der Tagesordnung verhinderten.

Nach der Verlesung der Dringlichkeitsanträge wurde die Sitzung nach völlig ruhigem Verlaufe kurz nach 4 Uhr geschlossen und die nächste Sitzung auf Montag anberaumt. Inzwischen werden neuerliche Vermittlungsversuche unternommen.

#### Der Wahlrechtskampf.

Budapest, 4. Februar. Der österreichische Reichsrats-abgeordnete Dr. Karl Renner hielt gestern abend, von den Sozialdemokraten eingeladen, einen Vortrag über die Notwendigkeit des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Ungarn, welches allein geeignet sei, dem ungarischen Proletariat die Achtung zu verschaffen, die ihm gebührt. Nach der Versammlung kam es zu einer stürmischen Demonstration gegen die Regierung, welcher jedoch durch die Polizei bald ein Ende gemacht wurde.

### Frankreich.

#### Die Lenzmannen.

Paris, 4. Februar. Deputiertenkammer. Die Beratung über die Konvention betreffend die Ausbreitung des Erlogers von Lenz wurde heute vormittag fortgesetzt. Lebass (Sozialist) bemerkte, daß die Beteiligung, die den auswärtigen Industriellen bewilligt worden, zu weitgehend sei, er befürchte, daß die Firma Krupp in dem Konzortium durch Strohmänner vertreten sei. Redner verlangte, daß das Vergewert von Agier in Betrieb genommen würde. Der Deputierte für Constantine Cutoli hob hervor, daß die Beteiligung der Ausländer bedingt gewesen sei durch die Unzulänglichkeit der Nationalen. Man beklage sich über die Beteiligung deutscher Dänier, aber dies sei eine Befestigung des französischen Einvernehmens; im übrigen würde die Unternehmung französisch bleiben. Zum Schluß trat der Redner für die Genehmigung der Konvention ein.

### Spanien.

#### Wiedereröffnung der freien Schulen.

Madrid, 4. Februar. Die „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht ein Dekret, durch das die Wiedereröffnung der infolge der Ereignisse von Barcelona geschlossenen freien Schulen unter der Bedingung, daß sie die gesetzlichen Erfordernisse erfüllen, gestattet wird.

### Belgien.

#### Handels- und Kolonialpolitik.

Brüssel, 1. Februar. (Fig. Ver.) In der heute eröffneten Kammer interpellierte heute der sozialistische Deputierte Debunne die Regierung bezüglich des von der französischen Kammer angenommenen Artikels des neuen Zolltarifs, der eine Kopfsteuer auf „ausländische“, in der Praxis aber gegen belgische Arbeiter gerichtete Lage bestimmt. Debunne widerlegte den Vorwurf der Sozialdemokraten durch belgische Arbeiter und forderte von der Regierung eine Intervention bei der französischen Regierung, die nach den Deklarationen Briand an die Delegation der belgischen Arbeiterpartei Aussicht auf Erfolg haben würde, denn die französische Regierung werde den betreffenden Gesetzentwurf im Senat bekämpfen. — Der Minister des Auswärtigen, Davignon, erklärte sich darauf mit einer Tagesordnung des Deputierten Sadezier einverstanden, in welcher die belgische Regierung zu einem entsprechenden Schritt in dieser Frage aufgefordert wird.

In derselben Sitzung interpellierte Wandervelde über den Rachab Leopolds, der sich bekanntlich zur unerhörtesten Landtagsgeschichte aufwachte und eine der großartigsten Presteleisten bedeutet, die der verstorbenen König von Belgien begangen hat. Es stellte sich nämlich heraus, daß der famose Geschäftsmann mit der Annexion zwar Belgien alle Schulden der Kolonie ausgehahlt hat, daß er aber trotz der faktischen Auslösung der Kronendomäne — darin spielt die größte Rolle die „Fondation de Norderküllbach“ — das Arrangement so getroffen hat, daß im „Haben“ Belgiens ein großes Loch prangt. Die Antwort des Kolonialministers wird in mehr als einer Beziehung interessant sein.

### England.

#### Die Arbeiterpartei.

Man schreibt uns aus London: Die Wahlen haben der Arbeiterpartei einen Verlust von fünf Mandaten gebracht, ein Verlust, der zwar im Verhältnis nicht so groß ist wie der der liberalen Partei, der aber doch groß genug ist, um zu ernstlichem Nachdenken Anlaß zu geben. Man kann sich bei der Ueberbucht der Wahlergebnisse der Ansicht nicht verschließen, daß die Arbeiterpartei Großbritannien noch lange nicht jene politische Selbstständigkeit erreicht hat, die man ihr in der letzten Zeit vielfach zugeschrieben hat. Was sie auch selber ihre Unabhängigkeit betonen, die Wahlergebnisse beweisen aufs schlagendste, daß sie der englische Wähler nur als eine Variante des Antiliberalismus betrachtet.

Die Arbeiterpartei ist mit dem Liberalismus geflügel und gefallen. Das Schicksal des Liberalismus ist auch ihr Schicksal gewesen. Dabei kann sie die unangenehme Tatsache nicht leugnen, daß es liberale Stimmen waren, die sie in mehr als einem Wahlkreise zum Siege verholfen haben. Wie abhängig die Arbeiterpartei von der liberalen Wählerschaft ist, geht recht deutlich aus einigen typischen Parlamentarischen Wahlen hervor. Vor die Entscheidung gestellt, zwischen dem Kandidaten der Liberalen und dem der vielleicht sympathischen Arbeiterpartei zu wählen, haben die liberalen Wähler keinen Augenblick gezögert, ihre Stimme dem Kandidaten der eigenen Partei zu geben. Das hat in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen dazu geführt, daß der Kandidat der Arbeiterpartei, der einem Liberalen und einem Konservativen gegenüberstand, unterlag, und daß der Liberale sogar trotz der Kandidatur des Arbeiterparteilers gewählt wurde.

Ein lehrreicher Fall, der für diese Wahlen geradezu typisch ist, ist die Wahl in Norfolk. Dort stand der Arbeiterparteilser Herbert Smith einem Liberalen und einem Konservativen gegenüber. Herbert Smith ist der Vorsitzende der Norfolk Miners' Federation und der bestbezahlte Bergarbeiterführer in ganz Norfolk. Dennoch

erreichte er nur 2191 Stimmen auf sich, während der Konservativ 5395 Stimmen erhielt und der Liberale mit 6026 Stimmen siegte. Unter solchen Verhältnissen muß sich einem die Frage austragen, ob die liberale Partei in Zukunft bereit sein wird, in Wahlkreisen, wo Arbeiterparteilser kandidieren, keine Kandidaten aufzustellen.

Die Arbeiterpartei befindet sich in einer kritischen Lage, in der ihr der Mangel eines festen sozialistischen Programms und einer wirksamen politischen Organisation verhängnisvoll werden kann. Will sie nicht von dem liberalen Wähler ganz verlassen werden, so muß sie gleich jetzt den Tatsachen hinhaltlos ins Antlitz schauen. Die Tarifreformer haben die Wahlen sehr ermutigt; schon sprechen sie von einer baldigen zweiten Wahl, die auf alle Fälle zu den wahrscheinlichsten Dingen gehört. Die Konservativen und die Liberalen können einem solchen Ereignis getrollen Mut entgegensehen; ihre Kriegslasten sind leicht zu füllen. Die Irländer werden sich auch leicht wieder die nötige Ration aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas verschaffen können. Für die Arbeiterpartei aber sieht die Sache schlimm aus. Der Fall Osborne hat ihre finanzielle Grundlage zerstört. Auf zwei Jahre hinaus sollen zwar die Finanzen der Partei gesichert sein. Was wird aber geschehen, wenn ein Konflikt mit den Lords eine baldige zweite Wahl nötig machen sollte? Wird die Partei den gewaltigen Ansrücken, die dann an sie herzutreten werden, gewachsen sein? Hätten wir in England eine Partei nach dem Muster der sozialdemokratischen Parteien des Festlandes, die von hunderten tausenden opferwilliger Genossen gehalten werden, so würde diese Finanzfrage eine höchst nebensächliche Bedeutung haben. Die Arbeiterpartei Großbritanniens verbannt aber ihren Bestand den ihr von den Gewerkschaften reichlich zufließenden Geldmitteln; diese Quelle ist ihr jetzt durch ein richterliches Urteil abgeschnitten worden. Wird sie sich unterzählig an die Arbeit machen und sich reorganisieren? In den freiwillig gesammelten Fonds, die einige Gewerkschaften angelegt haben, hat sie den Kern einer neuen finanziellen Organisation. Wird sie, was ebenso wichtig ist, sich endlich ein sozialistisches Programm auslegen, das sie deutlich von den anderen politischen Parteien auszeichnet? Man hört so häufig, wie Leute geringschichtig von einem Programm reden. England beweist heute, wie wichtig ein festes Programm und feste Grundsätze für eine politische Partei sind. Nur ein ausgeprochen sozialistisches Programm kann heute, wo sich der ganze linke Flügel der liberalen Partei kaum merklich von der Arbeiterpartei unterscheidet, der Arbeiterpartei die Existenzberechtigung geben. Die englische Arbeiterpartei gleicht heute einem Heer, das keine Fahne besitzt, um die sich das kämpfende Proletariat scharen kann, und das in der Verwirrung jedem ins Corn läuft, der seine Fahne geschickt zu stellen weiß.

London, 4. Februar. In politischen und parlamentarischen Kreisen geht das Gerücht, der Preis für die Mitwirkung der Arbeiterpartei an der Schaffung des liberalen Kabinetts sei der Eintritt des Parlamentarismus Mitgliedens Macdonald in das Kabinet. Macdonald solle im Kabinet einen wichtigen Posten erhalten.

### Rußland.

#### Eine sozialdemokratische Interpellation.

Petersburg, 4. Februar. Die Sozialdemokratie hat den Minister des Innern in der Reichsduma wegen der Verfolgung der Arbeiterorganisationen interpelliert, die an den Vorbereitungen zum Kongreß für die Bekämpfung des Alkohols teilgenommen haben, sowie wegen der Verhaftung mehrerer Delegierter dieser Organisationen auf dem Kongreß selbst. Die Dringlichkeit, die die Interpellanten forderten, wurde von der Reichsduma abgelehnt. Ein anderer sozialdemokratischer Antrag, die Interpellationskommission zu beauftragen, nach Monatsfrist Bericht über die Interpellation zu erstatten, wurde mit 117 gegen 97 Stimmen angenommen.

### Finnland.

#### Die Wahlen.

Helsingfors, 4. Februar. Nach den im Laufe der Nacht aus ganz Finnland eingelaufenen Meldungen über die Landtagswahlen haben die schwedische Volkspartei 7320, die Jungfinnen 11235, die Klifinnen 15532, die Sozialdemokraten 22941 und die Agrarier 2471 Stimmen erhalten.

### Türkei.

#### Entspannung.

Es scheint, daß die griechische Regierung vor den türkischen Rüstungen doch allmählich Respekt bekommt und sich beeilt, den Forderungen der Großmächte und der Türkei nach Aufrechterhaltung des status quo in Areta nachzukommen. Der griechische Gesandte Orparris gab auf der Pforte Erklärungen ab, welche den Willen Griechenlands zur Fortsetzung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern bekunden. Ähnliche Erklärungen wurden auch dem türkischen Gesandten in Athen von dem griechischen Minister des Auswärtigen gemacht.

Wichtiger als diese offiziellen Erklärungen ist die Tatsache, daß die Nationalversammlung nicht vor Dezember 1910 einberufen werden wird. Dadurch wird den Kretern die Gelegenheit genommen, jene Wahlen vorzunehmen, die für die Türkei einen Grund zum Kriege bilden würden. In Konstantinopel quittiert man über die eingetretene Beruhigung durch die Erklärung, daß der Ministerrat von den beruhigenden Antworten auf die letzten Schritte der Pforte in der Aretafrage Kenntnis genommen habe, wonach die Schutzmächte entschlossen seien, Areta wiederzubezugen, falls die Kreter Deputierte nach Athen entsenden.

#### Die Unterschleife im türkischen Wafuministerium.

Konstantinopel, 4. Februar. Die kürzlich erwiderten Unterschleife im Ministerium des Wafus (Verwahrung der Wafsen und frommen Stiftungen) überheigen sechs Millionen Pfund. Zahlreiche für Witwen und Waisen angelegte Fonds sind verschwunden.

### Kanada.

#### Die Flottenpolitik.

Ottawa, 3. Februar. Im Abgeordnetenhause erklärte Premierminister Laurier gelegentlich der zweiten Lesung der Flottenvorlage, daß die kanadische Schiffsbaupolitik durch die Reichsverteidigungskonferenzen der Jahre 1902 und 1907 bestimmt sei. Es sei Sache des kanadischen Parlamentes, zu sagen, wann und wo diese Flotte in den Krieg ziehen solle. Der Premierminister fügte hinzu, daß es ein ganzes Jahr brauche, um die notwendigen Docks zu errichten, und vier Jahre, um die Flotte selbst zu bauen. Augenblicklich drohe seiner Ansicht nach kein Krieg.

Worden, der Führer der Opposition, brachte einen Zusatzantrag ein, in welchem die Vorschläge der Regierung als unbesonnen und gefährlich beurteilt werden, insofern als die Regierung dadurch ermächtigt werde, die kanadische Flotte im Falle eines Krieges dem Reiche vorzuverhätten. Der Zusatzantrag erklärt weiter, es sei die Pflicht Kanadas, eine Summe beizulegen zum Kaufe zweier Dreadnoughts für die Reichsflotte.

# Gewerkschaftliches.

## Kapitalistische „Wohlfahrt“.

Interessierte und düpierte Kreise geben gern und viel mit den „Musterentwürfen“ der Kanonenfirma Krupp haufieren, obgleich diese albern und der Wahrheit direkt ins Gesicht schlagenden Lobeshymnen schon häufig und gründlich genug auf ihren wahren Wert zurückgeführt worden sind. Soeben führt nun die Krupp'sche Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen der Arbeiterschaft wieder ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ auf folgende drastische Art zu Gemüte. Den Arbeitern der Abteilung „Koferei“ wurde eine Lohnreduktion in Aussicht gestellt (angeblich bis zu 20 Proz.), doch wurde etwas Bestimmtes nicht mitgeteilt. Erst vor einiger Zeit war der Hafenabteilung auf ähnliche Weise eine Lohnreduktion beschert. Da nun aber die Kofereiarbeiter die Lohnreduktion nicht so ohne weiteres einstecken wollten, so wählten sie eine Kommission von 4 Mann, die darauf beim Betriebschef vorstellig wurde. Dieser hörte zunächst die Leute an, bat sich eine Viertelstunde Bedenkzeit aus und ließ die Deputierten stehen. Dagegen ging er selbst zur Koferei und teilte der Arbeiterschaft kurzerhand mit: „Wer in einer Viertelstunde nicht an seiner Arbeit ist, den jage ich zum Teufel!“ Sprach es und machte wieder kehrt. Und als nun die Arbeiter trotzdem nicht an ihre Arbeit gingen, und den Bescheld der Kommission abwarten wollten, wurden sie kurzerhand mit der Feuerwehr vom Plage getrieben, nachdem man ihnen an dem verdienten Lohne noch einen Wochenlohn gekürzt hatte wegen — Kontraktbruch! Die Kommission wurde gar nicht mehr vor, dafür aber ebenfalls entlassen. Anderen Tages war die Abteilung — etwa 80 Mann — mit aus dem übrigen Betriebe zusammengeführten Leuten besetzt. Und für die „Böhsfabrikfirma“ ist der Fall erledigt. Ein Teil der so plötzlich Sinausbeförderten hatte Werkwohnungen inne. Noch am Abend desselben Tages wurden sie auch aus den Wohnungen getrieben! Die Leute wandten sich an die Bürgermeisterei in Rheinhausen. Der Bürgermeister setzte sich telephonisch mit der allmächtigen Firma in Verbindung, erreichte aber nur, daß er auf das Fabrikstatut verwiesen wurde, worin es heißt, daß mit dem Tage des Austritts aus der Arbeit auch die Wohnungen geräumt werden müssen. Da die Polizei nicht genügend Räume für Unterbringung der Obdachlosen hatte, so wurden diese von ortsfundigen Arbeitern nach Duisburg geleitet und dort für die Nacht untergebracht. Die Leute sind um so übler dran, als sie der Organisation bis auf einen geringen Bruchteil fernstehen.

Trotz solcher Schulbeispiele gibt es immer noch eine Anzahl wunderlicher Schwärmer, die in der Krupp'schen Wohnungsspekulation eine „Wohlfahrts-Einrichtung“ sehen!

### Berlin und Umgegend.

Die Weltfirma Rudolf Herzog steuete jüngst der Kaiserin 10 000 Mark zu wohltätigen Zwecken zur Verfügung. Wie das „Korrespondenzblatt der Tagespost“ mitteilt, könnte die Firma ihr sozialpolitisches Verständnis im eigenen Betriebe weit her belätigen. Vor kurzem hatte die Firma 300 starke Maschinen, 0,40 Quadratmeter, für die Stadt Berlin anzufertigen, sie mußten in Kessel gelegt, eng obgedichtet und zugenannt und in den Bezug gefeßt werden. Für diese Arbeit wurde der „Lohn“ von 35 Pf. das Stück gezahlt. Kein Gehilfe konnte bei solchem Lohn auch nur einigermaßen zurecht kommen.

Anderer Ansicht war der Vertreter der Firma, Herr Böhm. Er erklärte, daß auf seinen Fall für die Arbeit mehr gezahlt werden könne, da die Arbeit sehr gut für den Preis zu machen sei, und schickte die Gehilfen, die sich weigerten, diese Arbeit zu machen — angeblich weil andere Arbeit nicht für sie da sei — nach Hause.

Die Gehilfen beschloßen dann — da ein „Auch“-Kollege rund heraus erklärte, auf alle Fälle die Maschinen zu fertigen, den Verhältnissen Rechnung tragend, die Maschinen fertigzustellen.

Aber drei Gehilfen, die sich zu erst geweigert hatten, die Arbeit zu machen, wurden am folgenden Sonnabend entlassen, also gemahnet. Auch sonst leistet sich die Firma in willkürlicher Preisfestsetzung so ziemlich das Mögliche, so daß vielfach — mit Ausnahme der Schiffarbeit — Gehilfen nicht den Durchschnittslohn verdienen konnten.

Vielleicht erfährt Herr Rudolf Herzog erst auf diesem Wege, wie wenig die Behandlung seiner Leute den sozialen Bestrebungen entspricht, die er nach außen hin belätigt. Wenn er es aber erfährt: Willigt er solche Zustände in seinem doch wirklich profitablen Betriebe? Und will er es dulden, daß Leute, die sich gegen solche Zustände verwahren, brotlos gemacht und unter Umständen der öffentlichen Miltätigkeit überantwortet werden?

**Wachtung, Metallarbeiter!** Bei der Firma Tiefbau-A.-G. in Odenfelde bei Spandau haben unsere Kollegen die Arbeit niedergelegt. Vor Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen wird gewarnt.

Die arbeiterfreundliche Presse wird um Nachdruck ersucht. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

### Deutsches Reich.

#### Ein Scharfmacherstreich.

Der Glasermeister Lobvogel in Brandenburg a. S. hat seine beiden Gehilfen Kühne und Haselsohn gezwungen, aus der Organisation, dem „Zentralverband“, wieder auszutreten, durch die Drohung, sonst würden sie entlassen.

Aber der Terrorismus geht noch weiter. Nachdem es mit großer Mühe der Organisation gelungen ist, in Brandenburg festen Fuß zu fassen, wird von dem oben bezeichneten Scharfmacher alles Mögliche versucht, um der Organisation wieder den Garaus zu machen.

Folgendes Schriftstück hat dieser Glasermeister — wahrscheinlich an seine sämtlichen Brandenburger Kollegen — verfaßt:

Brandenburg, 2. 12. 1909. E. Lobvogel, Hauptstr. 56.

Lieber Kollege . . . . .

Gefelle H. . . . . scheint ein eifriger Anhänger der Gesellschaftenbestrebungen zu sein, denn nicht nur, daß er Gesellschaftenbestrebungen zu veranstalten bestrebt ist, hat er auch einen Parteigänger aus Berlin beordert, um die sozialistischen Ideen hier zu verbreiten.

Würden Sie wohl die Güte haben, Ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß wir Glasermeister von derartigen sozialistischen Elementen frei bleiben, damit wir uns nicht, wie es sonst an der Tagesordnung werden wird, Vorschritten von diesen Leuten gefallen lassen müssen.

In der Hoffnung, daß Sie diesen berechtigten (1) Wünschen nachkommen, zeichne

Hochachtungsvoll

E. Lobvogel.

Jeder Kommentar würde den Vorgang nur abschwächen. Die wir hören, wird Strafantrag gegen den Herrn gestellt werden.

**Wachtung, Schiffszimmerer!** Durch Inserate in bürgerlichen Blättern werden Schiffszimmerer nach Sachsenhausen und

Glashütte gesucht. Dasselbst haben Lohnunterschiede bestanden, die später beigelegt wurden. Die Meister verpflichteten sich, die noch Ausständigen wieder einzustellen. Aber anstatt ihr Versprechen zu halten, sucht der eine Unternehmer im Weslower Kreisblatt Schiffszimmerer. Erst wollte er nur 4—5 Mann einstellen, durch die Annonce sucht er jetzt 30—40 Mann. Es ist deshalb anzunehmen, daß auch die anderen Unternehmer Arbeitskräfte von auswärts haben wollen. Der Zuzug von Schiffszimmerern ist deshalb von Sachsenhausen, Glashütte, Friedrichshagen, Fürstberg a. D. und nach Müllrose bis auf weiteres fernzuhalten.

#### Der Entscheidungstag im Holzgetriebe naht!

In wenigen Tagen muß sich nun endgültig entscheiden, ob die Arbeitgeber Krieg oder Frieden wollen. Mit den bisherigen platonischen Friedensbeteuerungen der Arbeitgeber stand deren Verhalten — siehe Ablehnung des Schiedsgerichts — allzu kraß im Widerspruch, und die Holzarbeiter haben daher ihre Kriegsrüstungen mit voller Macht betrieben; sie stehen heute kampfbereit da! Der Deutsche Holzarbeiterverband hat seine Mitgliederzahl in den letzten Monaten erheblich gesteigert und dürfte gegenwärtig 155 000 bereits überschritten haben. Die Opferwilligkeit der Mitglieder läßt nichts zu wünschen übrig, da sie begriffen haben, was auf dem Spiele steht. Fast alle Zahlstellen haben in den letzten Wochen ihre Beiträge stark erhöht. In der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ werden allein für 262 Orte Extrabeiträge seitens des Verbandvorstandes genehmigt. In der vorletzten Nummer wurden 82 Zahlstellen bekannt gegeben, während die Beschlufassung in vielen noch aussteht. In 10 Orten mit 30 000 Mitgliedern wird gegenwärtig ein Beitrag von 1,50 M., und in 10 Orten mit 12 000 Mitgliedern ein solcher von 1,20 M. resp. 1,25 M. erhoben, während für rund 50 000 Mitglieder der Beitrag auf 1,00 M. pro Woche erhöht wurde. Dann folgt eine große Anzahl Zahlstellen mit 90 und 80 Pf. Wochenbeitrag. Auch die abgelegenen Orte im Erzgebirge, Riesengebirge und im Schwarzwald mit ihren niedrigen Löhnen sind nicht zurückgeblieben und haben erhebliche Beitragserhöhungen vorgenommen, um den Arbeitgebern ihre Pläne zu verfallen. Dabei haben alle Zahlstellen erklärt, daß beim Ausbruch des Kampfes eine weitere Steigerung der Beiträge selbstverständlich sei, teilweise ist schon jetzt die Verdoppelung derselben für diesen Fall beschlossen.

Auch die Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes und des Gewervereins leisten bedeutende Extrabeiträge.

Der Vorstand des Arbeiterschutzes hat nun mit den Vorständen der Arbeiterorganisationen eine neue Konferenz abgehalten und sie mit dem Beschluß der Städtekonferenz der Arbeitgeber bekannt gemacht. Es handelt sich hierbei um die Einsetzung einer Verhandlungskommission ohne unparteiischen Vorsitzenden, welche die Arbeitgeber beschloßen haben, die jetzt aber seitens der Vertreter der Arbeiterorganisationen abgelehnt ist. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ sagt dazu:

Wir haben immer betont, daß wir ernstlich bedacht sind, den Frieden zu halten, und daß wir deshalb jedes Mittel ergreifen, welches nach dieser Richtung Erfolg verspricht. Von dieser famosen Verhandlungskommission ist jedoch nicht zu erwarten, daß sie praktische Resultate zeitigt. Es wäre tatsächlich Zeit- und Geldverschwendung, wollten wir Vertreter für die Kommissionen bestimmen und diese selbst in Funktion treten lassen. Dieser Gedanke ist auch von den Arbeitervertretern in der am 28. Januar auf Einladung des Arbeiterschutzes abgehaltenen Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände ausgeprochen worden. Definitive Beschlüsse bezüglich der Kommissionen konnten allerdings in der Konferenz selbst noch nicht gefaßt werden, weil der Plan des Arbeiterschutzesverbandes zu neu und zu „originell“ war. Aber nach reiflicher Erwägung hat der Gesamtvorstand unseres Verbandes die Verhandlungskommission in der vom Arbeiterschutzesverband vorgeschlagenen Form einstimmig abgelehnt.

Nicht aus Rechthaberei oder aus Leichtsinne, sondern in der sicheren Voraussicht, daß wir so nicht vorwärtskommen, lehnen wir den neuesten Vorschlag des Arbeiterschutzesverbandes ab. Wir sind uns der Konsequenzen unseres Tuns durchaus bewußt. Wir wissen uns aber auch eins mit den Kollegen in ganz Deutschland. Sicher wird kein Verbandsmitglied wünschen, daß unser Verbandsvorstand sich dazu hergibt, daß der Arbeiterschutzesverband je noch Laune mit ihm haugball spielt. Machen die Unternehmer ihre Drohung wahr, schreiten sie zur Aussperrung, weil wir unsere Zeit nicht zwecklos mit seiner Verhandlungskommission vergeuden wollen, dann haben sie die Verantwortung für die Folgen zu tragen. Ein Kampf wird ungeheure Opfer erfordern. Aber wenn es sein muß, werden wir ihn aufnehmen in dem Bewußtsein, daß wir ihn nicht vergeblich führen.

Eine andere Antwort konnte der Arbeiterschutzesverband kaum erwarten, nachdem er das zwischen den Organisationen vereinbarte Schiedsgericht abgelehnt hatte. Die Situation ist also durch die Schuld der Arbeitgeber jetzt außerordentlich kritisch geworden, und da der 12. Februar immer näher rückt, ist der Kampf in greifbare Nähe gerückt, denn nach diesem Zeitpunkt genügt ein Funken, der das Pulverfaß zur Entzündung bringt. Mögen sich die Arbeitgeber bei Herrn Siebel-Düsseldorf und ihrer Leitung bedanken, wenn es zum äußersten kommt.

Die Lohnbewegung der Buchbinder und Kartonarbeiter in Plauen, Falkenstein und Umgebung ist in ein sonderbares Stadium eingetreten. In einer gemeinsamen Verhandlung wurde bereits eine Einigung über die Arbeitszeit auf täglich 9½ Stunden erzielt. Ueber die Höhe der Minimallohne konnte eine Einigung nicht erreicht werden. Es wurde daher beschloßen, daß jede Partei nochmals ihre Auftraggeber in ihren Versammlungen befragen sollte. Die Arbeitgeber ließen von ihren Forderungen etwas nach und glaubten somit, die Angelegenheit in friedlicher Weise zu erledigen. Von den Unternehmern ging jedoch die Mitteilung ein, daß sie den Minimallohnen nicht zustimmen könnten. Sie legten einen Tarif vor, der täglich zehnstündige Arbeitszeit vorsieht (Sonnabends 9 Stunden) und die Minimallohne noch unter das Verbotsschraubt, was sie den Arbeitern vordem als Angebot gemacht hatten. Und das bezeichnen die Herren noch als Entgegenkommen. Zum Ueberflus drohen sie mit dem Beitritt zu einem großen, starken Arbeitgeberverbande. Auch drohen sie die Verhandlungen brüsk ab. Deshalb müssen Buchbinder, Zuckerschnitzer, Karton- und Hilfsarbeiter den Zuzug nach Plauen, Falkenstein i. B. und Umgebung meiden!

#### Wegen des Industriellen-Nachweises scheitern Tarifverhandlungen.

Die lokalen Tarifverhandlungen im Malergewerbe in Mannheim wurden von den Unternehmern abgebrochen, weil die Arbeiter die Nichtbeteiligung der Malermeister an dem in Mannheim bestehenden Industriellen-nachweise verlangten, welches Verlangen die Unternehmer ablehnten.

### Ausland.

Der Vertragsbruch der großen Straßenbahngesellschaft in Stockholm, der bekanntlich darin besteht, daß die Direktion, entgegen den bei Aufhebung des Boykotts getroffenen Abmachungen, bei Rewin-

stellungen die noch arbeitslosen früheren Angestellten zuerst zu berücksichtigen, frische Leute vom Lande annahm, beschäftigte am Mittwochabend eine gemeinsame Sitzung der Gewerkschaften Stockholms. Bemühungen des Vergleichsbeamten Ederborg in dieser Angelegenheit waren erfolglos geblieben. Die Gewerkschaftsvorstände wählten nun ein Komitee, das nochmals versuchen soll, den Abmachungen durch Verhandlungen mit der Direktion Geltung zu verschaffen. Im übrigen faßte die Sitzung einen Beschluß, durch den die Arbeiter und die mit ihnen sympathisierenden Einwohner Stockholms aufgefordert werden, sich bereit zu halten, um durch die Tat zu zeigen, wie sie über das Verhalten der Straßenbahngesellschaft denken. Dieser Beschluß bedeutet, daß die Gesellschaft, wenn sie auf ihrem Vertragsbruch beharrt, mit einem abermaligen Boykott zu rechnen hat.

#### Eine grundsätzliche Gewerkschaftsmethode.

Infolge des kürzlich in Kraft getretenen ungeheurer hohen Schutzollens der Vereinigten Staaten auf Erzeugnisse des lithographischen Gewerbes wollen eine Reihe deutscher Firmen ihre Werke in die Vereinigten Staaten verlegen. In Deutschland hat jener Schutzoll schon eine gefährliche Depression auf dem Arbeitsmarkte der lithographischen Berufe zur Folge gehabt. Das Lithographiegewerbe hat bisher in Amerika einen seiner besten Abnehmer gehabt. Manche Lithographen sehen sich daher gezwungen, ihrem teilweise auswandernden Gewerbe nach Amerika zu folgen. Den amerikanischen Arbeitern droht also ein sehr unerwünschter Zustrom, dem sie auch sofort durch Erhöhung der Eintrittsgelder in ihre Verbände und sonstige Schwierigkeiten zu begegnen beginnen. So hat die Photo Engravers' Union soeben das Eintrittsgeld von 30 Dollar auf 200 Dollar erhöht, natürlich sehr zum Vergnügen der Unternehmer, die sehr wohl wissen, daß die Zuwanderung nicht verhindert werden kann, daß vielmehr die Erhöhung der Eintrittsgelder, zumal wenn die gleiche Taktik von den anderen Organisationen des gleichen Berufes befolgt wird, nur dazu dient, die bisher organisierten fernzuhalten, wodurch natürlich dem Streikbrechertum Tür und Tor geöffnet wäre, sicherlich auch nicht zum Nutzen der organisierten amerikanischen Lithographen.

#### Vereinigung amerikanischer Vergarbeiter.

Die zwei größten Verbände von Vergarbeitern in den Vereinigten Staaten, die „United Mine Workers“ und die „Western Federation of Miners“ wollen sich vereinigen. Die letztere hatte schon vor längerer Zeit ihre Zustimmung zu der Vereinigung erklärt, und jetzt haben die ersteren auf ihrem Verbandstag in Indianapolis ebenfalls in diesem Sinne einen Beschluß gefaßt. Die Form der Vereinigung wird durch Komitees der beiden Organisationen festgesetzt werden. Interessant ist dabei besonders, daß die United Mine Workers sich nicht länger vor den Sozialisten, die im Erzgebirgs- und Weststaaten großen Einfluß haben, fürchten. Die Angst vor den Sozialisten war bisher das stärkste Hindernis für die Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Organisationen, jetzt aber hat die wachsende Macht der Kapitalisten die Notwendigkeit ergeben, ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen.

## Verfammlungen.

Die Sektion der Baifer (Maurerverband) nahm in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung den Bericht des Kassierers für das Jahr 1909 entgegen. Die Sektionskasse hatte am Anfang des Jahres einen Bestand von 80 386,14 M., die Jahresseinnahme betrug 56 921,36 M., die Ausgabe 81 400 M., bleibt ein Bestand von 55 817,28 M. Unter den Ausgaben finden sich unter anderem folgende Posten: Krankenunterstützung 13 197 M., für Waisperrn 4140 M., Unfallunterstützung 20 219 M. Der letztgenannte Posten ist eine Folge der ungewöhnlich ausgedehnten Arbeitslosigkeit im vorigen Winter. Da der Verband keine Arbeitslosenunterstützung hat, so wurden nur die in besondere Not geratenen Arbeitslosen aus der Sektionskasse unterstützt. — Die Mitgliederzahl der Sektion ist im vorigen Jahre von 1714 auf 1830 gestiegen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Kandidaten aufgestellt zu der am 18. Februar in den Bezirken vorzunehmenden Vorstandswahl. — Im übrigen wurden geschäftliche Angelegenheiten ohne allgemeines Interesse erledigt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 4. Februar. (W. T. B.) Im weiteren Verlaufe über die Verhandlungen betr. die Kuzamminen forderte Bedouce die Kammer auf, wenn sie nicht einen Versuch mit einer nationalen Zusammensetzung des Konfortiums machen wolle, wenigstens für ein nationales wirtschaftliches Programm einzutreten zum Wohle von Französisch-Afrika. Wendane bekämpfte die direkte Ausbeutung der Minen und führte aus: Frankreich müsse sich freuen zu sehen, daß ausländische Kapitalien nach Frankreich kämen zu einer Zeit, wo die französischen Kapitalien ein zu großes Bestreben zeigten, ins Ausland zu gehen. Das Syndikat gebe alle Garantien für Algier. Wendane forderte aber neue Garantien für eine etwaige Ausgabe von Obligationen. Darauf wurde die Weiterberatung auf nächsten Freitag vertagt.

### Neue Unruhen.

London, 4. Februar. (W. T. B.) Aus Aden werden neue ernste Unruhen im Somalilande gemeldet. Eine große Anzahl britischer Staatsangehöriger sei von den Eingeborenen getötet, viele tausend Kamele seien geraubt worden.

### Empörte Kohlenarbeiter.

Sibnes, 4. Februar. (W. T. B.) Ausständige Kohlenarbeiter versuchten eine Eisenbahnbrücke bei der Aderdarsgrube in die Luft zu sprengen. Der Versuch, die Brücke zu sprengen, mißlang; es wurde aber sonst viel Schaden angerichtet.

### Gefährdeter Dampfer.

Charleston (Südatlantika), 4. Februar. (W. T. B.) Der von New York nach dem Stillen Ozean bestimmte Dampfer „Kentuck“ von der Alaska-Pazifik-Linie, der sich mit 75 Mann Besatzung auf seiner ersten Fahrt befindet, melbet durch drahtloses Telegramm, daß er 240 Meilen von Kap Hatteras entfernt dem Sinken nahe sei. Mehrere Dampfer, unter ihnen das Linien Schiff „Louisiana“, sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Reichstag.

30. Sitzung. Freitag, den 4. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück, v. Schoen, Bermuth. Auf der Tagesordnung steht zunächst die

zweite Beratung des Etats für den Reichstag.

Hierzu beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.): Die Geschäftsordnungs-Kommission zu beauftragen, eine Abänderung der Geschäftsordnung zu entwerfen und im Reichstage zur Beschlussfassung vorzulegen...

Ein ganz ähnlichen Antrag haben die Abgeordneten Caffer mann und Genossen (Nat.) gestellt sowie die Abgeordneten Dr. Adlax und Genossen (fr. Sp.), die speziell auch wünschen, daß die Zeit der Besprechung der Interpellationen näher präzisiert wird.

Ein Antrag Gröber (Z.) verlangt: 1. die Geschäftsordnungs-Kommission mit der Revision der Geschäftsordnung zu beauftragen; 2. die Anträge der Sozialdemokraten, Freisinnigen und National-liberalen der Geschäftsordnungs-Kommission als Material zu überweisen.

Ferner liegen Anträge des Zentrums und der Nationalliberalen vor, wonach den Mitgliedern des Reichstages freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen während der Dauer der Legislaturperiode statt wie bis jetzt der „Sitzungsperiode“ gewährt werden soll.

Abg. Singer (Soz.):

Anlässlich der großen Debatte, die hier im Hause über das persönliche Reglement geführt wurde, wurde auch der Paragraph der Geschäftsordnung erörtert, der es nach übereinstimmender Meinung aller Parteien verhindert, daß der Reichstag das Mittel der Interpellationen wirksam gestaltet. Entsprechende Anträge wurden an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen. Diese hat zwar eifrig gearbeitet und quantitativ sehr viel geleistet, aber das Resultat ist im ganzen nicht genügend, um die von allen Seiten empfundenen Mängel zu beseitigen. Wir beantragen jetzt, die Kommission zu beauftragen, Änderungen in bezug auf die geschäftliche Handhabung der Interpellationen vorzubereiten...

Kleines feuilleton.

Die Ungarn in der Sezession. Was man von ungarischer Malerei auf der letzten Pariser Weltausstellung oder sonst auf internationalen Weltausstellungen sehen konnte, konnte einem den Geschmack daran gründlich verderben. Man hatte meist große knallige Bilderbogen vor sich, die die Welt beweisen sollten, was für eine große Nation die Ungarn von jeher waren. Da war weniger ungelappter Kraftüberdruck eines aufstrebenden Volkes als ausdringliches Emporkömmlingstum. Die Bilder, die jetzt in der Berliner Sezession ausgestellt sind, offenbaren eine andere Art: sie sind weder patriotisch noch auch national. Sie zeigen, daß ungarische Maler in die allgemeine europäische Kunstschule gegangen sind und vor allem in Paris malen gelernt haben.

Von älteren Meistern sind Munkacsy und Paal vertreten. Munkacsy (1844-1900) ist der einzige ungarische Maler, der einen internationalen Ruf gewonnen hat. Er repräsentiert die Stufe eines Realismus, der zwischen dem großen französischen Entdecker und Vorwärtstreiber Courbet und dem deutschen Historienmaler Piloty steht. Von den großen jenseit in Paris entstandenen Gemälden religiöser und geschichtsdramatischer Art oder auch den Genrebildern sieht man leider nichts. Dafür sind einige größere Landschafts- und Interieur-bilder (zum Teil unvollendet) vorhanden, die von der schweren, tonigen Schwarz- und Graumalerei, die noch nicht durch den Impressionismus aufgelockert ist, eine gute Vorstellung geben. Daneben ist Paal zu nennen, der die Art der intimen französischen Landschaftsmalerei kopiert. Ein Talent und noch dazu ein sehr vielseitiges ist Szinyi. Er steht unter deutschem Einfluß; man spürt unter andern deutlich böcklinische Anfänge in der Farbe wie im Stoff. Das Hauptstück, ein Frühstück im Freien, aus dem Anfang der sechziger Jahre, zeigt eine merkwürdig belle, farbige und naturistische Malerei. Die Skizze zu diesem Bilde ist freilich noch unmittelbarer und harmonischer im Farbenschema.

Neben den älteren Malern lassen sich aber auch die jüngeren wohl sehen. Gewiß es ist kein imponierender Künstler unter ihnen, der sich nachdrücklich einprägte; aber man wird doch zugestehen, daß Beachtenswertes und Tüchtiges geleistet wird. Wir finden da gute Alte und Vorwärts von Strobeny, frische Landschaften von Ferenczy. Besonders freundlich und hell wirkt Fejhos, der in Stillleben und Interieurs Geschmack und seinen Farbensinn beweist. Rothlich sind auch die neueren Roden in Ungarn vertreten. Einer malt Delbilder, als ob er Gebelins imitierte, ein anderer versucht sich in kräftigen Kontrastwirkungen im Sinne Cézannes oder van Goghs. Einiges erinnert direkt an die Malerei von Wilden und Brantzen, nur daß es durch seine Bewußtheit manieriert und forciert wirkt.

Kun liegen auch noch Anträge von anderen Parteien vor, die ungefähr dasselbe bezwecken und in denen noch der eine oder andere Punkt hinzugefügt ist. Ich würde es für richtig halten, diese Anträge sämtlich an die Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. Etwas anders sehe ich zu dem Antrage Gröber, der die Geschäftsordnungs-Kommission mit der Revision der Geschäftsordnung beauftragt. Ich habe die Empfindung, daß die Annahme des Gröberischen Antrages die ganze Sache ad Kalendas Graecas (auf den Sankt Nimmerleinstag) verlegt. Kollege Gröber hat einen ganz löblichen Zweck im Auge; aber dieser Zweck darf nicht dazu benutzt werden, die aktuellen Fragen, deren Behandlung eine bittere Notwendigkeit für den Reichstag ist, wenn nicht seine ganze Tätigkeit in unerträglicher Weise degradiert werden soll, hintenanzusetzen und zu vertagen. Eine solche allgemeine Revision kann der Reichstag ja vornehmen, aber sie muß als eine neue Aufgabe bezeichnet werden, und nach meiner Meinung müssen vorher die Fragen, die in den Anträgen angeregt sind, von der Kommission und dem Reichstag erledigt sein. (Sehr richtig! links.) Ich würde es für sehr verhängnisvoll halten, wenn unter Zurückweisung der anderen Anträge der Antrag Gröber angenommen würde. Ich würde es also, wie schon gesagt, für richtig halten, die speziellen Anträge mit den bestimmten Aufträgen der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, die am 14. Mitglieder zu verstärken wäre. Für den Antrag Gröber können wir im Augenblick nicht stimmen, sondern erst dann, wenn die anderen Anträge tatsächlich angenommen sind.

Zum Schluß will ich nur noch einmal betonen: der Reichstag steht hier - wie in manchen anderen Dingen - vor der Frage: Soll er die Stellung, die ihm gebührt, soll er den Einfluß, den auszuüben er im Interesse des Volkes verpflichtet ist, soll er die Selbstachtung, die er sich schuldig ist, im vollen Umfang wahrnehmen, dann ist es notwendig, daß diese unwürdige Stellung, die der Reichstag leider Jahrzehnte lang ertrogen hat, bei der Behandlung der Interpellationen endlich einmal aufhört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen darauf halten, daß die Beschlüsse des Reichstages diejenige Beachtung finden, die sie verdienen, und wir dürfen die Möglichkeit eines Beschlusses aus Anlaß einer aktuellen Angelegenheit nicht in das Belieben der Verbündeten Regierungen und des Reichstanzlers stellen. Die Gleichberechtigung des Reichstages mit dem Bundesrat ist ein Märchen; sie muß endlich zur Wirklichkeit werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinigen (fr. Sp.): Untere Geschäftsordnung weist liberalen Anlässen und Vorden auf. Daher ist das Verlangen des Kollegen Gröber nach einer allgemeinen Revision der Geschäftsordnung berechtigt. In bezug auf die praktische Behandlung dieser Frage schließe ich mich aber dem Kollegen Singer an. Wir müssen aber auch zu einer Revision der Geschäftsordnung in bezug auf die Schwererstage und Initiativanträge kommen. Den Antrag des Zentrums und der Nationalliberalen auf Abänderung des Diätengesetzes unterstützen wir; wir geben aber weiter, wir halten das ganze Diätengesetz für reformbedürftig. Das unwürdige Lohnlistenystem für Reichstagsabgeordnete muß beseitigt werden. Wenn ein Abgeordneter hier drei Reden gehalten hat und an 5-6 namentlichen Abstimmungen teilgenommen hat, dann aber bei der nächsten Sitzung, vielleicht weil er als Arzt zu einem Kranken gerufen ist, verliert er die Diäten. Das ist eine ganz unsinnige und unwürdige Bestimmung. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Jund (nat.): Unser Antrag verlangt ebenso wie der des Zentrums die freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten während der ganzen Legislaturperiode, also auch wenn der Reichstag nicht bestimmt ist. Das soll die politische Tätigkeit auch nach Schließung des Reichstages ermöglichen.

Abg. Koeren (Z.): Auf das Ergebnis der Arbeit der Geschäftsordnungs-Kommission brauchen wir wirklich nicht sehr stolz zu sein. (Heiterkeit.) Aber das lag an Vlod. (Widerpruch bei den Liberalen.) Man wollte für rechts und links etwas zustande bringen. (Heiterkeit.) Unter den jetzigen Verhältnissen wird das anders werden. Unseren Antrag betreffend die Preisfahrten der Mitglieder des Reichstages bitte ich anzunehmen; die Vergünstigungen für die Mitglieder des Reichstages dürfen nicht von dem Belieben des Reichstanzlers abhängen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Graf v. Westarp (L.): Der Antrag betreffend die Preisfahrten und anzuschließen hindert uns unsere grundsätzliche Stellung. Ebenso können wir dem Antrag der Sozialdemokraten und Freisinnigen nicht zustimmen, weil sie der Geschäftsordnungs-Kommission bestimmte Vorschriften erteilen. Weiter haben wir verfassungsmäßige Bedenken, im Anschluß an Interpellationen die Möglichkeit zu Vertrauensvoten gegen den Reichs-

kanzler und den Bundesrat zuzulassen. Wir wollen auch nicht rüsten an dem Recht des Kaisers, den Reichskanzler nach seinem Belieben zu ernennen und zu entlassen. (Bravo! rechts.) Die kurzen Anfragen bergen die Gefahr in sich, daß der Reichstag in die Exekutive eingreift. Ich fasse mich dahin zusammen, daß wir die Anträge zurückweisen, weil sie auf dem Wege der Geschäftsordnungsänderung eine Verfassungsänderung bezwecken. Ohne eine durchgreifende Revision der Geschäftsordnung für nötig zu halten, wollen wir doch nicht Widerspruch dagegen erheben, daß der dahin zielende Zentrumsantrag angenommen und die verstärkte Geschäftsordnungs-Kommission mit der Revision beauftragt wird. Auch gegen die Kommissionsberatung der übrigen Anträge haben wir nichts einzuwenden. (Beifall rechts.)

Abg. Gröber (Z.): Die Geschäftsordnung des Reichstages ist verfassungsmäßig mit ein paar Ausnahmen ausschließlich Reichstagsangelegenheit. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Es kann also keine Rede davon sein, daß Änderungen der Geschäftsordnung Verfassungsänderungen bedeuten. Eine Durchsicht und Revision der Geschäftsordnung ist dringend notwendig und wird uns viele unangenehme Erörterungen ersparen.

Abg. Dr. Görde (nat.): Nachdem und erklärt worden ist, daß die Regelung des Interpellationsrechts der sonstigen Revision der Geschäftsordnung vorausgehen soll, können wir die von unserem Freunde Dr. Jund vorgebrachten Bedenken gegen den Antrag Gröber fallen lassen.

Abg. Koempf (fr. Sp.): Nach der Erklärung, die der Abgeordnete Gröber abgegeben hat, werden wir für seinen Antrag stimmen. Seit längerer Zeit ist unser althergebrachter Präsident Graf Stolberg gezwungen, unseren Beratungen fern zu bleiben. (Abg. Kopsch [fr. Sp.]: Bravo! Große Heiterkeit im Hause und auf den Tribünen.) Öffentlich wird es ihm bald wieder vergönnt sein, unsere Beratungen zu leiten. (Lebhaftes Bravo! im ganzen Hause.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Dem letzten Wunsche des Vorredners schließe ich mich an, im übrigen will ich mich auf die Geschäftsordnungsdebatte beschränken. Ich muß dem Abg. Westarp entgegenreten und bedauere sehr, daß bezüglich der Preisfahrten der Abgeordneten eine einstimmige nicht zu erzielen ist. Nach der Verfassung ist der Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, und deshalb muß es ihm ermöglicht werden, jederzeit an allen Orten des Vaterlandes mit den Personen, die er zu vertreten hat, sich persönlich in Verbindung zu setzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Westarp hat gegen unseren und die Anträge der anderen Parteien auf Abänderung der Geschäftsordnung das schwere Geschwulst verfassungsmäßiger Bedenken aufgeföhrt. Im großen und ganzen ist er ja schon von Herrn Gröber widerlegt, und ich kann mich auf einen Punkt beschränken. Aus meiner Rede bei der Verfassungsdebatte hat Graf Westarp den Schluß gezogen, daß es sich auch jetzt um Verfassungsänderungen handelt. Unsere Bestrebungen nach einer Änderung der Verfassung in der Richtung, daß der Reichstag einen Einfluß auf die Besetzung des Postens des Reichstanzlers hat, verfolgen wir nach wie vor. Aber man kann die Geschäftsordnung auch sehr weitgehend ohne jede Verfassungsänderung ändern. In bezug auf das Recht auf ein Nichttrauensvotum hat ja Herr Gröber schon betont, daß Nichttrauens- und Vertrauensvoten nur die verschiedenen Seiten derselben Münze sind. Wer das eine will, muß auch das andere zugeben. Der Reichstag soll eben ein Urteil abgeben über die politischen Handlungen der Regierung, das ist der Grundgedanke des Antrages. Solche Urteile fällen wir fortwährend. Der Reichstag hat schon mit großer Mehrheit gesagt, daß ganze, was die Regierungen uns vorgelegt haben, ist vollständig unbrauchbar. Solch Urteil war doch ein Nichttrauensvotum. Wicher konnten wir aber solche Nichttrauens- oder Vertrauensvoten nicht abgeben bei Gelegenheit von Interpellationen, wo es gerade besonders notwendig ist. Ob durch ein Nichttrauensvotum ein Reichstanzler gestürzt wird, das hängt von der Entwicklung des politischen Lebens ab, und ich spreche den Konservativen und dem Zentrum meine Anerkennung dafür aus, daß es ihnen gelungen ist, in elastischer Weise die Macht des Reichstages zu stärken, indem sie durch ihr Votum im vorigen Sommer einen Reichstanzler zu Falle gebracht haben. (Sehr richtig! links.) Sie selbst üben ihre Macht bezeugt zum Sturze eines Reichstanzlers aus, Sie wollen nur nicht, daß andere dasselbe tun, das ist der Kern Ihrer Befürchtung. Wir wollen also mit unserem Antrag dem Reichstag nicht eine neue Waffe schmieden, sondern nur eine alte, rostig gewordene Waffe wieder schleifen, damit sie besser gebraucht werden kann. Auch die Minderheit muß das Recht haben, im Anschluß an Interpellationen Anträge zu stellen, Grund ihres Kalküls, oft zu sonst ganz unverständlichen Erfolgen gebracht. So war es von diesem Standpunkt aus gesehen an sich kein adler spekulativer Einfall Jodeis und Neumanns und dann als Krumpf zu guter Letzt ein echtes Volkslied auf die Bretter zu bringen. Es hätte eine Sensation dabei heraus-springen können. Indes die vereinigte Phantasiekräfte der beiden Autoren schleppte wohl emsig beflissen die Exterieurs zusammen, wachte dann aber mit ihnen (schlechterdings nicht anzusehen). Nirgends in den Figuren und Situationen eine Spur lebendiger Anschaulichkeit oder auch nur bühnenwirksamer Komik. Glauben die Verfasser, eine Pointe beim Schopf gefaßt zu haben, dann hegen sie sie durch Wiederholungen zu Tode. So tut ein junger Leutnant, der in Anketoden denkt, niemals den Mund auf, ohne zu erklären: „Wissen Sie, da fällt mir ein“. Und bei einer Duell-verhandlung, in der die Sekundanten wetteifernd die Kampfbedingungen für ihre Auftraggeber immer sinnloser verstärken, hat man dann alsbald in gleicher Anschaulichkeit das umgekehrte Spiel, das Abhandeln, das aus dem blutigen Projekte eine harmlose Spielerei macht, mit anzuhören. Die Saitte kommt nirgends über die billige Marktware hinaus. Die Handlung pendelt zwischen Eberlof Polmes und der Markit. Ein Deltiv begleitet den einer strafbaren Mogelei im Rennstall bringend verdächtigen Freiherrn von Plannim im Speisebogen des Berliner D-Juges. Es gibt eine Anklage vor dem Ehrengericht des Klubs, spanende Indizien und schließlich einen Alibibeweis zugunsten des Angeklagten durch die Jeugersanfrage der ebenso abenteuerlichen als zähtigen russischen Fürstin, einer ehemaligen Berlinerin. Sie ist zu schade für den verlumpten Kavaller. Ein Sohn des Volkes, ein englischer Berliner Jodei, hat es ihrer edlen Seele angetan. Der Plebejer ist zum Glück auch Gentleman. Er hat in seinem Gewerbe so viele Tausende verdient, daß er das Pferd des Freiherrn kaufen und ihn an seiner Stelle hinsort reiten lassen kann. Lohn der Tugend! Der Jodei wurde von dem elastiisch schlanken Herrn Ditto, die Fürstin von Frau Adele Partizio sehr ansprechend repräsentiert. In Episodenfiguren trauen Risse, Willi Prager und Leopold hervor. Hermann Wlach pakte äußerlich wenig für die Freiherrnrolle, die man ihm aufgeschlo, aber er führte sie mit Intelligenz durch. Nach dem zweiten Akt wurde stark applaudiert.

Notizen.

- Kunststunde. Das Schiller-Theater veranstaltet am Sonntag, dem 6. d. M. um 8 Uhr, einen „Saint-Saens“-Abend im Berliner Rathaus, an dem Dr. G. Lang den einleitenden Vortrag hält, und im Schiller-Saal Charlottenburg um 8 1/2 Uhr einen Richard Strauss-Abend, bei dem Dr. Max Werthardt den einleitenden Vortrag hält.

- Der Admiral des Nordpols. Im amerikanischen Senat wurde von Hale eine Vorlage eingebracht, in der vorgeschlagen wird, dem Polarforscher Peary den Rang eines Konteradmirals zu verleihen.

Theater.

Geibel-Theater: „Kavaliere“, eine Sportkomödie von Rudolf Lothar und Robert Sueda. Diese Komödie, an die Herr Schwarz, der interimistische Direktor des Geibel-Theaters, eine kostspielige Ausstattung gewagt hatte, dürfte die auf sie gesetzten Hoffnungen schwerlich erfüllen. Stücke, die ein im Bühnenrahmen noch nicht ausgewagtes Mittel mit einigem Geschick und in Anbopfung an den Geschmack des Publikums vorführen, haben es, auf

dieses Recht der Minderheit ist ein integrierender Bestandteil des parlamentarischen Kampfes, und alle Parteien haben es ja erlebt, wie leicht sie in die Lage der Minderheit kommen können. Sie sollten also mit uns zusammen arbeiten, ein wirksames Interpellationsrecht auszuarbeiten.

Von dem Recht der kurzen Anfragen befragt Graf Westarp eine Hebereschung in Verbindung mit solchen Anfragen. Das Beispiel Englands zeigt, daß in kurzer Zeit eine große Zahl solcher Anfragen erledigt wird, wobei sogar noch ergänzende Anfragen aus dem Hause gestellt werden. Das ist auch notwendig, weil der Wortlaut einer Anfrage manchmal berichtigt oder ergänzt werden muß. Daß auch andere Bestimmungen der Geschäftsordnung Änderungsbedürftig sind, darauf hat Singer schon hingewiesen. Zum Beispiel ist es unerträglich, daß ein Mitglied des Bundesrats außerhalb der Tagesordnung hier das Wort nehmen darf, ohne daß ihm erwidert werden kann. Unter der Voraussetzung also, daß die in unserem Antrage angeregten Fragen zuerst erledigt werden, werden wir dem Antrage Gröber zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dirlsen (Hr.): Gegen die Ausdehnung der Freikarten auf die reichstagslose Zeit haben wir starke Bedenken. Daß trotz der zeitweiligen vorläufigen Kommissionsverhandlungen die Geschäftsordnungsanträge wiederholt werden würden, konnten wir uns denken, aber daß dazu der Reichstagsrat benutzt wurde, war uns allerdings überraschend. Da jedoch einmal dieser Weg beschritten worden ist, können wir uns mit der generellen Revision der Geschäftsordnung einverstanden erklären, müssen und aber dagegen wenden, daß bestimmte Punkte, wie das Interpellationsrecht, vorweg genommen werden. Die Klärung der Interpellationsberatungen mit Anträgen ist der erste Schritt auf dem Wege zur Parlamentarität. (Lachen links.) Den Schritt machen wir nicht mit. Das System der kurzen Anfragen ist nicht so bedenklich, aber für ein verhältnismäßig so junges Parlament wie den deutschen Reichstag ist es nicht angebracht. Jedenfalls müßten starke Garantien gegen Mißbrauch geschaffen werden. Die Frage kann nicht durch das Parlament allein geregelt werden, sondern auf dem Wege der Verständigung mit dem Bundesrat. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (fr. Bg.): Es kommt vor, daß am Ende der Legislaturperiode noch Wahlproteste unerledigt sind, die zu Beginn der Periode eingelaufen sind. Vielleicht überlegt sich die Geschäftsordnungscommission auch einmal diese Frage.

Abg. Graf Lippendorff (Z.): Die Meinung des Grafen Westarp, daß die Geschäftsordnungsanträge eine Verfassungsänderung in sich schließen, ist ebenso wenig schicklich, wie die düstere Schilderung, die Herr v. Dirlsen von den Folgen der Einführung des Frage- und Antwortspiels, wie er es nannte, entwarf!

Abg. Dr. Selwe (natl.): Die Wahlprüfungen verzögern sich deshalb so sehr, weil man bei ihnen allzu formalistisch-kleinlich verfährt.

Abg. Werner (Ant.): Die Kleinliche Verpfichtung der Abgeordneten, sich bei Strafe des Diätenverlustes einzutragen zu lassen, muß beseitigt werden.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Es ist bedauerlich, daß in einer Debatte die großen Forderungen und die kleinen Wünsche des Hauses zum Ausdruck kommen, daß abwechselnd ein Redner über schlechte Luft im Saale klagt und ein anderer Redner über die Erweiterung der Reichstagsrechte gegenüber dem Bundesrat sich verbreitet. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Zu bezug auf

die Wahlprüfungen

wäre Abhilfe am besten durch eine Prophezie zu schaffen. Schärferen Strafbestimmungen gegen Wahlbeeinflussungen würden die Zahl der Wahlanfechtungen vermindern. Die Wahlprüfungscommission hat ja einen Roder aufgestellt, nach welchem sie verfährt, aber diese Regeln wechseln mit der Mehrheit, und bis neue Regeln festgestellt sind, ist zwischen die Mehrheit schon wieder eine andere. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Dirlsen hat, als er sich zu unseren Geschäftsordnungsanträgen äußerte, den Grundabgeleitet, es dürfe nicht ein Teil der Geschäftsordnung herausgerissen werden, es müsse ganze Arbeit gemacht werden. Es ist etwas überraschend, von jener Seite den Grundabgeleitet: „Alles oder nichts!“ proklamiert zu sehen. (Heiterkeit und sehr gut links.) Ein Parteigenosse von ihm hat den Verdacht ausgesprochen, daß das Zentrum mit dem Grundabgeleitet „alles oder nichts!“ die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus zu Fall bringen wolle. Die Vermutung liegt nahe, daß das auch hier bei dieser verhältnismäßig kleinen Debatte über die Geschäftsordnung der Fall ist. Jedenfalls legt Herr v. Dirlsen bei seinem Grundabgeleitet wohl den Nachdruck auf das „nichts“, was dagegen legen ihn auf das „alles“. (Große Heiterkeit.)

Herr v. Dirlsen meinte weiter

die kleinen Anfragen

könnten wir deshalb nicht einführen, weil dazu als zweiter Faktor der Bundesrat gehört, der sie beantwortet. Das ist doch auch bei den großen Anfragen, den Interpellationen, der Fall. Will Herr v. Dirlsen etwa die Konsequenz ziehen, die Interpellation überhaupt abzuschaffen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß brauchen wir bei den kleinen Anfragen den Reichstanzler oder seinen Stellvertreter, damit er Antwort gibt. Sollte sich ergeben, daß bei einer Häufung der Anfragen der Reichstanzler nicht kommen kann, so würden wir Abhilfe schaffen, vielleicht auf ähnlichem Wege, wie es gegen die Anwesenheit der Mitglieder des Hauses geschehen ist: durch Zahlung von Anwesenheitsgeldern. (Heiterkeit.)

Herr v. Dirlsen sagte ferner, wir sollten doch Rücksicht auf den Bundesrat nehmen und uns zunächst vergewissern, wie der Reichstanzler und der Bundesrat sich zu unseren Anträgen stellen. Da der Reichstag das Recht hat, sich seine Geschäftsordnung selbstständig zu geben, so wäre es eine Degradierung sondergleichen, wollte er darauf verzichten. (Lebhafte Zustimmung links.) Es wird wenig Parlamente in der Welt geben, die selbst bestrukt sind, ihre eigenen Wahlbefugnisse einzuzuschneiden. Wir brauchen nicht dafür zu sorgen, die Stellung des Bundesrats zu stärken, dafür wird dieser selbst Sorge tragen. Wir aber müssen dafür eintreten, daß der Reichstag die wenigen Rechte, die er hat, im Interesse des Volkes wahr und stärkt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Jans (natl.): Inwiefern eine Erweiterung oder anderweitige Befahrung des Interpellationsrechts einen Eingriff in die Rechte des Bundesrats oder einen Verstoß gegen den Geist der Reichsverfassung bedeuten soll, das ist nicht einzusehen. (Sehr richtig! links.) Es ist das gute Recht des Reichstages, daß er seine Meinung über den Gegenstand ausspricht. (Beifall links.)

Nach einer unverständlich bleibenden Polemik Wassermanns gegen Gröber über die Fassung des Freifahrkartenantrages schließt die allgemeine Besprechung des Reichstagesdats.

Die Anträge Albrecht (Soz.), Sblak (fr. Bg.), Wasser-mann (natl.), Gröber (Z.) werden der auf 28 Mitglieder verstärkten Geschäftsordnungscommission überwiesen. Die Anträge Wasser-mann (natl.) und Hebr. v. Hertling (Z.) über die Freifahrkarten werden angenommen.

Der Etat des Reichstages wird bewilligt.

Es folgt die

dritte Lesung des Handelsvertrages mit Portugal.

Nachdem die Abg. Wallenborn (Z.), Vogt-Hall (natl.) und Söhler (natl.) sich kurz gegen den Vertrag erklärt haben, schließt die Debatte. Der Vertrag wird gegen einen großen Teil der Nationalliberalen und des Zentrums angenommen.

Es folgt die erste Beratung der Ueberzicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für 1908.

Abg. Dr. Gröber (natl.) weist durch längere Zahlenangaben nach, daß die Verwaltung sich bemüht hat, besser als früher zu wirtschaften.

Abg. Erzberger (Z.) betont demgegenüber, daß 20 Millionen Mark von der Verwaltung ohne Zustimmung des Bundesrats und Reichstags ausgegeben seien; der Verwaltung müsse zum Bewußtsein

gebracht werden, daß sie sich nach Rücksicht an den Etat zu halten habe. Der Schatzsekretär müsse gegen alle außerordentlichen Ausgaben mit größter Schärfe vorgehen.

Abg. Dr. Gröber (natl.): In vielen Einzelheiten hat Herr Erzberger recht, in anderen aber nicht; er scheint die 29,2 Millionen Minderausgaben ganz übersehen zu haben.

Abg. Erzberger (Z.): Herrn Gröber mache ich darauf aufmerksam, daß die Ersparnisse zum größten Teil nur rechnerische sind, zum Beispiel sind 1.970.000 M. an Aufgebühältern für Beamte erspart, die Postverwaltung hat 3 Millionen erspart, darunter 2,9 Millionen an Posten, Materialien zum Bau und zur Erhaltung von Telegraphenlinien, jedenfalls weil die Materialpreise niedriger waren als man angenommen hatte.

Direktor im Reichspostamt Grenzow berichtet, daß die Reichspostverwaltung auf mögliche Sparbarkeit Bedacht nehme.

Nach wiederholten weiteren Bemerkungen der Abg. Erzberger und Gröber schließt die Diskussion (allgemeiner Beifall) und die Ueberzichten werden an die Rechnungskommission verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. (Lebhafte Beifall.)

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Erste Lesung des Handelsvertrages mit Nordamerika.

Schluß 7 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung, Freitag, den 4. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Befehle.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Novelle zum Gerichtskostengesetz in Verbindung mit der Abänderung der Gebührenordnungen für Rotare, Rechtsanwälte und Gerichtsvolksherren.

Justizminister Befeler: Das bestehende Gerichtskostengesetz hat durch eine Reihe von Bestimmungen zur Erhöhung im Geschäftsgange geführt, und es enthält auch Härten, deren Beseitigung erwünscht ist. Sehr verbesserungsbedürftig wären die Erhebung von Auslagen; erleichtert werden sollen weiter die Niederlagungen. Die Erhöhung der Gebühren beträgt im allgemeinen 10 Proz., was eine Mehrerhöhung von 2 1/2 Millionen bedeutet. Ich hoffe, daß in der Kommission ein Gesetz zustande kommt, das in der Richtung der Regierungsvorlage liegt.

Abg. Boehmer (kons.): Große Sympathie können wir der Vorlage nicht entgegenbringen. Auf die Interessen der Grundbesitzer und Handwerker ist bei dieser Erhöhung der Gerichtskosten wenig Rücksicht genommen. Wir wünschen, daß die Justiz gut und billig ist. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an die verstärkte Justizkommission.

Abg. Reihard (Z.): Auch wir haben erhebliche Bedenken gegen die Vorlage. So sind wir nicht damit einverstanden, daß bei den höheren Objekten die Kosten verhältnismäßig immer geringer werden. Wir halten eher eine Verbilligung als eine Verteuerung der freiwilligen Gerichtsbarkeit für geboten.

Ein Regierungskommissar aus dem Finanzministerium: Schon bei der Etatsberatung hat der Herr Finanzminister darauf hingewiesen, daß zu einer richtigen Bilanzierung des Etats nicht nur Ersparnisse bei den Ausgaben, sondern auch eine sorgfältige Behandlung der Einnahmen nötig sei. Dies Ziel bei der Justizverwaltung zu erreichen, ist der Zweck dieser Vorlage. Ich bitte, zu bedenken, daß das jetzige Gesetz vor 15 Jahren erlassen ist und daß seitdem zwei große Besoldungsordnungen ins Land gegangen sind.

Abg. Dr. Keil (natl.): Die Bedenken der Vorredner teilen wir, werden aber die Vorlage sine ira et studio (vortragslos) prüfen. Wir beantragen ihre Ueberweisung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern. Wir hoffen, daß aus der Kommissionsberatung etwas Brauchbares herauskommt.

Abg. Dr. Schred (frkons.): Wir erkennen an, daß eine mäßige Erhöhung der Gerichtskosten geboten ist, wollen aber in der Kommission prüfen, ob nicht durch eine Änderung des Tarifs oder auf andere Weise eine besondere Schonung des Grundbesitzes, insbesondere der kleinen Objekte des Grundbesitzes, möglich ist. Sehr notwendig ist eine Erhöhung der Gebühren der Rotare.

Abg. Wolff-Dissa (fr. Bg.): Eine gewisse Berechtigung hat die Vorlage gewiß, aber eine schematische Erhöhung der Gerichtskosten ist nicht angebracht. Eine verhältnismäßige Steigerung der Gebühren nach oben wird sich nicht bis in die letzten Konsequenzen durchführen lassen, wenn man nicht Verträge bei hohen Objekten überhaupt unterbinden will. Die Gebührenerhöhungen für die Eröffnung eines Testaments sind nicht gerechtfertigt. Die Arbeit ist so einfach, daß sie jeder Gerichtsdienstler leisten kann; er schneidet das Testament auf und legt es vor. Wir sind bereit, die Vorlage in der Kommission eingehend zu prüfen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Von der Regierungseite ist betont worden, daß das Gesetz aus der Finanznot geboren ist. Ich muß das als ein Armutszeugnis ansehen, wenn der preussische Staat sich genötigt sieht, aus einem solchen Grunde zu einer Erhöhung der Gerichtskosten überzugehen. Wenn wir auch mit der heutigen Justiz wenig zufrieden sind (Sehr richtig! bei den Soz.), so handelt es sich doch hier immerhin um Interessen der Allgemeinheit. Auch sind die Zuschüsse des Staates zu den Gerichtskosten minimal im Verhältnis zu den Mitteln, die er für militärische und sonstige kulturfeindliche Ausgaben aufwendet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch macht sich der Staat außerordentlich viel überflüssige Gerichtskosten, indem er politische Verfolgungen inszeniert, ohne daß ein verständiger Grund dafür vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenig nobel ist der Hinweis in den Motiven auf die Besoldungsordnung: daß man den Beamten, die doch in ihrer hohen Klasse nur zum Teil das erhalten haben, worauf sie seit langer Zeit Anspruch hatten, nun gewissermaßen unter die Nase reißt, daß sie den Staat in die Finanznot gebracht hätten! Es reichen sich in diesem fiscalistischen und Agrarismus die Hand zu einem gemeinschaftlichen Produkt. Das ist ja kein Wunder bei unserem Finanzministerium, das gegenüber der Rechte gar kein Rückgrat besitzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Partei fordert programmatisch, mit Rücksicht auf das Wesen der Justiz

kostenlose Rechtsprechung.

Auf jeden Fall müssen wir eine Erhöhung der Gerichtskosten grundsätzlich vermeiden. In den Motiven heißt es, die freiwillige Gerichtsbarkeit diene außer bei Vormundschaftsachen privaten Interessen. Das trifft nicht ganz zu. Auch der Austritt aus der Landesherrschaft wird leider noch mit Gebühren belegt, während es ein nobile officium (eine Ehrenpflicht) des Staates sein soll, ihn kostenlos vor sich gehen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bedauerlich ist es, daß das Erfordernis der Vorzahlung durch den Entwurf noch erweitert wird. Durch dieses Verschärfen gestaltet man die Gebühren zu einem Prohibitivpostul für die Benutzung der Justiz. (Sehr gut! bei den Soz.) Aus welcher Praxis weiß ich, daß die ärmeren Massen vielfach die Anrufung der freiwilligen Gerichtsbarkeit unterlassen mit Rücksicht auf die Vorzahlungsforderung. Man sollte sie also beseitigen und die Gebühren, besonders für die unteren Klassen, mindestens wesentlich herabsetzen, um die Tore der freiwilligen Gerichtsbarkeit gerade für die zu öffnen, die ein besonderes Interesse daran haben, vom Staate gestützt zu werden.

Schwere Bedenken haben wir gegen die Erhöhung der Besoldungskosten. Die Rechtsmittel sollten im Gegenteil nach Möglichkeit erleichtert werden. Von dem Baujahre für die Schreibgebühren und Auslagen haben gewiß die Anwälte und Notare profitiert, aber wenn ich auch Anwalt bin, so muß ich doch dagegen protestieren, daß durch diese Maßnahmen jeder einzelne Rechtssuchende, auch wenn kein Vermögungsstreit entsteht, mit 10-20 Proz. Erhöhung der Gebühren bestraft werden soll. Es ist unerträglich, höhere Schreibgebühren zu erheben als zur Deckung der Schreibkosten nötig sind. Wenn die Erhöhung dieser Gebühren begründet

wird mit der Einführung der Schreibmaschine, des Steindruckes usw., so bemerke ich, daß gerade durch diese technischen Erfindungen die Kosten der Schreibarbeit im einzelnen nicht erhöht, sondern sehr vermindert worden sind. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im Vormundschaftswesen sollte noch in höherem Umfange, als der Entwurf das erfreulichweise vorsieht, also auch bei Objekten über 1000 M., Gebührenerleichterung eintreten. Angesichts der ohnehin schweren Lage der Minder sollte man hier fiskalische Interessen in weitem Umfange zurücktreten lassen. Wenn wirklich ein Finanzgesetz gemacht werden sollte, so war das probatorische Mittel, um die Einnahmen der Staatskasse zu erhöhen, die tragfähigen Schulden entsprechend höher heranzuziehen, wie wir das bei allen Finanzgesetzen wünschen. Aber der Entwurf tut in entscheidenden Punkten genau das Gegenteil. Das geht aus den Motiven zu § 47 hervor, wo es sich um freiwillige Versteigerungen handelt, daß nach dem Entwurf die Gebühre bei einem Erlöse von 50.000 M. 170 M. betragen soll, während sie bisher 200 M. betrug; bei 100.000 M. 220 M. gegenüber bisher 540 M.; bei 2.000.000 M. 1.170 M. gegenüber bisher 10.040 M. Es ist doch unerträglich, daß bei einem Gesetz, das dem Staate höhere Einnahmen zuführen soll, sich eine solche Bestimmung findet, die den ganz reichen Leuten 9000 M. gegenüber früher schenkt. Das beweist, wie wenig die Regierung imstande ist, in ihrer Finanzpolitik den Grundsätzen der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Der Herr Vertreter des Finanzministeriums meinte, die 10prozentige Erhöhung für die kleinen Gebühre sei ja nicht so schrecklich. Das beweist, daß die Herren absolut nicht imstande sind, sich in die Lage der ärmeren Schichten der Bevölkerung zu versetzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich, für die gutsituierten Kreise rechnen 10, 20 Pfennige kaum mit, aber bei armen Leuten spielt ein Groschen oder 20 Pf. doch eine recht erhebliche Rolle, und ihr Ausfall bedeutet unter Umständen die Herabdrückung der Lebenshaltung für einen, zwei Tage. (Zuruf rechts: Parle bei trägt!) Die dienen dem Kampfe gegen Sie (nach rechts), der notwendig ist, damit man überhaupt mal vorwärts kommt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Vertreter des Finanzministeriums hat auch übersehen, daß es sich für die unterste Klasse nicht um eine 10prozentige Erhöhung der Gebühre handelt, sondern vielfach um 100 und noch mehr Proz. Erhöhung. Diese wenigen Bestimmungen beweisen, wie wenig die Regierung es verstanden hat, die Forderung der sozialen Gerechtigkeit auch nur im geringsten zu erfüllen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon

die heutigen Gebühre

sind ja außerordentlich ungerecht. So heißt es in § 83, daß bei einem Objekt von 21 M. eine Gebühr von 70 Pf. zu zahlen ist. Bei richtiger proportionaler Steigerung der Gebühre müßten sie dann bei einem Objekt von 210 M. 7 M., bei 2100 M. 70 M. und bei 21.000 M. 700 M. betragen. In Wirklichkeit betragen sie nur 2,40 M., 7 M. und 20 M. Dätte man oben kräftiger angepaßt, so hätte man nach unten freilassen können und würde noch ein günstigeres Ergebnis erzielen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Entwurf ist

auf agrarische Interessen zugeschnitten.

Das beweist z. B. die Bestimmung, daß für die Beaufsichtigung von Fideikommissen nur drei Zehntel der Gebühre erhoben werden. Ebenso liegt eine agrarische Liebesgabe darin, daß die Veräußerungsgebühre bei Grundstücken für hohe Werte ermäßigt, für geringere erhöht werden. Nach § 16 soll die Versteigerung unbeweglicher Vermögensgegenstände gegen Gerichtskostenforderungen unzulässig sein. Soweit dadurch der kleine Grundbesitz, die Bauern, vor dem Verlust ihres Eigentums geschützt werden sollen, findet die Bestimmung durchaus unsere Sympathie. Aber für eine solche Vergünstigung auch für verschuldete Grundbesitzer liegt gar kein Grund vor. Von einer gewissen Vermögensgrenze ab sollte diese Bestimmung beseitigt werden, zumal da der Entwurf an anderer Stelle gar keine Bedenken trägt, den unteren und mittleren Grundbesitz schärfer heranzuziehen.

Die Möglichkeit der Niederlagung gewisser Gebühre begründen wir. Wir halten es aber für unsatz, wenn man überhaupt Gebühre, die nur durch das Verschulden von Beamten entstanden sind, den Rechtsuchenden aufbürdet. Das ist eine höchst bequeme Blüte des Fiscalismus, die sich leider auch in der Reichsgesetzgebung findet. Einer Reform bedarf es weiter auf dem Gebiete des Armenrechts. Wir haben leider ein wirklich geregeltes

Armenrecht

für das Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit noch nicht. Diese Regelung sollte nach annähernd denselben ziemlich humanen Grundsätzen erfolgen, wie sie im Zivil- und Strafprozeß gegenwärtig bestehen. Das ist ein Erfordernis der sozialen Gerechtigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alles in allem wird also die Vorlage einer gründlichen Umgestaltung bedürfen. Leider hat dies Bestreben wenig Aussicht auf Erfolg. Hat man doch schon von der Notwendigkeit der Erhöhung der Gebühre in der Verwaltungsjurisdiktion gesprochen. Heute gibt es ja kaum noch etwas, wofür nicht eine Gebühr erhoben wird. Nur für die Androhung einer Strafe braucht heute noch keine Gebühr bezahlt zu werden. (Heiterkeit.) Wir sehen in der Vorlage so viele Spuren von Fiscalismus und Agrarismus, daß sie allenthalben schreien. Sorgen Sie dafür, daß in der Kommission wenigstens ein einigermaßen annehmbares Gesetz daraus wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Befeler:

Soweit der Herr Vorredner sachliche Kritik geübt hat, werden seine Gesichtspunkte jedenfalls bei den Beratungen in der Kommission Berücksichtigung finden. Die Bestimmungen des § 47 sind höchstens für Rotare von Bedeutung. Die Herabsetzung der hohen Gebühre bei großen Objekten war geboten, weil jetzt freiwillige Versteigerungen der hohen Gebühre wegen bei den Rotaren fast gar nicht mehr vorkommen.

Wenn der Herr Vorredner erklärte, daß er mit der preussischen Justizpflege keineswegs einverstanden sei, so haben wir dieser Unzufriedenheit seiner Partei ja alle Resports unserer Regierung zu rechnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das wird und aber nicht bestimmen, von den Wegen abzuweichen, die wir für die richtigen halten. (Bravo! rechts.) Wenn weiter der Herr Vorredner aus der Bemerkung der Motive über die Gehaltsbefreiungen einen gewissen Vorwurf gegen die Beamten herausgelesen hat, so muß ich dieser Auffassung mit größter Bestimmtheit entgegenreten. Die Bemerkung in den Motiven ist rein historisch. Ich weiß diese kränkelnde Bemerkung einschließen zurück. (Bravo! rechts.)

Abg. Belsch (fr. Bg.): In der Kommission wird vor allem der fiskalische Pferdeschuh des Gesetzes beseitigt werden müssen. Die gesamte Wehrelastung durch das Gesetz wird übrigens nicht 2 1/2 Millionen, sondern 7 Millionen betragen.

Abg. Belsch (natl.) berechnet die Mehrbelastung des Publikums durch die Vorlage auf 10 bis 15 Millionen. Die Einnahmen aus der freiwilligen Gerichtsbarkeit betragen 70 Proz. der Gesamteinnahmen der Justizverwaltung, die Ausgaben für sie nur 42 Proz. der Gesamtausgaben. Daher ist eine Erhöhung der Gebühre der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht berechtigt. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Varscher (Z.): Der Abg. Liebnecht hat das Gesetz in Grund und Boden kritisiert und ihm alle sozialen Gesichtspunkte abgesprochen. In der Tat sind solche Gesichtspunkte doch in der Vorlage enthalten, z. B. in bezug auf die Gebühre in Vormundschaftsachen, in der Niederlagung von Testamenten usw. In der Verhinderung der Kosten für die Testamentseröffnung liegt eine Art Erbschaftsteuer. (Heiterkeit.)

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die zweite Lesung des Justizetats. Die Einnahmen werden nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Die Weiterberatung verlegt das Haus auf Sonnabend 11 Uhr, Schluß 4 Uhr.

# Direkte und indirekte Steuern.

Die Subkommission des preussischen Abgeordnetenhauses er-  
legte am Donnerstagabend zunächst den Etat der direkten  
Steuern. Der Finanzminister legte dar, daß sich der Wohlstand  
der gesamten Bevölkerung außerordentlich gehoben habe. Die  
leistungsfähigen Kreise hätten die Krise mehr zu spüren gehabt, als  
die untern, weil die Unternehmer eine Lohnkürzung nicht hätten  
eintreten lassen. 1895 waren noch 68 Proz., 1900 noch immer  
46 Proz. der Bevölkerung steuerfrei. Also: Daß 1900 noch fast  
die Hälfte der Bevölkerung unter 900 M. Ein-  
kommen hat, das soll kein Beweis für die Kollage des Volkes  
sein, trotz der sehr erheblichen Verteuerung der Lebensmittel! —  
Es kam zu einer lebhaften Debatte über  
die Steuerveranlagung.

Die Konservativen ließen erklären, daß sie beim neuen Steuer-  
gesetz die Fehler der jetzigen Veranlagung beseitigt zu sehen wün-  
schen; das sei notwendig im Interesse der Besitzbesitzer, die voll  
herangezogen würden. Dem schlossen sich die Nationalliberalen an,  
deren Redner ausführte: es sei nicht zutreffend, daß auf dem  
Lande unrichtig und in den Städten richtig geschätzt würde.

Der Finanzminister erklärte, daß man noch nicht zu  
einer Erfassung aller Einkommen gelangt sei, aber mit aller  
Strenge vorgehe.

## Die Berechnungen Professor Delbrücks

Hätten sich als viel zu hoch erwiesen. Andere Statistiker, wie Ray  
und Clasen seien zu anderen Ergebnissen gekommen; der letztere  
behauptete, daß die industriellen Werte zu niedrig eingeschätzt wären.  
Bei der

## Vermögenssteuer

sei die Regierung nur auf Schätzungen angewiesen, deshalb  
müsse auch bei dieser Steuer der Selbstdeklarationszwang einge-  
führt werden! Eine Deklarationspflicht der Banken und Spar-  
kassen müsse man vermeiden, da sonst das private Leben zu sehr  
beunruhigt würde und das Publikum sich unvollderen oder auslän-  
dischen Banken zuwendete, statt solide inländische Banken zu benutzen.  
Aus den Zahlen, die der Minister vorlas, ging hervor, daß durch die  
Veranlagungen in den städtischen Kreisen auf dem Lande ver-  
hältnismäßig mehr Steuerbeträge nachträglich einzuziehen waren  
als in den Städten. In einzelnen Kreisen in der Mitte und im  
Westen Preußens war es umgekehrt.

Von den Freikämmlern wurde dem Finanzminister darin bei-  
gepflichtet, daß es sich nicht empfehle, eine Offenlegung der Bank-  
und Sparkassengelder herbeizuführen, weil sonst das Kapital ins  
Ausland gehe. Damit stellten beide — Freisinn und Finanz-  
minister — dem Kapitel eine nette „patriotische“ Note aus. Die  
Statistik des Finanzministers wünschete der Freisinn übrigens  
sonderr für Ostpreußen und Gemeinden aufgestellt, weil nur dann  
der Wert der Anschuldigung gegen das agrarische Kapital erwiesen  
werden könne.

Die Konservativen beschwerten sich darüber, daß der Finanz-  
minister in einem geheimen Erlaß gegen  
die Durchführung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft  
Stellung genommen habe!

Bei Beratung der indirekten Steuern beschwerten sich die  
Freisinnigen: daß den großen, kapitalkräftigen, hohe Dividenden  
zahlenden Brauereien keine Steuerkredite nach Maßgabe des neuen  
Brauereigesetzes gewährt würden; die seien doch leistungsfähig  
und verdienen Vertrauen.

Im Vorjahre sind in den Etat 500 000 M. für neue Zoll-  
beamte eingestellt, aber nicht verbraucht worden, da die Arbeit  
für die neue Reichsteuerverwaltung von den vorhandenen Be-  
amten geleistet worden ist. Für die Mehrarbeit wollte man den  
Beamten eine Entschädigung geben. Da nun aber die 500 000  
Mark für Befoldungen ausgeworfen waren, so konnten sie  
nicht für „Remunerationen“ in Anspruch genommen werden.  
Schließlich einigte man sich dahin, daß der Finanzminister den  
Fonds für Remunerationen in den Ausgaben um 150 000 M.  
überschreiten dürfe.

Lebhafte Klagen ertönten darüber, daß die Erhebungsstellen  
für die Reichsteuern durch die Finanzreform herabgesetzt sind.  
Preußen allein hat 4 1/2 Millionen Mark mehr auszugeben, als  
ihm vom Reiche vergütet wird. Die Konservativen, die mit dem  
Zentrum die famose „Finanzreform“ zu verantworten haben, ver-  
langten vom Finanzminister, er solle im Bundesrat und im Reichs-  
tag für eine höhere Erhebungsvergütung eintreten. Das lehnte  
der Minister aber ab, weil alle seine dahin zielenden Bemühungen  
bei Beratung der Finanzreform erfolglos geblieben sind.

Eine weitere Beschwerde über die Reichsfinanzreform brachten  
die Konservativen vor: die nach ihrer Meinung sonderbare  
Art der Erhebung der Einkommensteuer, an der ihnen vornehm-  
lich mißfällt, daß Auskunft verlangt wird über den Wert jedes ein-  
zelnen Gegenstandes, über Abnutzung jedes einzelnen Stückes, Inven-  
tar, den Wert jedes einzelnen Stückes usw. Der Finanzminister  
erwiderte darauf, daß die Angaben verlangt würden im Interesse  
der Einkommensteuerpflichtigen, weil ja nur der Grund und Boden  
steuerfrei würde! Er wolle natürlich — es handelt sich ja um die  
lieben Agrarier — die Sache prüfen, und wenn man zu weit  
gegangen sei, werde er Remedur eintreten lassen. . . .  
Damit war der Etat der indirekten Steuern erledigt.

# Der preussische Staat als Arbeitgeber.

In Nr. 10 besprachen wir, gestützt auf amtliches Material,  
die wenig musterhaften Arbeits- und Lohnverhältnisse in den  
Betrieben der vereinigten preussischen und hessischen Staats-  
eisenbahnen. Inzwischen sind dem preussischen Abgeordneten-  
hause auch die Nachrichten von dem Betriebe der unter der  
preussischen Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung stehenden  
Staatswerke während des Staatsjahres 1906\* zur Kenntnis ge-  
bracht worden. Auch dieser Teil königlich preussischer Mutter-  
betriebswirtschaft verdient es, in den breitesten Schichten des  
Volkes bekannt zu werden, und zwar um so mehr, als im Preus-  
sischen Parlament die Ansicht vorherrscht, daß man in der Humanität  
den Arbeitern gegenüber zu weit geht und wirklich schon an der  
Grenze ist.

Bedauerlich ist es, daß die Nachweisungen nicht auch Aufschluß  
geben über die Länge der Arbeitszeit in den betreffenden Staats-  
werken, denn erst so wäre man imstande, die gezahlten Löhne im  
Verhältnis zu der geleisteten Arbeit vollaus zu würdigen.

Wie in allen kapitalistischen Betrieben ist auch in den Staats-  
betrieben der Profit die Hauptfache. Dieser betrug in den  
in Rede stehenden (65) Staatswerken 18 130 710 M., das ist gegen-  
über dem Etatvoranschlag ein Mehrbetrag von 9 070 870 M. Als  
Ursache des sich seit einigen Jahren bemerkbar machenden Rück-  
ganges der Ergebnisse der Verwaltungen werden diverse Um-  
stände angeführt, darunter, „daß infolge der Hochkonjunktur der  
Jahre 1906 und 1907 fast alle Materialien im Preise erheblich  
gestiegen sind und daß, um der teurer gewordenen Lebenshaltung  
der Arbeiter Rechnung zu tragen, Lohnerhöhungen vorgenommen  
werden mußten“.

Unter Staat hat also ein Einschießen mit der trostlosen Lage  
seiner Arbeiter gehabt und entsprechend dem schamlosen Lebens-  
mittelwucher der Agrarier die Löhne erhöht. Und in welcher frei-  
gebiger Weise hat er hier erhöht! — Im Jahre 1906 war der  
durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst der unterirdisch beschäftigten  
eigenständigen Bergarbeiter in Oberschlesien um 250 M., in Westfalen  
um 275 M. und beim staatlichen Steinkohlenbergbau in Saar-  
brücken um 175 M. höher als im Jahre 1890. . . .

Glückliche „Königliche“ Bergknappen! Wer mag es nun noch, in  
Abrede zu stellen, daß der Staat in auskömmlicher Weise für seine  
Arbeiter sorgt?! Dank dieser Fürsorge beträgt der Jahresarbeits-  
verdienst eines unterirdisch beschäftigten königlichen Bergknappen  
in Oberschlesien 1148 M., in Niederschlesien 1088 M., im staatlichen  
Steinkohlenbergbau bei Saarbrücken 1888 M. und im Oberberg-  
amtbezirk Dortmund 1768 M., und zwar nach Abzug aller  
Nebenkosten! Das sind doch noch Löhne! Die königlichen  
Bergknappen am Weister machen eine untrübnliche Ausnahme; ihr  
Durchschnittsverdienst ging von rund 1111 M. im Jahre 1907 auf  
1000 M. zurück, trotz der andauernden Teuerung, trotzdem das  
Weist (auf dem im Durchschnitt 2348 Mann beschäftigt wurden)  
einen Uberschuß von 515 578 M. (gegen das Vorjahr 10 177 M.  
mehr) erzielte! Als im Jahre 1907 die jetzige Betriebsabteilung  
Daniloff an den Fiskus durch Kauf überging, nahmen die reich-  
lich entschädigten Aktionäre Abschied mit dem Bewußtsein, „daß  
von dem Staat dieses unser Unternehmen zum Heil und zum  
Segen der Industrie unserer Provinz und zum Nutzen der jetz-  
haften einheimischen Arbeiterbevölkerung weitergeführt wird“.

Wie am Weister, so ging auch in Ober- und Niederschlesien der Durch-  
schnittslohn zurück (von 908 auf 895), ebenso im Oberbergamt-  
bezirk Dortmund (von 1871 auf 1768), und zurzeit ist er noch  
niedriger. Wenn die Löhne im Laufe der Jahre erhöht worden  
sind, „um der teurer gewordenen Lebenshaltung der Arbeiter Rech-  
nung zu tragen“, dann ist jetzt in all diesen Betrieben der Lohn  
ungulänglich, selbst im Oberbergamtbezirk Dortmund — ganz ab-  
gesehen davon, daß, gemessen an der mühe- und gefährlichen Arbeit  
des Bergmanns, der Lohn nicht der Leistung entspricht.

Besonders unzureichend müssen die den im Oberberg-  
amtbezirk Dortmund beschäftigten Staatsarbeitern gezahlten Löhne sein. Angaben darüber  
enthalten die Nachweisungen nicht, aber im Oberbergamtbezirk  
Clausthal wurde zum gemeinschaftlichen Bezug von Lebens-  
mitteln für 8026 Arbeiter aus bergfiskalischen Mitteln ein Zuschuß  
geleistet in Höhe von 155 805 M., und von der Hauptknappschaf-  
tasse in Clausthal ein solcher in Höhe von 5078 M. — Bezeichnend  
ist ferner der Umstand, daß an 8811 Staatsarbeiter zum Ankauf  
von Kartoffeln ein Verschuß von insgesamt 100 082 M. gewährt  
werden mußte. . . .

Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß der Staat auf seinen  
Werken in Ober- und Niederschlesien auch Frauen beschäftigt, und  
zwar bei einem Durchschnittslohn von 1,26 M. bzw. 1,61 M. pro  
Tag!!

Auch diese Staatsbetriebe also lassen noch sehr viel zu wünschen  
übrig, sind noch weit entfernt davon, Mutterbetriebe im besten  
Sinne des Wortes zu sein, und den in ihnen beschäftigten 66 845  
Personen kann es kein verständiger Mensch verargen, wenn sie auf  
eine Besserung ihrer Lage bedacht sind.

# Parlamentarisches.

## Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in  
ihrer Sitzung am Freitag vormittag, dem Handels-  
abkommen mit Amerika zuzustimmen.

Freitag abend fand eine freie Besprechung zwischen der  
Regierung und den Parteien statt. Zu dieser Besprechung,  
bei der es sich ebenfalls um das Handelsabkommen dreht,  
wurden die Genossen Singer, Stolle und Molken-  
bühr delegiert.

## Berwaltungsreform-Anträge.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordneten-  
hauses hat mit Unterstützung der Polen einen Antrag eingebracht,  
wonach:

1. Verwaltungs-Zwangsvollstreckungen nur auf Grund einer  
mündlichen Verhandlung unter Zugleichung der Interessenten zu  
erlassen sind,
2. alle Verwaltungsbeschlüssen bei Vermeidung ihrer Nichtig-  
keit mit einer eingehenden schriftlichen Begründung unter Angabe  
der Beweismittel zu versehen sind,
3. alle Verwaltungsmaßnahmen der Kontrolle im Rechtswege  
unterliegen,
4. für alle Schäden, die — sei es mit, sei es ohne Ver-  
schulden eines Beamten — durch objektiv ungerechtfertigte Ver-  
waltungsmaßnahmen zugefügt werden, der Staat den vollen  
Schadenersatz zu leisten hat,
5. der zivil- und strafrechtliche Konflikt beseitigt wird.

# Aus der Partei.

## Schweizer Arbeiterbildungswesen.

In origineller Weise wirkt seit einer Reihe von Jahren die  
Arbeiterunion Winterthur für die geistige Vertiefung der  
Arbeiter. Sie legt alljährlich eine Reihe kleiner Preise  
aus für die beste Beantwortung einer Anzahl  
praktischer Fragen. Verursachern sind vom Wettbewerb  
ausgeschlossen. Von den gestellten 16 Fragen, deren Beantwortung  
außer in den offiziellen Sprachen der Schweiz, Deutsch, Französisch  
und Italienisch, auch in Esperanto zulässig ist, seien genannt:

Wie läßt sich der Uebertritt von einer Gewer-  
schaft zur andern erleichtern? — Wie kann eine  
einheitliche Organisation der schweizerischen  
sozialdemokratischen Partei erreicht werden? —  
Welche Bedeutung hat der Wohlstand in wirtschaft-  
lichen Kämpfen der Arbeiterschaft und wie ist  
dessen Durchführung zu ermöglichen? — Weitere  
Fragen betreffen die Bekämpfung der Schundliteratur,  
das Verhältnis der genossenschaftlichen zur gewer-  
schaftlichen und politischen Bewegung, die Schaffung  
gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise. — Es ist kein  
Zweifel, daß damit ein gutes Stück logischer und stilistischer  
Schulung geleistet werden kann. Voransetzung ist freilich eine ein-  
gehende Durcharbeitung und Kritik der eingegangenen Arbeiten.

Ein neues Bezirkssekretariat wird am 1. April für den Re-  
gierungsbezirk Erfurt errichtet. Zum Parteisekretär wurde  
Genosse Wilhelm Apel, Redakteur der „Nordhäuser  
Volkszeitung“, gewählt.

# Soziales.

Das Reichsgericht gegen den Leipziger Versteherverband und die  
Leipziger Kreishauptmannschaft.

Als im Jahre 1904 während der Verzelektion des zwischen  
der Kreisauptmannschaft und den Leipziger Verzeher vereinbarte  
Vertrag zwangsweise eingeführt wurde, erließ dieselbe Behörde,  
die damals im Sinne des § 56a des Krankenversicherungsgesetzes  
die Regelung der Verzeher in die Hand genommen hatte, auch eine  
Verordnung, in der Vorschriften darüber gegeben wurden, wie die  
Vorher von der Klasse angestellten selbstbeständigen Verzeher nach Möglich-  
keit wieder abzugeben seien. Es hieß u. a. in dieser Verordnung:  
Diejenigen Anstellungsverträge, gegen deren Rechtsgültigkeit nach  
dem pflichtmäßigen Ermessen der königlichen Kreisauptmannschaft  
erhebliche Bedenken bestehen, sind unverzüglich anzufechten oder

sonst zu beseitigen. Und weiter: Verzeher, welche den übernommenen  
Verpflichtungen nach dem pflichtmäßigen Ermessen der königlichen  
Kreisauptmannschaft nicht genügen, sind, wenn mit ihnen nicht  
im Verhandlungswege zu einem befriedigenden Abkommen zu ge-  
langen ist, nach Wahl der königlichen Kreisauptmannschaft durch  
Verzicht auf ihre Dienste oder auf sonstigem gesetzlichen Wege aus  
der Massenpagis zu entfernen. Der bei der Durchführung dieser  
Bestimmungen entstehende Aufwand an Prozeßkosten usw. ist zu-  
nächst aus Massenmitteln zu verlegen und alsdann auf die ärztliche  
Pauschalsumme zu verrechnen.

Darauf sind nicht nur zahlreiche Verzeher durch Abfindung be-  
seitigt worden. Die Kreisauptmannschaft hat auch gegen einige  
Verzeher, die sich Kunstfehler zuschulden kommen ließen, die sofortige  
einseitige Auflösung der abgeschlossenen Verträge ausgesprochen.  
In denjenigen Fällen aber, in denen ein Rechtsstreit abhängig ge-  
macht und zum Austrag gebracht wurde, haben die Gerichte einen  
einzelnen Kunstfehler nicht als ausreichenden wichtigen Grund im  
Sinne des § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches für sofortigen Ver-  
tragsauflösung angesehen. Der letzte dieser Prozesse beschäftigte vor-  
gestern das Reichsgericht. Im Jahre 1904 hatte der damals an der  
Verwaltungsanstalt in Wohlitz gegen 8000 M. festes Jahresgehalt  
tätige Arzt Dr. G. eine Mittelohrentzündung erst in einem späteren  
Stadium erkannt, so daß schließlich in der Universitätsklinik zur  
schleunigen Operation geschritten werden mußte. Darauf sprach die  
Kreisauptmannschaft die sofortige Entlassung des Dr. G. aus.  
Dieser klagte und Landes- und Oberlandesgericht beurteilte die  
Ortskrankenkasse, die in dem Prozesse als Beklagte figurierte, ob-  
wohl die Entlassung von der Kreisauptmannschaft ausging, zur  
Fortzahlung des Gehalts und zur Tragung der Kosten. Auch die  
eingelegte Revision ist nun vom Reichsgericht verworfen worden.  
Es sind an rückständigem Gehalt und Prozeßkosten rund 80 000 M.  
zu zahlen. Um denselben Betrag hat nun aber die Ortskrankenkasse  
das ärztliche Pauschalhonorar zu kürzen.

## Osmänisches Wohnungswesen.

Geradezu gräßliche Zustände von dem Wohnungswesen in  
Bosnien, insbesondere dem Schloßbezirk, hat eine Ermittlung  
autogefördert, die ein bekannter polener Philanthrop, der frühere  
Staatsanwalt Kadandli mit Hilfe der behördlichen Organe, wie  
Lehrer, Schwestern usw. vornahm. Folgende Fragen wurden gestellt  
und wie folgt beantwortet:

1. Wohnen Schloßgänger bei befristeten und stillosen bescholtenen  
Leuten? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „Ja“!
  2. Schloß Einleger zusammen mit den sie beherbergenden  
Familienmitgliedern? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit  
„Ja“, „sehr oft“, „meistenteils“!
  3. Sind Witwen und sonstige weibliche Personen genügend  
getrennt? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“, „wohl  
niemals genügend“, „oft nur durch Verhau“!
  4. Sind weibliche Einleger hinreichend getrennt? Antwort:  
Alle Vertrauenspersonen mit „nein“!
  5. Beherbergt eine Familie gleichzeitig männliche und weibliche  
Schloßgänger? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „Ja“, „sehr  
oft“, „nicht erfahnen“!
  6. Schlafen mehrere Einleger in einem Bett zusammen?  
Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „Ja“, „kommt vor“!
  7. Entfallen auf jeden Schloßgänger zehn Kubikmeter Luft-  
raum? Antwort: Alle Vertrauenspersonen mit „nein“, „oft auf  
drei Personen noch nicht“!
  8. Welche Folgen zeitigt dieser Zustand? Antwort: Alle Ver-  
trauenspersonen „Unzufriedenheit“, „Eitel und Moral werden in den  
Staub getreten“, „Zunahme der unehelichen Kinder und Ge-  
schlechtskrankheiten“, „Kost jede uneheliche Mutterchaft der Witwe  
ist hierauf zurückzuführen“!
- Diese Angaben von meist im behördlichen Verhältnis stehenden  
Leuten reden eine furchtbare Sprache. Es kommt aber noch ärger.  
Eine Schwester berichtet, daß zwischen den schuldlosen Kindern  
des Quartiergebers und den männlichen Einlegern die schmutzig-  
sten Sachen vorkommen. In einer gewöhnlichen Stube, die gleich-  
zeitig als Küche dient, hausen zwölf Personen, darunter vier Ein-  
leger beiderlei Geschlechts, die alle zusammen in vier Betten  
schlafen. Auch wird konstatiert, daß Schloßgänger vielfach ihre  
Lagerstätten mit den Kindern der Vermieter teilen. Und so geht  
es weiter. Haarsträubende Zustände werden aufgedeckt. Dabei ist  
nicht zu vergessen, daß dieses Resultat von einem Stadtschulzen und  
städtischen Schwestern ermittelt wurde. Das ist die osmanische Kultur,  
für die ungeheure Summen verschwendet werden. Das Schloß-  
stellennunehmen hat sich in den letzten fünf Jahren in Bosnien dazu  
noch erheblich verschlechtert. Mit dem Gelde der Steuergelder hat  
man in Bosnien ein prächtiges Schloß errichtet, das viele Millionen  
kostet. Prachtvolle Staatsbauten sind überall entstanden, aber für  
das in seinem Elend verkommene Proletariat ist nichts geschehen.

## Einen erfolgreichen Milchkrieg

hat die Arbeiterschaft von Stuttgart geführt. Die vom Bund der  
Landwirte gebürgten Milchhändler hatten dort vor einigen Wochen  
den Milchpreis plötzlich auf 22 Pf. pro Liter erhöht, was für die  
Milchkonsumenten von Stuttgart eine Neubelastung von 800 000 M.  
im Jahre bedeutet hätte. Die Partei- und Gewerkschaftsorganisa-  
tionen organisierten darauf mit Hilfe eines unabhängigen Groß-  
händlers in den Arbeiterbezirken einen eigenen Milchbetrieb für  
10 Pf. pro Liter. Das hatte die Wirkung, daß die Händler gleich  
auf den Preis von 21, dann 20 und am Freitag schließlich auf  
19 Pf. zurückgegangen sind.

Angeichts der emigen Bemühungen des Bundes der Land-  
wirte, den Arbeiterorganisationen die Bezugsquellen für ihre Milch  
zu unterbinden, ist dieser rasche Erfolg des Kampfes zu begrüßen.  
Die eigene Organisation des Milchbezuges wird übrigens  
seitens der Arbeiterorganisationen beibehalten werden, schon um  
zu verhindern, daß binnen kurzem die Preistreiber wieder von  
vorn anfängt.

## Wem gehört der Vogel?

Diese Frage sollte vor dem Kaufmannsgericht in seiner gestri-  
gen Sitzung entschieden werden. Der Beklagte R., Geschäftsführer  
der „A. V. C.“-Gesellschaft, entlich die Klägerin Nina R., die bei  
ihm Kontoristin war, aus folgenden Gründe: Er bestimmte eines  
Tages, daß wegen des flotten Geschäftsganges an dem Tage bis  
um 9 Uhr gearbeitet werden solle, und schickte eine jüngere An-  
gestellte B. zur Klägerin vor, damit sie diese von der Bestimmung  
des Chefs unterrichte. Kaum hatte Fräulein B. ihre Bestellung  
ausgerichtet, als die Klägerin mit dem Zeigefinger auf ihre Stirn  
zeigte. Zufälligerweise war der Prinzipal der Verkäuferin gefolgt  
und wurde so Augenzeuge dieses vielversprechenden Zeichens. Er bezog  
es auf sich und entlich die Kontoristin mit den Worten: „Na, wenn  
ich einen Vogel habe, dann fliegen Sie sofort.“ Die Klägerin „fiel“  
zwar nicht, aber sie ging und strengte die Klage auf das Restgehalt  
an. In der Verhandlung behauptete sie, daß der Fingerzeig auf  
die Stirn etwa bedeuten sollte: Ich möchte ja einen Vogel haben,  
wenn ich solange arbeiten wollte. Die als Reugin vernommene  
Mitangeestellte erklärte auf Befragen, sie wußte selbst nicht, wem  
der „Vogel“ gelten sollte; sie hätte ihn auch auf sich beziehen können.  
Der Beklagte führt noch aus, die Klägerin hätte, als sie merkte,  
daß er sich getroffen fühlte, ihn über seinen Verstum sofort auf-  
hängen müssen.

Das Kaufmannsgericht sprach der Klägerin 141 M. Restgehalt  
zu, indem es die Entlassung als ungerechtfertigt anah. Es ist  
der Klägerin zu glauben, daß sie mit der volkstümlichen Geberde  
sich selber meinte, und hätte sie der Beklagte zur Rede gestellt, wäre  
es allerdings ihre Pflicht gewesen, letzteren aufzuklären. Der Be-  
klagte ließ aber der Klägerin dazu gar keine Zeit, indem er ohne  
weiteres die Entlassung aussprach.

# Verfassungen.

## Was nützt und der Berliner Besindebelohnungsfonds?

Ueber dieses Thema sprach in einer Dienstbotenversammlung Genosse Stadtverordneter Koblenzer. Eingangs seines Vortrages zeichnete er in kräftigen Strichen die Ungerechtigkeiten der Besindeordnung und entwickelte ein anschauliches Bild von der mangelhaften Lage der Dienstboten. Auf das eigentliche Thema übergehend erklärte der Redner: schon der Titel Was nützt und der Berliner Besindebelohnungsfonds? gibt zu denken. Was verspricht nicht dieses Wort schon alles. 1827 wurde dieser Fonds auf Grund einer königlichen Kabinettsordre gestiftet. Er war dazu bestimmt, alten, kranken, treuen Dienstboten ein sorgenfreies Alter zu sichern. Bis zu 4 Taler monatlich konnten gewährt werden oder Aufnahme ins Hospital. Ein Teil des Kapitals sowie die Zinsen waren für die Unterhaltung dieses Hospitals bestimmt. Die Dienstboten mußten einen Erlaubnischein zum Dienstantritt mit 50 Pf. bezahlen, eine Bestimmung, die auch heute noch gültig ist. Wichtig wäre es allerdings gewesen, wenn die Herrschaften diesen Fonds hätten aufbringen müssen, und es klingt wie reiner Hohn, daß ein „Besindebelohnungsfonds“ geschaffen wird, den die Dienstboten selbst zusammensteuern müssen, bei dessen Verwaltung sie aber nicht das geringste mitzureden haben. Sonst betrachtet man das Besinde als unmündige Kinder, hier aber überträgt man ihnen eine selbständige Handlung, nämlich: daß sie zahlen dürfen. Wie diese sorgenfreie Existenz bei 4 Taler Unterstützung monatlich aussieht, kann man sich lebhaft vorstellen. Allerdings muß hier zugestanden werden, daß 4 Taler zu damaliger Zeit einen ganz anderen Kaufwert hatten als heute. Es war auch ein Viertel von dem Lohn, den ein Dienstbote in jenen Jahren erhielt. Zuerst war der Fonds so gedacht, daß treue Dienstboten eine Prämie erhalten sollten und nur ein Teil für Invalidenunterstützung usw. vorgesehen war. Später wurde das geändert. Ein Drittel von der Summe, die von den Dienstboten aufgebracht wurde, kam nun für Invalidität usw. in Anwendung, während zwei Drittel für das Hospital vorbehalten wurden. Dieses Institut besteht heute noch in der Kopenstrasse. Die Unterstützung muß jedoch nicht, sondern laut Statuten kann sie gewährt werden, soweit der Fonds es zuläßt! Also eine höchst unsichere Aussicht auf das „sorgenfreie Alter“. Die Dienstboten haben nun von jeder diesen Beitrag nur höchst widerwillig gezahlt. Der Fonds ging deshalb schon früher gänzlich weit zurück. Infolgedessen wurde das Geld den Dienstboten gleich in den damals bestehenden Zwangs-Dienstkontoren beim Dienstantritt abgezogen. Die Inhaber nützten die Zwangslage der armen Diensttenden auch noch aus, indem sie sich für das Ausfüllen des Formulars 25 Pf. entrichten ließen. Als die Gewerbeordnung ins Leben trat, räumte sie mit diesen Dienstkontoren auf. Die Dienstkontore wurden gewerbtreibende und der Robus der Einziehung der Beiträge wurde abgeschafft. An Stelle dessen traten Sammelstellen, die Beitragszahlung erhielt dadurch einen etwas freiwilligeren Anstrich und die Kontrolle wurde nicht so streng durchgeführt. Als aber nun auch wieder die Einnahme des Fonds rapide sank, mußte flugs das Mädchen für alles, die Polizei, eingreifen und die Saumigen mit sanfter Gewalt an ihre „Pflicht“ erinnern. Sofort ging auch der famose Besindebelohnungsfonds wieder in die Höhe. Hinzu kamen noch mancherlei Stiftungen und die mehr oder weniger erheblichen Vermögen bezw. Ersparnisse der Dienstboten, die sie bei der Aufnahme ins Hospital diesem überweisen mußten und noch müssen. Man dachte nun daran, um den Fonds zu vergrößern, ein dem Hospital gehöriges, von diesem aber unbenutztes Grundstück zu veräußern. Auch die Verlegung aus der leeren Stadtgegend in einen noch billigeren Vorort wurde erzwungen, um das Unternehmen auszuführen. Es traten aber Schwierigkeiten ein und die Sache zerfiel. Es wird auch wohl nichts werden, da im Hospital niemals die vorhandenen Plätze belegt sind, also das Bedürfnis nach mehr nicht zu dringend erscheint. Schon 1901 und 1904 wurden Anträge in der Stadtverordnetenversammlung gestellt, die Statuten zu ändern oder den Fonds zu schließen, vor allem aber den Beitrag von 50 Pf. abzuheben. Der Forderung wurde zwar zugestimmt, aber eine Änderung trat nicht ein. Immerhin, auf die Dauer wird diese Einrichtung doch nicht bestehen bleiben.

Wenn man nun sagt, 12 M. monatlich ist nicht viel, so muß hier noch darauf hingewiesen werden, daß selbst diese Summe nur in den wenigsten Fällen gewährt wird. In der Regel gibt es nur 8 bis 8 Mark. Diese Unterstützung wird entzogen und müssen die Betroffenen das Erholene wieder herauszahlen bezw. ersehen, wenn sie den Besitz von Vermögen verschwiegen haben, oder wenn sie zu einer Erbschaft gelangen, die 300 M. Zinsen im Jahre bringt. Welche Stellung sollen nun die Dienstboten diesem Fonds gegenüber einnehmen? Er, Redner, kann nach seiner besten Ueberzeugung nicht dazu raten, diese Beiträge freiwillig zu zahlen. Schon deshalb nicht, weil dadurch die Dienstboten eine Verpflichtung übernehmen, die von Rechtswegen der Gesellschaft zusteht, die für ihre arbeitsunfähigen Mitglieder zu sorgen hat. Ob der Dienstbote der Armenpflege anheimfällt, kann ihm schließlich gleich sein, da ja diese Einrichtung im Grunde genommen auch nur eine Art Armenpflege ist. Weil ein paar hundert vielleicht mal eine dürftige Rente bekommen, muß die große Masse der Dienstboten

60 Pf. bezahlen. Die auf einer Stelle bleiben oder wenig wechseln, zahlen diesen Beitrag nur einmal oder etliche Male, während die große Masse der andern, die weniger „Glück“ haben, diesen Beitrag sehr oft bezahlen müssen. Bei vielen ist der Dienst nur ein Uebergang zur Deit, ihnen ist also das gezahlte Geld glattweg verloren. Das ist ungerecht. Aus all diesen Gründen kann Redner nicht raten, Propaganda für diesen Fonds zu machen. Nicht im Alter Bergamen, sondern in der Jugend anständige Löhne, menschenwürdige Behandlung, das ist die Forderung, alles andere muß von selbst kommen. Die Gesellschaft muß sorgen für die, die sie entsetzt hat. Nebenbei gesagt, werden höchstens 300 Personen dieser selbstbezahlten „Wohltat“ teilhaftig, die vielen andern haben nichts davon, zumal eine strenge Auslese unter den Bewerbern gehalten wird. Der Fonds besitzt heute alles in allem ein Vermögen von 1200000 M. Trotzdem muß er pleite machen, wenn die Beiträge nicht mehr ausreichen. Diejenigen, die im Hospital aufgenommen werden, stehen sich besser als die andern mit ihrer künftigen Unterstützung. Sie erhalten freie Wohnung, Wäsche, Licht, Heizung, Arzt und Arzneimittel, das Essen müssen sie sich dann selbst beschaffen, wofür sie eine bestimmte Summe extra erhalten. Wird ein Gesuch abgelehnt, so ist jeder Einspruch dagegen zwecklos. Witzreden haben die Zahlenden nicht. Das ist allein schon ein Grund, diesen Fonds zu bekämpfen. Anders wäre es, wenn diese Einrichtung weiter ausgebaut und mit Arbeitsvermittlung, Fortbildungs- und Hochschulen verbunden würde, dann wäre das Geld weit nützlicher verwertet, wie bei der jetzigen Methode. Allerdings gehen unsere Ziele noch weiter. Die Hausangestellten müssen frei werden von jeglicher polizeilichen Bevormundung, frei von der Besindeordnung, gleich allen gewerblichen Arbeitern. Die Dienstboten müssen die Oeffentlichkeit aufmerksam machen auf ihre Forderungen, müssen auch selbst einsehen lernen, daß ihr Heil nicht vom guten Willen der Herrschaften abhängen darf. Und wenn sie in ihrem Kampfe erlahmen sollten, dann mögen sie auf die große Arbeiterbewegung blicken, die sich machtvoll, in jedem Kampfe, ihre Rechte errungen hat und noch erringt! Reicher Weisfall lohnte die Ausführungen.

In der Diskussion erzählte ein Mädchen ihre Erlebnisse mit ihrer letzten Herrschaft. Als sie die „Verbandszeitung“ per Post zugesandt bekam, wunderte sich die Herrschaft über die vielen Briefe, die mit einem Male für ihr Mädchen eintrafen. Es entwickelte sich nun zwischen diesem und der Herrschaft folgender amüsanter Dialog: Die Gnädige: „Anna, was sind denn das für viele Briefe, die Sie jetzt bekommen?“ Mädchen: „Das sind meine Briefe.“ Der gnädige Herr: „Anna, Sie gehen wohl in Versammlungen?“ — „Ja wohl.“ — „So — —? Sie sind wohl „Demokratin“?“ — „Ja wohl!“ — „Ich dulde aber nicht, daß Sie Versammlungen besuchen!“ — „Dann ziehe ich am besten, mein Verband ist mir lieber als Ihre Stelle!“ Herr empört: „Was erlauben Sie sich? Haben Sie einen Vater?“ — „Selbstverständlich habe ich einen Vater!“ — „Ich werde ihm schreiben!“ — „Ich geb Ihnen seine Adresse. Mein Vater hilft mir nicht, ich muß mich allein durch die Welt schlagen!“ Herr: „Sie sind bloß verkehrt. Wenn Sie nicht wissen, wie Sie durch die Welt kommen sollen, dann holen Sie sich bei mir Rat!“ — „Ja, Sie werden mir sagen, daß ich arbeiten und zufrieden sein soll. Das weiß ich schon.“ Zum Schluss wies die Vorlesende Ida Baar auf den bestehenden Vertrag hin, den alle Mädchen als Unterlage zu ihren Forderungen verwenden sollten. Die Notwendigkeit der Krankenversicherung und der Sondergerichte für Dienstboten hob Rednerin besonders hervor. In einer Eingabe an den Magistrat sollen folgende Forderungen erhoben werden:

1. Die Einziehung der Beiträge für den Fonds sind einzustellen.
  2. Das vorhandene Kapital soll als Grundlage zu einer Haushaltungs- und im Anschluß hieran einer Fortbildungsschule verwendet werden.
- Die Versammlung stimmte dem einstimmig zu.

## Vermischtes.

### Paris nach dem Hochwasser.

Ueber die Situation liegt aus Paris folgende Meldung vor: Aus dem Chailotviertel ist das Wasser jetzt ganz verschwunden, fast gefallen ist es im Bois de Boulogne; die Rennbahn Longchamps sowie das Terrain des Polokubds stehen aber noch unter Wasser. Die vom Wasser bedeckten gewesenen Flächen bieten einen trostlosen Anblick. Bei Juvigny ist die Seine beinahe in ihr Bett zurückgetreten und die meisten Straßen sind frei von Wasser. In der Gegend von Athis-Mons sieht es noch äbel aus. Das Wasser fällt weiter in Charenton, Maisons-Alfort und Alfortville. Bei Nanterre stehen noch große Flächen und 170 Häuser unter Wasser. Die Zahl der von der Hochwasserkatastrophe Betroffenen wird auf über 20000 geschätzt, abgesehen von den vielen tausend Arbeitern, die durch die Ueberschwemmung der Fabriken beschäftigungslos geworden sind. Die Zahl der durch das Hochwasser Geschädigten. Der Pariser „Matin“ schätzt die Zahl der durch die Ueberschwemmung in Paris und Vororten geschädigten Personen auf 60000.

## Schiffbrüche.

Aus Väsam wird gemeldet: Gestern trafen hier fünf vollständig ermattete Matrosen des deutschen Kohlendampfers „Gausa“ ein und gaben an, daß der Dampfer auf der Fahrt von Emden nach Brunsbüttel in der Nähe von Väsam auf den Strand geraten sei. Die Mannschaft hätte mit Ausnahme des Kapitäns und einiger Leute das Schiff verlassen, aber nur die Rettungsbote erreicht. Hier hätten sie hungernd und frierend vier Tage zubringen müssen, ehe sie entdeckt worden seien. Es wird versucht werden, den gestrandeten Dampfer abzubringen.

Nach einer neueren Meldung ist der Dampfer abgeschleppt und in Brunsbüttel eingebracht worden.

## Typhusepidemie auf der Insel Malta.

Sie aus Malta gemeldet wird, herrscht auf der Insel eine Typhusepidemie. Gestern allein wurden 80 Erkrankungsfälle verzeichnet. Seit Beginn der Epidemie sind 300 Personen erkrankt, von denen ein großer Teil der Epidemie erlegen sind. Die ärztlichen Autoritäten schreiben die Schuld an dem Ausbruch der Epidemie den Wasserhältnissen zu. Die Tochter des Admirals Curzon Howe ist gestern im Alter von 14 Jahren der Krankheit erlegen.

Ein Studentenstreik. In der Universität Tübingen (Württemberg) hatten sich Donnerstag in der chirurgischen Klinik des Staatsrats Prof. Dr. v. Braun die medizinischen Hörer besonders stark eingefunden. Als die Missionszöglinge eintraten, um auch an der Vorlesung teilzunehmen, verließen sämtliche Mediziner den Hörsaal bis auf den Vorsitzenden der Klinikervereinigung, der sich zu Professor v. B. begab und ihm mitteilte, daß sie die Klinik so lange nicht besuchen würden, als die Missionszöglinge daran teilnahmen, die keine Mediziner seien und doch nur Kurpulscher werden würden. — Welchen Ausgang die Angelegenheit nehmen wird, ist noch nicht bekannt.

Fledertyphus. In Budapest ist der Fledertyphus aufgetreten. Bisher sind 18 Erkrankungen leichter Natur zu verzeichnen.

## Orts-Krankenkasse der Kürschner

und verwandten Gewerbe zu Berlin.

### Bekanntmachung.

Dienstag, den 8. Februar 1910, abends von 8-9½ Uhr, im Restaurant „Kuhn, Lindenstraße 8: Wahlversammlung der Arbeiter, welche Beiträge aus eigenen Mitteln zur Krankenkasse zahlen.

Tagesordnung: 1. Tageswahl von 6 Delegierten. 2. An demselben Tage abends von 8-9½ Uhr im Kassenlokal Baumstraße 19: Wahlversammlung der großjährigen Kassenmitglieder, welche im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. 27/20

Der Vorstand. C. Friese, Vorsitzender.

## A. B. Koch

Kohlen-Brickgroßhandlung. Gegründet 1893. Hauptkontor Berlin O. 34, Petersburger Straße 1 (gegenüber Warschauer Straße). Telephon: Amt 7 Nr. 3040 u. 3096.

### Lagerplätze „Verkaufsstellen“

- I. O. 34. Ctd.-Güterbahnhof, Eing. Hüberdorfer Str. 71, fr. Ctdahof.
  - II. O. 17. Ctd.-Güterbahnhof, Fruchtstr. 13.
  - III. N. 113. Behmstraße 25-34, Ecke Schibbeiner Straße.
  - IV. N. 65. Antonstraße 36-41, Ecke Ruhelplatzstraße.
- Preise für nur 12 Markon ab Platz von 10 Jhr. an

Prima Goldschmiede Ferdinand Str. 88 Pf. Waringstraße Sal. Str. 90 Pf. Pflaumerstraße und Gotth. Salon Str. 99 Pf. la Diamant, gelehrt, gelehrt (Pr. Nr. 110-120 St.) Str. 105 Pf. Jhr. Str. 105 Pf. la Anthrazit-Kohle Str. 2,30 Kolo, Holz, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- u. Konventionenpreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalwaagen und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

## Apotheker Käserpulver

Sachsen vertilgt Russen, Schwaben, Ameisen usw. Sicherer Erfolg, Versch. gegen 60 Pf. in Marken durch 89132 Schwaben, Drogerie, Cönnabrad.

## Leihhaus

Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Prinzenstr. 20 I Ecke Ritterstr.



Wöchentliche Teilzahlung liefert elegant fertige Herren- u. Knaben-Garderobe Ersatz für Maß. Maß-Anfertigung. Feinste Verarbeitung unter Leitung erstklassiger Schneidermeister.

J. Kurzberg 40 Rosenthaler Str. 40 I. Etage, direkt am Hackeschen Markt. Kein Waren-Kredit-Haus! Bei Barzahlung 10% Rabatt

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

## Heute Schlusstag:

**WEISSE WOCHE** Wir bringen in dieser Woche eisenwaren aller Art, welche eigens für diesen Zweck aufgestapelt zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Militärfiskalische Unterchiele vor dem Kriegsgericht.

Vierter Verhandlungstag.

Unter allgemeiner Spannung betritt der Müller Engel

den Saal. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß er berechtigt ist, die Aussage zu verweigern, falls er sich durch seine Angaben selbst der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung aussetze.

Die hohen Tringelbier ludt Engel zu erklären, indem er angibt, er habe sie in der Trunkenheit gegeben! Die zahlreichen Tringelbier habe er aus dem Grunde gegeben, weil ihm die Kanoniere so oft genützt hätten, sie hätten kein Geld!

Auf die Frage des Verhandlungsleiters, wer ihm denn immer den Hafer ausgeliefert habe, erwidert der Zeuge: „Der Futtermeister!“ Aber nicht immer sei der Futtermeister zur Stelle gewesen.

Ferner befragt der Zeuge auf eine entsprechende Frage des Rechtsanwalts Ulrich, daß er häufig zu einer Zeit den Schrot abgeliefert, zu der die Kanoniere Kuchen gebacken hätten, also nicht beobachtet konnten, wie der Schrot abgemessen und nach dem Boden gebracht wurde.

Damit ist die Vernehmung dieses Zeugen beendet. Engel muß den Saal verlassen, und es werden Vorlesungen getroffen, daß er nicht draußen mit den anderen Zeugen in Verbindung kommt.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenfragen.

Durch die gewaltige Zunahme der Frauen im Berufsleben sind große volkswirtschaftliche Fragen zur Diskussion gestellt worden. Diese Fragen berühren nicht nur die Frau allein, sie sind für den Mann, der nach höherer Kultur und Bildung strebt, ebenfalls von gewaltiger Bedeutung.

Die Entwicklung löst Fragen aus, welche Reformen für die Frau als Weib (Mutterschutz), als Bürgerin (Frauenstimmrecht), und in der Erziehung (Reeduktion) zu bringen versprechen.

Hausfrauenorgane und Diensthotenelend.

Schwere Besorgnis, Kummer und Verdruß bereiten gewissen Hausfrauen die jungen Diensthotenorganisationen. Selbstverständlich haben die Forderungen zur Verbesserung der miserablen Lage der Diensthoten, die von dem „Verbande für Hausangestellte“ ausgehen, den Herrschaften Unbehagen verursacht.

Ein Gegensatz zwischen einst und jetzt hat sich herausgebildet, weil die Hausangestellten eine schärfere Umgrenzung ihres Pflichtenkreises anstreben. Sie verlangen geregelte Arbeitsbedingungen gleich den Industriearbeiterinnen.

Die fortschreitende Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens erkennt auch die Verfasserin an; z. B. auch, daß der Pflichtenkreis der Hausangestellten größer geworden ist. Vor allem wird heute mehr Selbständigkeit, mehr Verantwortlichkeit verlangt, auch eine bessere Vorbildung soll vorhanden sein.

Gesindebüchlein, die von den Mädchen als besonders drückend empfunden werden, sollen bestehen bleiben. Viel Elend ist gerade durch diese Bücher schon angerichtet worden! In dem Ausstellen von Zeugnissen liegt eine gewaltige Macht der Herrschaft.

Das Zeugnis im Dienstabuch soll dazu dienen, den Herrschaften über die Qualifikation der Diensthoten Auskunft zu geben. Von den Mädchen also verlangt man, daß sie ohne weiteres in jedes, ihnen gänzlich unbekanntes Hauswesen einzutreten.

Die Hausfrauen sind noch immer die Stärkeren, und sie werden es auch bleiben. Etwas besser wird es für die Mädchen, wenn die Gesindeordnungen fallen und die Diensthoten freierlichen Befehlen unterstellt werden.

Für das allgemeine Frauenwahlrecht in Norwegen.

Im Herbst dieses Jahres werden in Norwegen die Stadt- und Gemeindeverträge neu gewählt. Die Frauen besitzen in Norwegen das kommunale und politische Wahlrecht nur insoweit, als sie ihre Steuern bezahlen haben.

Gerichts-Zeitung.

Schutz gegen Schulpöte.

Der „Courier“ veröffentlicht ein inzwischen rechtskräftig gewordenes Urteil, das drastisch zeigt, wie notwendig ein Schutz gegen Schulpöte ist.

Der Drohkentner Franz Borath wurde vom Schöffengericht Weidung von der Anklage des Widerstandes und des zu schnellenfahrens freigesprochen und auch die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Anklagen wurden der Staatsanwaltschaft aufgetragen.

Es wäre interessant zu erfahren, aus welchem Grunde die Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung gegen den Wachmeister noch nicht erhoben ist.

Wie leicht eine Anklage zustande kommt

zeigte eine Verhandlung in der letzten Sitzung des Reichsgerichts. Das Landgericht Hildesheim hat den Ingenieur Weule wegen Verleumdung des Amtsrathes Schubarth in Bodenem zu 600 M. verurteilt.

richter Schubarth es für geboten, den Verkehr des Affessors und des Referendars mit der Familie Weule zu verhindern und riet ihnen, der Einladung nicht Folge zu leisten. Danach handelten dann auch die jungen Herren. Weule Vater und Sohn erfuhren von der Sache und forderten den Amtsrath auf Pöhlen.

Gefährliche Tötung.

Unter der schweren Anklage der fahrlässigen Tötung stand gestern die Hebamme Anna Horn aus Hohenort vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II. Die Verhandlung, zu welcher fünf medizinische Sachverständige geladen waren, hatte ein für weitere Kreise sich ergebendes Interesse.

Vor Gericht bestritt die Angeklagte jegliche Schuld und behauptete, daß sie die Gefährlichkeit der Krankheit überhaupt nicht habe erkennen können. Sie sei der Meinung gewesen, daß es sich um einen jener harmlosen Ausschläge handelte, von denen neugeborene Kinder häufig befallen werden.

Ein Dorfdrama

beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schömer. Der auf der Anklagebank sitzende Zimmermann Gustav Karl Wilhelm Jden aus Marwitz bei Vetsch war des verächtlichen Todtschlages angeklagt.

Am 31. Mai v. J. begab sich das Mädchen zu einem Tanzvergügen in die Wirtschaft Kranz in Wörow. Ihr Vater, der sie dorthin begleitet hatte, verließ das Lokal gegen 10 Uhr abends und ließ seine Tochter unter den Schutze ihres Schulfreundes, des Obermartrons Madde aus Cuzhaden, zurück.

In der Verhandlung kam zur Sprache, daß der Angeklagte, der sich sonst gut führte, sehr aufgeregter wurde, wenn ihn die Eifersucht plagte oder er gehänselt wurde, was auch manchmal vorkam.





**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 2. Februar verstarb unser  
Mitglied, der **Schlösser**  
**Karl Rohn**  
Schlesienstr. 45.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 5. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Weichmanns-Kirchhofes  
in Nieder-Schönhausen-Nordend  
aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der **Schlösser**  
**Karl Rohn**  
am 2. d. Mtz. an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 5. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Weichmanns-Kirchhofes  
in Nieder-Schönhausen-Nordend  
aus statt. 111/6  
Rege Beteiligung erwartet.  
**Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten zur Nachricht, daß  
am 2. Februar, früh 12 1/2 Uhr,  
meine unvergessliche Frau, unsere  
gute Mutter, Schwieger- und Groß-  
mutter  
**Redwig Bowrocinski**  
im Alter von 40 Jahren nach  
langen schweren Leiden sanft ent-  
schlafen ist.  
Dies geht mit der Bitte um  
stille Teilnahme an  
**Richard Bowrocinski**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 3 1/2 Uhr vom Kraner-  
haus, Freiwalder Str. 20, aus  
nach dem neuen Haus-Kirchhofe  
in Widener Park. 5365

**Sozialdemokrat. Kreiswahlverein**  
**Nieder-Barnim.**  
Bezirk Tegel.  
Am Donnerstag, den 3. Februar  
verstarb unser Mitglied, der  
Schiffseigner  
**Otto Gladow.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 6. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gemeindefriedhofes aus  
statt.  
Die Mitglieder werden ersucht,  
sich zahlreich daran zu beteiligen.  
Treffpunkt nachmittags 2 Uhr  
beim Gen. Koffes, Berlinerstr. 92.  
**Die Bezirksleitung.**

**Tegel.**  
**Gesangsverein „Immergrün“.**  
(M. d. A. S. S.)  
Am Mittwoch, den 2. Februar,  
verstarb nach schwerem Leiden  
unser Sangesbruder  
**Otto Gladow**  
im 39. Lebensjahre.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 6. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Tegel. Gemeindefried-  
hofes aus statt.  
5345  
**Der Vorstand.**

Am Donnerstag früh verstarb  
nach kurzen Leiden meine liebe  
Frau  
**Frida König**  
im Alter von 28 Jahren an  
Lungenentzündung.  
Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Sonntag  
nachmittags 3 Uhr von der Leichen-  
halle in Zehlendorf, Spandauer  
Straße, aus statt. 5226

**Beerdigung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme beim Tode meiner lieben  
Frau  
**Marie Bluhme**  
sage ich allen Genossen und Freun-  
den meinen besten Dank. Besonderen  
Dank aber dem Arb.-Gesangsverein  
und dem Arb.-Turnverein Grünau,  
sowie den wackeren Frauen, die in so  
liebender Weise der Verstorbenen in  
ihren Leidestagen zur Seite standen.  
Hermann Bluhme nebst Kindern.  
Grünau, den 4. Februar 1910.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes sage allen Freunden  
und Verwandten, den Mitarbeitern  
der Firma Wrohen u. Sohn und dem  
Zugführerverband herzlichen Dank.  
**Jean Feder.**

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, des **Führers**  
**Wilhelm Rüdiger**  
sage allen, insbesondere den Kollegen  
der Firma W. F. Berndt und dem  
Deutschen Arbeiterverband meinen  
herzlichsten Dank. 5216  
Witwe **Johanna Rüdiger.**

**Beerdigung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei dem Begräbnis meines  
lieben Mannes sage allen Ver-  
wandten und Bekannten, insbesondere  
dem Verband der Kupferschmiede,  
dem Arbeiterverein Rigdort, seinen  
früheren Kollegen vom Werk Widbau  
sowie dem Gesangsverein der Kupfer-  
schmiede meinen herzlichsten Dank.  
**Ida Beyer.**

**Kautabake — 5 Pfg.-Rollen**  
der Firma  
**Fischer & Herwig, Hann. Münden.**  
Erstklassiges Fabrikat.  
Hauptniederlage:  
**Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70**  
Amt VII, 3047.

**Hier**  
im Kaufhaus  
auf K. edit  
**„Für alle Welt“**  
Schöneberg, Hauptstrasse 19  
Direkt am Kaiser-Wilhelm-Platz  
dem alten Rathaus gegenüber  
erhalten Sie mit niedrigster Anzahlung  
und wirklich geringen Ratenzahlungen  
**Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe**  
(vom einfachsten bis zum eleganten Genre)  
— auf Wunsch Anfertigung nach Mass —  
**Manufaktur- u. Weisswaren**  
**Möbel und Polsterwaren**  
(einselne Stücke und komplette  
Wohnungs-Einrichtungen)  
Man werde Kunde bei uns  
u. sammelt zur Annahme  
— Ankündigung später. —

**Vom Arbeiter**  
vom Handwerker, vom kleinen Beamten, vom Kauf-  
mann, überhaupt von Jedem, der auf sein Aushereis  
hält, wird für billiges Geld wirklich aussehende,  
tadellose Garderobe gesucht. Nur im Kaufhaus für  
Monatsgarderoben, Große Frankfurter Straße 93,  
erhalten Sie diese und können darin leicht  
**zum Millionär**  
werden. Wir verkaufen von Millionen, Doktoren,  
Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig  
getragene, in den ersten Wertstätten Deutschlands  
und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete,  
an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene  
Serie I Serie II Serie III  
**Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.**  
**Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.**  
Gesellschafts-Anzüge werden billig verliehen.  
**Kaufhaus für Monatsgarderoben**  
**Große Frankfurter Straße 93.**  
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.  
Streng reelles Geschäft. Keine Filialen am Plage.  
**Abteilung II Neue Garderoben.**

**Nathan Wand**  
129 Stalher Str. 129.  
Die schönsten  
**Herrn - Winter - Paletots**  
und Anzüge in neu  
totale (regle)  
**Monats-Garderobe**  
von Kavaliere getragene Sachen,  
samt neu, für jede Figur passend,  
besonders Ganzanzüge sind in  
großer Auswahl bei zu staunend  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalher Str. 129.  
Hochbahnstation Rottbuscher Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Abendkurse**  
für Buchban, Tiefbau, Gas-  
und Wassertechnik, Maschinen-  
bau, Elektrotechnik.  
Techniker- u. Meister-Ausbildung.  
**Technische Akademie**  
Staatlich konzessioniert.  
Berlin 45, Markgrafstr. 100.  
Vorspekte frei.

**Beerdigung.**  
Für die Krankschenden und vielen  
Beweise herzlicher Teilnahme bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes  
**Franz Fox**  
sage ich allen Freunden u. Bekannten,  
sowie den Genossen des 6. Wahl-  
kreises, den Leit.-Vereinen „Ver-  
lorenes Glück“ und „Gut Glück“,  
sowie den Arbeitskollegen der  
Kolonne Kühn meinen besten Dank.  
Witwe **Rerta Fox,**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Hosen-Woche**  
Dauer vom 5. bis 12. Februar  
Dauer vom 5. bis 12. Februar  
**Außergewöhnlich billige Preise**  
**Aus unseren enormen Hosenlägern**  
stellen wir  
**10000 Hosen**  
erheblich unter regulären Preissätzen  
in der Hosen-Woche zum Verkauf:  
I. Serie..... Jede Hose 2.95 M.  
II. Serie..... Jede Hose 4.50 M. } Tadellose Stoffe  
III. Serie..... Jede Hose 4.95 M. } Gute Verarbeitung  
IV. Serie..... Jede Hose 7.50 M.  
V. Serie..... Jede Hose 9.— M.  
**Knaben-Stoffhosen** Größen 1 bis 6 zum Einheitspreise von 65 Pf.  
**Rest-Hosen** aus Stoffresten der Maßabteilung  
gearbeitete Hosen ..... spottbillig  
**BaerSohn**  
Spezial-Haus größten Maßstabes  
für gute Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10  
Der Haupt-Katalog (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.

**Verband der Maler,**  
**Lackierer, Anstreicher usw.**  
Reichstr. 28, part. Filiale Berlin. Bersprecher Amt IV Nr. 4787.  
Montag, den 7. Februar, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).  
Tagesordnung:  
1. Stimmwahl zur außerordentlichen Generalversammlung in Dresden. 2. Verhandlungsangelegenheiten.  
[120/127] Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Die Ortsverwaltung.  
Börsenbesuch erwartet

**Efterlysning.** (17/2  
Vilhelm Bentzen bedes skrive  
til sin Moder, Betty Bentzen  
Eriksgade 15, 1 København V.  
**Wer-Stoff-hat!!**  
Herlige Herremanzug oder Paletot von  
20 M. an, feinste 3 stater af Mohaar,  
zwei Anproben, for gode sig befam  
gold Medalje. Bitte zum Wahnehemer  
um Ihren Besuch, da keine Vertretung.  
**Ludwig Engel, Pronzauer**  
Str. 23, II, Alexanderplatz. Begr. 1892.  
Siehe auch Adressbuch I. Teil, 1910,  
Seite 552, unter E. 17/3

**Ardash**  
**Splendo**  
Cigarette  
London  
5 Pfennig  
As supplied to  
the House of Lords  
Generaldepot M. Sätze, Berlin N., Brunnenstr. 27. Tel. III. 8229.

**Für die Ball-Saison**  
**Lack-Stiefel** **Lack-Halbschuhe**  
**Salamander**  
Schubges. m. d. H., Berlin  
W. 8 Friedrich-Strasse 182 NW. Wilsnacker Strasse  
C. König-Strasse 47 Ecke Turm-Strasse 9  
SW. Friedrich-Strasse 221 W. Tauentzien-Strasse 15  
C. Rosenthaler Tor N. Bad-Strasse 20  
W. Potsdamer Strasse 5 Spandau, Breite Strasse 30

Partei-Angelegenheiten.

Der sozialdemokratische Verein im fünften Berliner Wahlkreis veranstaltet am Montag, den 7. Februar, einen Vortragsabend in den Sophienkollern, Sophienstr. 17-18. Vortragender ist Herr Marcel Salzer. Der Vortrag beginnt pünktlich um 9 Uhr. Der Saal wird um 1/2 8 geöffnet. Während des Vortrages bleiben die Saaltüren geschlossen. — Viletts — 60 Pf. inklusive Garderobe — sind noch zu haben in den Parteipeditionen von Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße, und von Zucht, Zimmannstr. 12.

Warierfeld. Der Wahlverein hält an Stelle des Jahlabends am Mittwoch, den 9. Februar, eine Mitgliederversammlung ab. Die Genossen werden jetzt schon darauf aufmerksam gemacht, daß sehr wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind. Der Vorstand.

Grünau. Heute abend findet bei Ehrhard (Jägerhaus) ein Lichtbildvortrag des Genossen E. Graf über „Die ersten Menschen in der Bibel und in Wirklichkeit“ statt. Eintritt 30 Pf. Viletts sind überall erhältlich. Der Bildungsausschuß.

Weißensee. Für den alten Ortsteil findet am Montag, 7. Febr., im Café Reita, Berliner Straße 11, eine Gemeindeväler-Versammlung statt. Am Sonntag, morgens 8 Uhr, Handzetteldistribution hierzu. Treffpunkt: Rembahnstr. 2.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal von S. Schuler, Eichendorffstraße 60, der Lichtbildvortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Adolf Ged über „Die bawische Revolution“ statt. Nach dem Vortrag Tanz. Viletts sind bei den Gruppenführern zu haben. Die Bezirksleitung.

Zehl. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkskollegen eine Flugblattverteilung statt. Diejenigen Genossen, welche auf das Land gehen, treffen sich bereits um 7 Uhr beim Genossen Julius Krause, Berliner Straße 11. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Das Vertrauen zum Erfolg der Fürsorgeerziehung scheint besonders gering in denjenigen Kreisen zu sein, die nicht durch ihren Beruf darauf hingewiesen werden, sich den Glauben an die läuternde Wirkung von Erziehungsmaßregeln zu bewahren. Von Pädagogen sollte man noch am ehesten erwarten, daß sie einem Jungen, der durch das Hegefeuer der Fürsorgeerziehung gegangen ist, nach erzielter Besserung es nicht verwehren, in die bürgerliche Gesellschaft als vollwertiges Mitglied zurückzuführen. Aber gerade in der Lehrerschaft erhebt sich Widerspruch gegen die Versuche, ehemaligen Fürsorgezöglingen die uneingeschränkte Rehabilitierung zu ermöglichen.

In einzelnen Fällen haben Fürsorgezöglinge sich so nachhaltig und so vollständig gebessert, daß sie würdig befunden wurden, dem Lehrberuf zugeführt zu werden, und demgemäß an Präparandenanstalten und Lehrerseminaren zur Ausbildung überwiesen wurden. Wenn ein Fürsorgezögling durch Befähigung und Reigung sich zum Lehrer eignet, so kann man es nur mit Freude begrüßen, daß ihm der Weg zu diesem Beruf gebahnt wird. Doch in der Lehrerschaft gibt es Leute, die anderer Meinung sind: Sie wollen, daß aus den Reihen der Jugendzieher die ehemaligen Fürsorgezöglinge ferngehalten werden. Die Berliner „Volkszeitung“ unterstützt diese Forderung. Sie ist errettet, melden zu können, daß dank dem Protest der „Neuen Westdeutschen Lehrerzeitung“ der Unterrichtsminister jetzt gegen einen in die Präparandenanstalt zu Elberfeld aufgenommenen Fürsorgezögling entschieden hat, er dürfe niemals in ein Lehrerseminar eintreten, da er nicht würdig sei, Lehrer zu werden. Die „Volkszeitung“ verlangt, daß man „grundsätzlich von der Aufnahme von Fürsorgezöglingen in Lehrerbildungsanstalten absteht“. Sie fragt: „Warum muß ein Fürsorgezögling bei guter geistiger Befähigung gerade Lehrer werden, das heißt ein Amt ergreifen, das durch die vorbildliche Persönlichkeit seines Vorgängers am meisten wirken soll?“ Ja, warum soll denn ein Fürsorgezögling nicht so vollständig zu bessern sein, daß er später einmal in einem Lehramt eine durchaus „vorbildliche Persönlichkeit“ sein könnte!

Uns fällt hier ein, was in der Stadtverordnetenversammlung Berlins im September 1909 in der Debatte über die Erziehungsregeln des Präfektors Mielzky der Stadtverordnete Dobe, der früher mal Richter war, öffentlich feststellen zu sollen glaubte. Er führte aus: „Wenn man nun das Material also so schwierig schildert und die Glaubwürdigkeit der betreffenden in Zweifel zieht, so hat man es ja allerdings vielfach mit sehr böswärtigen Menschen zu tun. Andererseits möchte ich doch die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, aus meiner richterlichen Erfahrung in der Zeit der Zwangserziehung zu bekunden, daß und damals Fälle vorgeführt wurden, die ich als Richter niemals zum Anlaß genommen hätte, die Zwangserziehung einzuleiten, wo ich mir gesagt habe: Das, was dem Jungen vorgeworfen wird, hast Du alles in Deiner Jugend auch getan. Es gibt sehr viele Dinge, für die sich ein Strafgesetzbuchparagraph, wenn man ihn richtig freizieht, bei gutem Willen finden läßt, die aber gar nicht so schlimm sind. Wenn es in dem Strafverzeichniß heißt: Diebstahl, hat seinen Eltern das Frühstück weggenommen, — nun, wenn ein Junge, der schlecht ernährt wird, sich ein Frühstück einbeißt, und wenn er dann als Dieb bezeichnet wird, so ist doch demgegenüber das Strafgesetzbuch selbst so human, einen besonderen Teilbestand des Mundraubes zu konstruieren.“

Und wie sagte aus dem „Ersten Deutschen Jugendgerichtstag“ zu Berlin im März 1909 der Amtsgerichtsrat Allmenröder, der in Frankfurt a. M. Jugendrichter ist? Er legte folgendes Geständnis ab: „Wenn wir auf dem Bunde einen Apfel stahlen, ja, das war ein Vergehen. Kein Mensch fragte danach, außer dem Schöpfer, der uns die Dose voll hieb. Aber hier in der Großstadt muß ein Kind vielleicht erst durch ein Ackerloch kriechen, und dann ist das ein Vergehen, das schwer bestraft werden soll, bloß weil der Apfel nicht am Baume hängt.“

Na, wenn solche Jungen — die man heute, sofern es Kinder aus minderbemittelten Familien wären, ohne Gnade in Fürsorgeerziehung überweisen würde — sich später zu Männern entwickeln konnten, die würdig schienen, Richter zu werden, dann brauchte gewiß auch die Lehrerschaft sich ihrer nicht zu schämen. Allmenröder stellte geradezu die Forderung auf, daß man zu Jugendrichtern besonders solche Personen nehmen solle, die selber in ihrer Jugend nicht so ganz einwandfrei gewesen seien. Das ist ein sehr verständiger Gedanke, der trotz der heiteren und erheiterten Form, in der er dem Jugendgerichtstag vorgebracht wurde, durchaus ernst gemeint war. Auch der Er-

ziehungskunst könnte es nur nützen, wenn zu dem Amt eines Jugendrichters recht oft solche Personen gelangten, die einmal selber in der Haut gesteckt haben, auf die so mancher Pädagoge blind lospausen zu sollen glaubt. Wir trösten uns übrigens mit der Hoffnung, daß es tatsächlich auch in der Lehrerschaft nicht an Leuten fehlen wird, die — mit Verlaub, zu sagen — nicht sogleich als „vorbildliche Persönlichkeiten“ auf die Welt gekommen sind, wenn sie auch heute halbe Heilige zu sein scheinen.

Bedauerlich bleibt es aber, daß gerade Pädagogen es für zulässig halten, den Glauben zu stärken, ehemalige Fürsorgezöglinge seien dauernd bemakelt und für ihr ganzes Leben gebrandmarkt. Was den Lehrern recht scheint, kann auch anderen Berufsgruppen billig sein, und so werden wir es vielleicht nur zu bald erleben, daß immer mehr Berufe sich den ehemaligen Fürsorgezöglingen verschließen. „Grundsätzlich“ fordert das die „Volkszeitung“ für den Lehrberuf. Diese „Grundsätzlichkeit“ des Blattes ist so (wir finden keinen anderen Ausdruck) borniert, daß wir erwarten, auch in der Lehrerschaft werde sie schließlich den Widerspruch finden, den sie verdient.

Versehte Wandermaler Berlins.

Das Schicksal der Königskolonaden, die nimmehr doch von ihrer alten Stelle verschwinden dürften, um im Botanischen Garten wiederaufgestellt zu werden, ist in Berlin schon mehrmals alten Wandmalern beschieden gewesen. Speziell haben derartige Versehungen in der Umgebung der Kolonaden stattgefunden. Wir erinnern hier z. B. an die Figuren der alten Königbrücke, die ursprünglich die Fortsetzung der Kolonaden bildete und beim Bau der Stadtbahn abgebrochen wurde. Diese Bildsäulen, Kindergruppen von Christ. Wilh. Meyer (dem jüngeren) wurden damals nach den Anlagen des Spreeweges verbracht, wo sie sich noch befinden. In ähnlicher Weise sind bekanntlich die Figuren der alten, von Langhans erbauten Herulesbrücke am Ende der Burgstraße nach der neuen Brücke am Bülowplatz versetzt worden, die damit auch den Namen Herulesbrücke erhielt. Auch die Bildsäulen in den Anlagen des Leipziger Platzes sind „verseht“. Sie rühren von Fr. E. Meyer (dem älteren) her und zierten ehemals die von Boumann 1774 erbaute Neustädter Brücke, auch Opernbrücke genannt, die den Festungsgraben im Zuge der „Rinden“ vor dem Opernhaus überspannte. Früher waren diese Figuren Laternenträger. Den Wilhelmplatz hatten, ehe die jetzigen Wronzestandbilder aufgestellt wurden, Marmorbildsäulen der friderizianischen Helden geschmückt. Diese Marmorstandbilder wanderten damals nach dem Kadettenhaus und befinden sich jetzt im Kaiser-Friedrich-Museum. Dagegen scheinen die zahlreichen Statuen und Bildwerke, die den Lustgarten zur Zeit des Großen Kurfürsten geziert haben, verschwinden zu sein. Einige Vasen sollen sich auf dem Hofe des Hauses Königgräber Straße 46 befinden; die Identität der dort befindlichen Werke mit denen des alten Lustgartens wird jedoch von Kunstennern angezweifelt. Die jüngste Versehung eines Berliner Wandmalers hat den Wronzegruppen betroffen, der von Professor v. Hagn geschaffen wurde und ehemals auf dem Kemperplatz stand, von wo er 1902 nach dem Grinnpark wanderte, um Platz für den Rolandbrunnen zu schaffen. Die größte, bisher ausgeführte Uebertragung eines historischen Denkmals aber wurde 1871/1872 vorgenommen. Damals wurde beim Neubau des Berliner Rathauses die alte Gerichtsklaube abgetragen, das Material nach dem Park von Ladeberg geschafft und dort das Bauwerk durch den Hofmaurermeister Hajenheyer aus Potsdam in der alten Form rekonstruiert. Der historische Schmuck läßt sich allerdings bei derartigen Versehungen nicht mitübertragen und deshalb werden auch die Königskolonaden im Botanischen Garten, vorausgesetzt, daß das Material überhaupt den Umbau aushält, nicht mehr die alten Königskolonaden sein.

Vom Berliner Warenhauskapital.

In der Errichtung von Warenhäusern gibt es in Berlin gegenwärtig wieder eine Pause. Troy der noch nicht überstandenen wirtschaftlichen Depression beginnt sich das Warenhauskapital, das den geldgebenden Banken als guter Zinsenbringer erscheint, ins Riesenhafte zu entfallen. Nachdem Wolf Wertheim nach seinem Konflikt mit A. Wertheim das Passagierhaus in der Friedrichstraße erworben und den Prachtbau in der Potsdamer Straße errichtet hat, tritt auch A. Wertheim in die Offensive. Er kaufte gleich fünf Häuser in der Leipziger Straße zu Diebhaberpreisen; alle fünf Grundstücke repräsentieren demnach einen Wert von nicht weniger als zwölf Millionen Mark. Den großartigen Geschäftspalast der Schokoladenfabrik „Carotti“ in der Leipziger Straße, den die Firma erst vor drei Jahren errichtet hat, kaufte jetzt A. Wertheim mit einem Aufschlag von dreiviertel Millionen Mark, um ihn abzuziehen. — Im Durchschnitt wurden bei diesen Kaufabschlüssen in der Leipziger Straße die Quadratrute mit 30 000 Mark bezahlt. Bei dem Hause Nr. 130 wurde die Quadratrute sogar mit 40 000 M. bezahlt. Und für das Grundstück Nr. 105 Leipziger Straße brachte die Quadratrute sogar 51 750 M., das ist der höchste Preis, der bis jetzt für Grundstücke pro Quadratrute in der Leipziger Straße gezahlt wurde. A. Wertheim kaufte nun, um der Konkurrenz gewachsen zu sein, sofort drei Grundstücke in der Potsdamer Straße hinzu, davon wird ein Haus, das vor kurzem von seinem Besitzer mit 1 600 000 M. bezahlt wurde, jetzt von A. Wertheim mit 2 1/2 Millionen Mark bezahlt; der Verkäufer gewann also in ganz kurzer Zeit 900 000 M. Nimmehr erwirbt A. Wertheim ein Grundstück am Alexanderplatz in einer Größe von 5000 Quadratmetern und erbaut einen neuen Palast mit einem Kapital von 14 Millionen Mark. Aber auch Tisch sieht diesen Vorgängen nicht müßig zu, er kauft am Alexanderplatz zwei alte Häuser und erweitert sein dortiges großes Warenhaus. Die Firma Herzog kaufte in der Breiten- und Brüderstraße ebenfalls einen Komplex von 41 Häusern, läßt sie abreißen und wird dort im Laufe der nächsten Zeit einen großen Warenhauspalast errichten. Demnach sind ohne das letzte Millionenobjekt weit über sechzig Millionen Mark in Berliner Warenhausgrundstücken neu angelegt worden; eine richtige Kapitalkonzentration. Und was für Pläne mögen hinter den Kulissen schon wieder geschmiedet werden? Die Berliner Hauswirte mögen jubeln, wenn sie von den sabelhaften Häusern und Grundstückspreisen hören, den kaufmännischen Mittelstand aber erfüllen diese

Resultate mit Grausen. Und welche Einnahmen entgehen der Stadt Berlin, die noch keine Wertzuwachssteuer hat!

Einen interessanten Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse vor 150 Jahren gibt eine polizeiliche Liste für Lebensmittel aus dem Jahre 1758. Es wird darin für Berlin bestimmt, daß bei dem Preise von 1 Taler für den Roggen und 21 Groschen für den Weizen, unter Berücksichtigung der Unkosten des Bäckers für 3 Pf. eine Semmel von 7 Lot 3/4 Qu. geliefert werden muß, für 6 Pf. ein Roggenbrot von 1 Pf. 3 Lot, für 2 Groschen 4 Pf. 12 Lot und für 2 Groschen ein Hausbrot von 4 Pf. 31 Lot. Doch muß, sagt die Verordnung, „alles gut, auf der Unterseite rein und wohl ausgebacken sein, auch die rechte Gewichte haben. Widrigenfalls es soll konfiskiert, unter die Armen ausgeteilt und die Contravenienten, wenn es oft geschieht, zudem hart bestraft werden.“ In derselben Liste sind die Preise für andere Lebensmittel festgesetzt und zwar: 1 Pf. Rindfleisch vom besten 1 Groschen 6 Pf., Hammelfleisch 1 Gr. 4 Pf., Schweinefleisch 1 Gr. 6 Pf., Kalbfleisch 1 Gr. 2 Pf., Rübenspeer das Pfund 1 Gr. 3 Pf., Kalbdaunen und Hiereu das Pfund 8 Pf., eine große Lohenzunge das Pfund 4 Gr. 8 Pf., wobei zu beachten, daß das Fleisch nicht nach der Hand, sondern nach Pfunden verkauft werden mußte, daß bei dem besten Kalbfleisch der Braten mindestens 10 Pf. wiegen und nicht mehr als drei Ribben haben sollte und daß die Schlächter verkauften Fleisch nicht in den Scharen behalften durften, sondern es den Käufern gleich mitgeben oder zu Hause aufbewahren mußten. Für die Uebertragung der Verordnungen waren hohe Geldstrafen, bis zu 10 Taler für den Einzelfall festgelegt, auch durften den Käufern keine ungebührlichen Vorlagen an Knochen usw. gegeben werden.

Für den Bierverkauf setzte die Polizei ebenfalls die Preise, unter Berücksichtigung der Rohstoffpreise und der Unkosten fest. Die Tonne Berliner Bier kostete 5 Taler 18 Gr. 6 Pf., das Quart 8 Pf., die Tonne Broihahn 2 Taler 18 Gr. Fremde Biere, als welche Dachslein, Cottwitzer und Ruppiner genannt werden, mußten mit 1 Gr. 6 Pf. für das Quart ausgeschrieben werden. Auch hierbei war natürlich gute Herstellung vorgeschrieben.

Man wäre fast versucht, sich wenigstens in dieser Beziehung die alten Zeiten zurückzuwünschen und die Hausfrauen, die bei den heutigen Lebensmittelpreisen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Wirtschaftsgelde auskommen müssen, werden vermutlich ihre Mitbewerber von damals beneiden. Die Einkünfte waren damals allerdings erheblich niedriger als jetzt, aber eine solche Ausraubung durch indirekte Steuern wie heute war damals auch unbekannt.

„Lohnender Nebenverdienst“.

Wir haben an dieser Stelle wiederholt auf die vielen Inserate in bürgerlichen Blättern hingewiesen, in denen Leuten aller Stände „lohnender Nebenverdienst“ angepriesen wird, wenn sie sich an die näher bezeichneten Adressen wenden. An der Hand von zahlreichen Einzelfällen haben wir den Nachweis geliefert, daß es sich bei diesen Inseraten fast ausschließlich darum handelt, den Werbern in Gestalt von Porto und Spesen Geld abzunehmen, so daß der „lohnende Verdienst“ nur auf der Seite der gerissenen Unternehmer ist. Heute wird nun ein neuer Beitrag zu diesem Kapitel geliefert. Ein Arbeiter fand in der „Welt am Montag“ vom 24. Januar 1910 folgendes Inserat:

Spieldend leicht 4 bis 16 Mk. tägl. Verdienst für Leute aller Stände, sichere Egidien, gutlohnender Nebenverd. d. schriftliche Arbeiten, häußl. gewerb. Beschäftigung, lohn. Agentur. Für Damen Handarbeit usw. Auskunft gratis. Reform Verlag Groß-Schönau Nr. 15 in Sachsen. !! Streng reell !! Kein Schwindel !!

Der Inhalt dieser Ankündigung schien dem Arbeiter so verlockend, daß er sich an diesen Reformverlag um kostenlose Auskunft wendete. Flugs ging ihm eine Drucksache zu, in welcher ihm mitgeteilt wurde, daß der Reformverlag ein Organ für Erwerbs- und Nebenverdienstsachen: „Fürs praktische Leben“ betreibt, herausgibt, das pro Halbjahr 2,40 M. koste. Das ist also das hohle Wort über das Zustandekommen von Inseraten in solchen Verlagszeitungen reden wir weiter nicht, wir haben die Geschäftspraxis dieser Inseratenzeitungen öfter dargelegt.

In welcher Weise nun den Leuten dieses „Erwerbsorgan“ „Fürs praktische Leben“ aufzubringen verfußt wird, bemerkt der Inhalt folgendes, der Drucksache beiliegenden Zettels:

Zur gefälligen Beachtung!

In unserem vorliegenden Prospekt, worin wir jedem das Abonnement auf unsere Zeitschrift im eigenen Interesse zwecks Erlangung der von uns direkt oder von anderen Seiten zu vergebenden reellen Erwerbs- und Nebenverdienstarten wärmstens empfehlen, weisen wir darauf hin, daß wir uns erlauben werden, unser Erwerbsorgan „Fürs praktische Leben“ unter Rachnahme des Abonnements für ein halbes Jahr mit der nächsten Post zur Absendung zu bringen.

Wir werden für die Folge diese Rachnahmeforderung erst nach zwei Tagen abgehen lassen, damit jeder Gelegenheit und Zeit hat, uns per Postkarte Mitteilung zu machen, falls er die Zusendung nicht wünscht, was aber, wie wir hoffen, wohl nur in vereinzelten Fällen geschehen wird. Wir bitten sehr, vorkommendenfalls diese kleine Mühe und Ausgabe nicht scheuen zu wollen und uns dadurch unnütze Portoauslagen und Arbeit zu ersparen. Erhalten wir innerhalb zwei Tagen keine Gegenorder, so nehmen wir an, daß die Zusendung erwünscht ist und lassen die Rachnahme abgehen.

Hochachtungsvoll Reformverlag Groß-Schönau i. Sachsen.

Daß es dem Reformverlag vor allem nur um die 2,40 M. zu tun ist, zeigt die Tatsache, daß per Rachnahme gefandt wird, wenn innerhalb zwei Tagen keine Gegenorder einläuft. Es ist das eine so starke Zumutung, daß es hoffentlich nicht allzu viele geben wird, die auf den Reformverlag hineinfallen.

Vorsicht ist gegenüber gewissen Agentinnen geboten, die von einer Porträtanstalt in der Landsberger Straße ausgesandt werden, um Aufträge zu sammeln. Es gibt darunter gewissenlose Personen, die namentlich die Vertrauensseligkeit von Frauen missbrauchen, indem sie ihnen versichern, daß ihr Auftraggeber Photographien ganz kostenlos ohne jede Gegenleistung vergrößere. Sie legen dabei auch einen Zettel vor, der angeblich nur eine Anpreisung enthalten soll und nur den Zweck habe, der Vorgesetzten die Adresse der Porträtanstalt bekanntzugeben. Auf diesem angeblichen Reklamazettel schreiben die ahnungslosen Frauen ihren Namen und Wohnung, um deren Angabe die Agentin sie bittet. Erst nachträglich erfahren sie, daß sie hiermit für jede Photographie einen Rahmen zum Preise von 8 M. bestellt haben. Ein solcher Zettel lautet:

„Streng reell. Um meinen Porträts in den weitesten Kreisen Eingang zu verschaffen und das geehrte kunstverständige Publikum von den Leistungen meines neu gegründeten Instituts zu überzeugen, habe ich mich entschlossen, jedem, der mir durch meine Agentin eine Photographie übermitteln, diese fast in Lebensgröße kostenlos zu vergrößern. Ich bin überzeugt, daß diese Gratisvergrößerung zu Ihrer Zufriedenheit ausfällt und stelle als Gegenleistung Kulanz als Bedingung, daß Sie sich bei Vorlegung Ihrer Vergrößerung einen Rahmen zum billigen Preise von 8.— M. an inkl. Karton, Glas, fertigen Ausdrucken des Bildes und sauberster Einrahmung bestellen. Für genaue Pünktlichkeit nach der Photographie, sowie für vorzüglichste Ausführung leiste ich volle Garantie. Geben Sie heute also kein Geld, sondern Ihre Photographie und ich vertraue Ihnen, daß Sie dieses Reklamabild bei mir einrahmen lassen. In einigen Tagen

wied ein Vertreter mit Ihrer Vergrößerung, sowie einer reichhaltigen Auswahl geschmackvoller Rahmenmuster bei Ihnen vorprechen, wobei ein Drittel des bestellten Rahmens angezählt werden muß. Ein durch Unterschrift erteilter Auftrag kann nicht mehr rückgängig gemacht werden und ist derselbe in spätestens drei Monaten abzunehmen. Weidenerstraße 69, Berlin. Porto und Verpackung auf Kosten des Bestellers. Versand per Nachnahme. Mündliche Vereinbarungen haben keine Gültigkeit.

Die Frauen lassen sich um so eher zur Unterschrift bewegen, als die Worte streng reell kostenlos zu vergrößern und Bekanntheit ausfallend großgedruckt sind, der übrige Text dagegen sehr klein.

Der Brand eines Straßenbahnwagens lief gestern in der Frankfurter Allee große Aufregung hervor. An der Ecke der Proskauerstraße trat an dem Motorwagen Nr. 2084 eines Juges der Straßenbahnlinie 69 an dem Fußschrägenstapel kurzschluß ein, wodurch das Dach des Hinterr- und Vorderperrens in Brand geriet. Als an beiden Stellen helle Stichflammen herausströmten, bemächtigte sich der Passagiere des Bahnwagens eine Panik und sie versuchten in wilder Hast den Wagon zu verlassen. Hierbei geriet ein 10-jähriges Mädchen ins Gedränge, wobei ihm die Schulbücher zertrümmert wurden und die Fahrkarte abhanden kam. Der Frau des Viehhändlers Stud aus der Berliner Straße 89 in Friedrichshagen verbrannte das Cape und weiter wurde ein Bündel Blusen ein Raub der Flammen, die der Schneidemeister Schlang aus der Nigarer Straße bei sich hatte. Die Perrons des Straßenbahnwagens wurden infolge des Feuers schwer beschädigt. Der Brand konnte mit Leichtigkeit gelöscht werden, irgendwelche Verletzungen von Personen sind nicht vorgekommen.

Ein schwerer Unfall ereignete sich Donnerstag nachmittag in der Mühlendammstraße von J. E. Pfaff am Maybachufer 48/51. In einem Fabrikarbeiter war dort der Vater Friedrich Hey aus der Gellstraße 10 in Tegel damit beschäftigt, Dampfrohre anzuschleifen. Er benutzte bei dieser Arbeit eine Leiter. Während des Streichens rutschte die Leiter und Hey stürzte rückwärts auf einen in der Nähe stehenden großen eisernen Kasten, wo er bestimmungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde mit einem Krankenwagen sofort nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft. Hier stellten die Ärzte schwere Rippenverletzungen und andere innere Verletzungen fest.

Das Opfer des Privatförsters Rutsche im Gräberlinder Forst, der Vergarbeiter Augat, wurde am Donnerstag unter großer Beteiligung in Räderdorf beerdigt. Wie sich immer klarer herausgestellt hat, der Privatförster den von seiner Arbeit heimkehrenden Arbeiter Augat ohne jeden Grund und ohne jede Ursache erschossen. Weder hatte Augat gewildert, wie der schleichstüchtige Förster behauptet, noch hat er den Förster angegriffen. Die Behauptung, in Notwehr gehandelt zu haben, ist unwahr. Besonders bedenklich für den Förster ist der Umstand, daß A. von der Kugel in den Hinterkopf getroffen worden ist. Deutlichend für den Förster ist weiter die Meldung, daß er auch andere Personen wiederholt mit Schüssen bedroht hat, auch schon auf andere Personen geschossen haben soll. Ein Fall wird uns berichtet, nach dem Rutsche auf einen Arbeiter scharf geschossen hat und daß ihm die Kugel eine Hand breit vom Herd entfernt vordringte, obwohl der Mann 250 Meter weit vom Herd des schleichstüchtigen Försters entfernt war. Weiter wird behauptet, daß Rutsche bereits zwei Menschen erschossen haben soll. Unter solchen Umständen ist die Meldung, der Förster befände sich noch auf freiem Fuße, kaum glaublich.

Verhaftung eines Apothekers. Grobes Kuffchen erregt in Siedende die Verhaftung des Apothekers Max Volkhafe und die gestern Abend erfolgte gerichtliche Schlichtung der unter seinem Namen geführten einzigen Apotheke am Ort. R. ist unter dem Verdacht, sich mehrfacher Betrügereien schuldig gemacht zu haben, in Untersuchungshaft genommen worden.

Einbruch in der Magdeburger Bau- und Kreditbank, Thomaststraße 17. Geldschatzkammer erbeuteten durch Ausbohren eines Spindels in der vergangenen Nacht 800 M. bares Geld, 72 Zinscheine von 80 000 M., 4 prozentige Kommunalobligationen der Preussischen Zentral-Vorkreditbankgesellschaft. Davon sind 36 Stück am 1. Juli 1910 fällig, und zwar sind die Coupons mit den Nummern A Nr. 2985 und 2986 über je 100 M., Litt. C Nr. 11728 und 11741 bis 47, 11768, 11989 bis 71, 11970 und 11980 über je 20 M., dann Litt. C Nr. 2274 bis 63 über je 6 M. Die übrigen 36 Stück sind am 2. Januar 1911 fällig. Außerdem haben sie 4 prozentige preussische Konsole erbeutet. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Jugendkursus über Nationalökonomie. Der Vortragskursus des Genossen Grunwald über „Nationalökonomie“ kann leider nicht mehr im Jugendheim stattfinden, da sich erfreulicherweise mehr Teilnehmer gemeldet haben, als das Jugendheim aufnehmen kann. Der nächste Vortragabend findet daher am Montag, den 7. Februar, pünktlich 8 Uhr, im Lokal von Bernide, Adlerstr. 123 (Saal) statt. Getränke werden während des Unterrichts nicht ausgereicht. Der Berliner Jugendauschuss erwartet das vollständige Erscheinen aller Teilnehmer. Außerdem werden noch mehrere Teilnehmer neu zugelassen.

## Vorort-Nachrichten.

**Schöneberg.**  
Schöneberger Zahnklinik. Die Zahnklinik Schöneberg wird am 1. April d. J. eröffnet. Eine Ordnung für die neue Einrichtung wird festgelegt werden, ehe der für diese Tätigkeit engagierte Zahnarzt, Herr Kurt Hahn aus Altona, seine Stellung übernimmt.  
Der Jugendbildungsausschuss teilt mit: Am Sonntag, den 6. d. M., findet ein Ausflug nach Babelsberg statt. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr Bahnhof Ebersstraße. Für Nachzügler Treffpunkt mittags 12 Uhr beim „Alten Freund“. Es wird um zahlreichste Beteiligung der Jugendlichen und deren Angehörigen ersucht.

**Weißensee.**  
Die Etatberatungen finden bereits in der Kommission ihre Erledigung. In der ersten Sitzung betonte der Bürgermeister, daß nur mit aller Voricht der Etat zur Bilanzierung gebracht werden könne; die Mitglieder der Kommission müssen daher mit ihren Forderungen zurückstehen, wenn die bestehenden Steuererläge nicht erhöht werden sollen. Wird die von der Mehrheit der Gemeindevertretung geplante Erhöhung der Ortszulagen der Lehrer aufrecht erhalten, so müßte unter allen Umständen der Kommunalzuschlag erhöht werden, was der Bürgermeister im Interesse aller Einwohner vermeiden wissen wollte. Mit dieser Haltung scheint auch die Lehrerschaft geneigt zu sein. Sie hat um Ausdrück bringen lassen, daß sie sich gegebenenfalls noch ein Jahr vertragen will, in der Voraussetzung, daß schon in diesem Jahre der Beschluß gefaßt wird, vom 1. April 1911 ab in den Gehalt der erhöhten Ortszulagen einzutreten. Diesem Ansuchen traten die anwesenden Mitglieder der Kommission bei; es wurde ein solcher Beschluß der Gemeindevertretung zur Annahme empfohlen.

**Spandau.**  
Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte eine dringliche Vorlage zur Verhandlung. Sie betrifft die Zuschlagserteilung für die Herstellung einer Druckdrehschnecke nach dem Konradenbau. Die Arbeit soll nicht der minderbekanntesten Firma, sondern den vier zweifachbilligsten Firmen übertragen werden. Die Kosten betragen 162 425,65 M., während die billigste Firma 154 938,00 M. forderte. Eintretend in die Tagesordnung hatte die Versammlung zunächst nicht weniger als 15 Etats zu erledigen. Zwei davon wurden abgelehnt, weil sie noch nicht vorbereitet sind. Der Etat, welcher in voriger Sitzung noch nicht festgelegt werden konnte, weil ein Antrag des Genossen Pieper, 8000 M. für Schulärzte einzustellen, angenommen war, lag wieder vor. Der

Magistrat hatte zugestimmt, und so umnte dieser Etat ohne Debatte verabschiedet werden. — Der Fortschrittsrat zeigt eine Einnahme von 65 548,90 M. und eine Ausgabe von 40 167,50 M. Vom Genossen Pieper und anderen Stadtverordneten wurde bei diesem Etat auch die schon jahrelang schwebende Frage der Halberholungsstätte angesprochen. Vom Magistratsrat wurde erklärt, daß nun bald eine Vorlage kommen werde. Der Etat wird genehmigt. — Der Hafensetat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 180 708 M. Dieser Etat erscheint zum ersten Male und bietet noch kein vollständiges Bild, da der Hafen selbst nur erst zu einem Teile in Benutzung genommen, während der größte Teil noch im Bau begriffen ist. Genosse Pieper bringt bei diesem Etat zur Sprache, daß im vorigen Jahre im Hafen ein Arbeiter verunglückt, der stundenlang liegen mußte, ehe ihm ärztliche Hilfe gebracht wurde und der, als er ins Krankenhaus eingeliefert wurde, starb. Er forderte dringend die Einrichtung einer Unfall- resp. Samariterstation. Ferner fragte der Genosse an, ob für eine Verbesserung des Trinkwassers gesorgt sei. Das erste wurde zugesagt, das zweite bejahrt. Der Etat wurde genehmigt. — Beim Schlachthofetat, der in Einnahme und Ausgabe mit 140 600 M. balanziert, erhob der Stadtverordnete Schöb (L.) ein großes Klagegeld gegen das Warenhaus Fiech, welches in den Wintermonaten einen billigen Fleisch- und Wurstverkauf einrichtet und dadurch, sowie daß es kein Fleisch in Berlin unterlassen läßt, den hiesigen Schlachthof sowie auch die armen Schlächtermeister erheblich schädigt. Er richtete einen Appell an die Spandauer Frauen, daß sie nicht das billige Fleisch bei Fiech, sondern das teurere bei den Schlächtermeistern kaufen sollen. Ferner bewachte er sich darüber, daß die hiesige Milchwirtschaft die Fleischlieferung nach Berlin vergebem, weil es dort um 200 M. billiger geliefert werde. Dies Fleisch brauche auch nicht im hiesigen Schlachthof untersucht zu werden. Sehr treffend erwiderte ihm hierauf der Stadtverordnete Dr. Kantorowicz (freis.), wer denn die Nachuntersuchung befehligen habe? Das sei doch die agrarisch-konservative Mehrheit im Reichstag gewesen, und wenn man sich jetzt darüber beklage, dann möge man dafür sorgen, daß diese Mehrheit befehligen würde. Der Etat wurde genehmigt. — Der Krankenhausetat stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 309 525,78 M. Der städtische Zuschuß beträgt 129 408,78 M. Die Einnahme und Ausgabe für das Siechenhaus beträgt 17 294,25 M. Um den Krankenhausetat balanzieren zu lassen, hat die Staatskommission den Beschluß gefaßt, daß als unbedeutende Personen, die die billigere Gebühr von 1,50 M. statt 3 M. zu zahlen haben, diejenigen angesehen werden sollen, welche den Einkommensenergie bis inkl. 18 M. zahlen. Früher ging der Steuerbetrag bis 26 M. Ein bürgerlicher Stadtverordneter stellte den Antrag, den alten Steuerbetrag bestehen zu lassen. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt. Der Etat wurde genehmigt. — Der Gasfallen-Etat wurde in Einnahme und Ausgabe mit 971 000 M. festgelegt. — Der Elektrizitäts-Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 326 000 M. und wurde in dieser Höhe genehmigt. — Folgende Etats gelangten debattelos zur Annahme: der Kanalisations-Etat in Einnahme und Ausgabe mit 370 000 M., der Wasserwerks-Etat in Einnahme und Ausgabe mit 331 000 M. und der Armen-Etat in Einnahme und Ausgabe mit 234 200 M. — Eine längere Debatte entstand beim Straßenbahnetat, der in Einnahme und Ausgabe mit 758 300 M. aufgestellt ist. Die Konradenbahn erfordert einen Zuschuß von circa 54 000 M., der aus den Ueberläufen der anderen Straßenbahn gedeckt werden soll, um den Etat balanzieren zu lassen, hatte die Staatskommission beschlossen, die Arbeiter-Abkommensarten von 2 auf 3 M. monatlich zu erhöhen und Bahnhofs-Sonntags nicht mehr in Zahlung zu nehmen. Diese beiden Punkte sowie die Beibehaltung des 15 Pf. Tarifs für Sonntags auf der Bodlinie fanden aber nicht die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung. Nach etwa stundenlangem Debattieren wurde der Etat an die Kommission zurückgegeben. — Der Straßenbeleuchtungs-Etat schließt ab mit einer Ausgabe von 58 575 M. Der Sicherheits-Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 28 500 M. — Es folgten dann noch einige Wahlen von Kommissionen und zwei kleinere Vorlagen. Die übrigen Vorlagen wurden vertagt.

## Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Eine Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie sämtlicher in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen fand am Sonntag statt, in der Genosse Edward Wernstein über: „Die Arbeiterorganisationen in England“ sprach. Aus dem etwa zweistündigen Vortrage sei im wesentlichen der Inhalt skizziert: Wenn man von Organisationen der Arbeiter spricht, so kann man diesen Begriff kurz oder weit fassen. Gewöhnlich denkt man dabei an wirtschaftliche und politische Kampforganisationen. Es gibt aber in England noch eine dritte Gruppe, von der wenig gesprochen und geschrieben wird. Das sind Organisationen allgemeiner sozialer Natur, der Geselligkeit und Unterhaltung, in denen das Unterhaltungsweesen ganz besonders stark entwickelt ist. Kennt man deren Wesen, so kann man manches aus dem englischen Leben besser verstehen. Es gibt viele Arbeiterklubs, zum Teil politischer, zum Teil unpolitischer Natur. 1907 zählte man 1563 solcher Vereine, die teilweise sehr groß sind. Ein Institut, das eigens dazu gegründet ist, nimmt die Interessen dieser Klubs wahr. Manche davon dienen auch Bildungszwecken. Diese Gebilde besitzen große Kapitalien und umfassen eine enorme Mitgliederzahl. Der größte Teil fußt auf demokratischer Verfassung; sie besitzen auch die meisten Kapitalien. Die anderen Hilfsklassen lassen ihre Beiträge einsammeln und kennzeichnen sich ihrem Charakter nach eher als Aktiengesellschaften und finanzielle Unternehmungen. Ihre Mitgliedschaft rekrutiert sich vorwiegend aus ungelernen Arbeitern oder solchen, die sonst keine andere Organisation besitzen. Außerdem betreiben noch sozialpolitische Hilfsklassen, nicht zu vergessen die Arbeitervereine. In England herrscht, abgesehen von den Großstädten, das Einfamilienhaus vor. Viele Arbeiter besitzen ein solches. Allerdings ergibt sich hieraus eine gewisse Schwermüdigkeit; der Hausbesitzer wird in seiner Bewegungsfreiheit beengt. Andererseits ist aber dieses Wohnungssystem von großem Vorteil und wichtig für eine ganze Reihe Erscheinungen aus dem englischen Leben. Das Gasthausleben ist weniger entwickelt als bei uns. Auch die Scheidung zwischen Arbeitern, die keine Wirtschaft betreiben, und solchen, die dort verkehren, ist schärfer als hierzulande. Es sind noch zu erwähnen Sparvereine, die 7 Millionen Kapital besitzen, aber als reine Arbeitervereine nicht betrachtet werden können. Dies alles läßt jedoch noch keine Schlussfolgerung auf die politische Stellung des englischen Arbeiters zu. Diese Vereinigungen sind ihrem Wesen nach jenseitigen individuell; sie sind keine Klassenorganisationen, sie suchen dem Arbeiter individuell zu helfen. Ihnen stehen die Arbeiterorganisationen gegenüber, die direkt oder indirekt auf die Interessen ihrer Mitglieder einwirken. England hat nicht mehr als zwei Drittel der Bevölkerung Deutschlands aufzuweisen. Davon waren 1901 18 1/2 Millionen erwerbstätig. Diese Statistik spezifiziert jedoch nicht nach Klassen und Schichten. In Wirklichkeit bleiben bei näherer Untersuchung nur 11 Millionen Erwerbstätige übrig und auch von denen muß man noch 2—3 Millionen abrechnen, so daß circa 8 Millionen reine Lohnarbeiter in Betracht kommen. Die Arbeitergenossenschaften bestehen aus 2157 Vereinen, deren Mitglieder etwa ein Zwanzigstel der Bevölkerung des britischen Königreiches ausmachen. In Kapitalien besitzen sie insgesamt 800 Millionen Mark. Ihr Umsatz betrug im Jahre 1906 nahezu 2 Milliarden Mark. Dazu kommen noch 1783 reine Arbeiterkonsumvereine; sie repräsentieren die größte Zahl und arbeiten mit einem jährlichen Ueberfluß von 200 Millionen. Ihr Personal umfaßt 110 000 Personen. Der Konsum ist der härteste Zweig auf genossenschaftlichem Gebiet. Redner legt eingehend das Wesen der Konsumvereine und auch der Produktivgenossenschaften dar, indem er den Unterschied zwischen diesen beiden Gebilden erörtert. Die Produktivgenossenschaften sind ihrem Wesen, nicht ihrer Absicht nach, un-demokratisch. Anders die Produktivgenossenschaften,

die die Konsumvereine leisten. Sie gehören der Allgemeinheit und arbeiten für die Allgemeinheit. Daß eine Produktivgenossenschaft den Arbeitern gehören soll, ist eine falsche Ansicht, sie soll der Allgemeinheit und nur dieser dienen. Man hat früher geglaubt, daß die Konsumbewegung die Arbeiterbewegung schädigen werde. Das ist nicht eingetroffen. Im Gegenteil: in England zeigt es sich gerade, daß, wo die härtesten Konsumvereine vorhanden sind, auch die politische und gewerkschaftliche Bewegung am stärksten ist. Die Konsumvereine haben die englischen Arbeiter in ihren Kämpfen in glänzender Weise unterstützt. — Nun zu den Organisationen, die die Arbeiter direkt unterstützen. Da sind die Gewerkschaften Englands, von denen manche deutsche Genossen früher annahmen, daß sie bloß zu wollen brauchten, um den britischen Staat in einen sozialistischen umzuwandeln. Diese Ansicht war falsch; das könnten sie noch nicht einmal heute, wo sie schon weiter entwickelt sind. Heute aber unterschätzt man vielfach die Macht der Gewerkschaften. In England gab es 1907 1178 selbständige Gewerkschaften mit 2 400 000 Mitgliedern. Die deutschen Verbände müssen aber 3 Millionen schon überschreiten, wenn sie einen gleichen Faktor darstellen wollen wie die englischen. Die bekannte Zersplitterung in der englischen Gewerkschaftsbewegung nimmt auch immer mehr ab. Wenn man die Verhältnisse kennt, so weiß man allerdings, daß die Zersplitterung in Wirklichkeit nicht größer ist als bei uns. Die Trade-Unions haben niemals Beschränkungen auf dem Gebiete des Vereinsrechtes erteilt, hatten eine freiere Entwicklung wie die deutschen; daraus ist manches zu verstehen. Sie entstanden wie ein Urwald, die deutschen dagegen wie ein nach wissenschaftlichen Grundrissen angelegter Forst. Daher hängen sie auch sehr am alten, sind sie konjunktiv in vielen Punkten. Nun gibt es Schöpfungen, große Föderationen, die der Zersplitterung entgegenarbeiten sollen. Große gesonderte Organisationen stehen schon im Kartellverhältnis. Durch Anschließung an die Föderationen erhalten sich allerdings die kleinen Verbände ihre Lebensfähigkeit, obgleich es richtiger wäre, sie verdamozieren sich zu großen Organisationen. Die englischen Arbeiter sind sehr mißtrauisch gegen ihre Leitungen und beschränken deren Rechte außerordentlich. Die Föderation ist also kein Heil, sondern nur ein Linderungsmittel. Es gibt Gewerkschaften, die zentralistisch, und solche, die lokalistisch, ähnlich wie die französischen, geleitet werden. Eine einheitliche Presse haben die englischen Arbeiter leider nicht. Schwierigkeiten bereiten die Ungelehrten. Die Führer geben sich die größte Mühe, sie zu organisieren, aber die Masse der Gelehrten will sie nicht. Ebenso ergeht es organisierten Deutschen, die dadurch oft zum Streik gezwungen werden. Die englischen Arbeiter hatten viel darunter zu leiden, daß sie lange keine politische Bewegung neben sich hatten; heute sind noch große Massen auf liberaler Seite. Konservativ Arbeiteragitatoren sind jedoch verdächtig und finden wenig Anklang. An politischen selbständigen Parteien der Arbeiter gibt es: die alte sozialdemokratische Partei, den Verein der Fabier, der aber kein politischer, sondern nur ein Propagandaberein sein will (für den Sozialismus), die unabhängige Arbeiterpartei ist speziell sozialistisch im Programm. Das waren lange Zeit die drei großen Organisationen, außer einigen kleinen, bedeutungslosen Gruppen. Es hat sich aber eine neue gebildet, die sich Arbeiterpartei nennt, die Partei der Gewerkschaften, die mehr als 1 1/2 Millionen organisiert Arbeiter hinter sich hat. Redner gibt noch einen kurzen Ueberblick von den englischen Wahlen und schließt seinen Vortrag mit einem frohen Ausblick auf die Zukunft der Arbeiterschaft. Reicher Beifall folgte den Ausführungen des Referenten. — Unter Branchenangelegenheiten wurden noch die Differenzen in den Siemens-Berner-Werken besprochen, ferner die Verhältnisse bei Oerz und anderen Betrieben, wo trotz der großen Arbeitslosigkeit im Berufe 14—16 Stunden gearbeitet wurden.

Freireligiöse Gemeindegemeinde. Sonntag, den 6. Februar, vormittags 9 Uhr, Bappel-Allee 15-17; Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag von H. J. Da Altmann über: „Religion und Toleranz“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Montag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, Eckschankstr. 30: Deschlische Jugendorganisation Völkchenberg. Sonntag, 6. Februar, nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung bei Völkchenberg, Schanzenweberstr. 63.  
Die Abteilungsversammlungen finden statt für die 1. Abteilung, Sonntag, 20. Februar, bei Schephanstr. 9, 2. Abteilung Sonntag, 13. Februar, bei Schulz, Kronprinzenstr. 41 und die 3. Abteilung Sonntag, 27. Februar, bei Gemoll, Friedrichstr. 60.

## Vermischtes.

### Bautastrophe in Hamburg.

Wie ein Telegramm aus Hamburg meldet, wurden bei dem Einbruch eines Stelldaches am Bentelanal mehrere Arbeiter verunglückt. Ein Arbeiter wurde als Leiche hervorgezogen, zwei wurden mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

### Von einem Hilfskutschmann erschossen.

Wie aus Belsenkirchen gemeldet wird, starb im dortigen Krankenhaus gestern nachmittag der Kaufmann Hagemeister, der in der Nacht zum Sonntag von dem Hilfskutschmann Thuraun durch zwei Revolverkugeln schwer verletzt worden war. Hagemeister, der eine Frau mit 9 Kindern hinterläßt, ist völlig unerschuldigt. Der Hilfskutschmann, der verletzt worden ist, will von Hagemeister überfallen worden sein und in der Notwehr gehandelt haben. Er scheint sich jedoch die Verletzungen selbst beigebracht zu haben, da er sofort nach der Tat flüchtete.

### Sturm im Atlantischen Ozean.

Nach einer Meldung aus Breest herrschte gestern und vorgestern nach auf dem Atlantischen Ozean ein heftiger Sturm. Ein Passatzenrum wird aus der Wende signalisiert. Das Boot „Gironde“, das mit drei Männern besetzt war, ist im Sturm untergegangen. Zwei Matrosen ertranken. Der Besizer des Bootes konnte nach einer Stunde in dem Moment, als er unterzugehen drohte, von einem Rettungsboot aufgenommen werden. Der Dampfer „Luise“ von Vordenburg ist an der Küste von Aven gestrandet. Die Besatzung konnte gerettet werden.

### Briefkasten der Redaktion.

Die fertigen Druckhands sind Lindenstraße 2, zweites Geschoss, hinter Eingang, vier Treppen. ~~Der~~ ~~Postkasten~~ ~~der~~ ~~wöchentlich~~ ~~abends~~ ~~von~~ ~~7 1/2~~ ~~bis~~ ~~9 1/2~~ ~~Uhr~~ ~~hau~~ ~~Ges~~ ~~Post~~ ~~7~~ ~~Uhr~~ ~~Son~~ ~~ab~~ ~~druck~~ ~~beginnt~~ ~~die~~ ~~Sprech~~ ~~stunde~~ ~~um~~ ~~6~~ ~~Uhr~~. Jeder Auftrag ist ein Buchdruck und eine Zahl als Preis anzugeben. Die Briefe müssen nicht unterschrieben sein, die zur Beantwortung dienlichen können 14 Tage vorliegen. Gütige Belegungen sind in der Sprechstunde vor.

Nr. 40. 1. Sie sind unerschuldigt, soweit nicht Ihr und Ihrer etwaigen Familie standesgemäßer Unterhalt gefährdet wird. Bei welchem Einkommen die Verpflichtung beginnt, können wir ohne Kenntnis der näheren Umstände nicht sagen. 2. Eine Verpflichtung, zu Ihnen zu gehen, besteht nicht. — Nr. 8250. Ja. — Nr. 8. 10. Schlichter verlegen. — G. S. 41. 10 Monate nach Höchstmaß des Ueberschusses. Es kann Verletzung von dieser Vorschrift gemeldet werden. Ein solches Gesuch wäre aus Anknüpfung des Wohnortes Ihrer Tochter zu richten. — Nr. W. 6. Zahlung verweigern. — Nr. 8. 100. 1. Wenn Sie die Verwaltung und Führung des Rammes annehmen wollen, müssen Sie einen Eideschwur vor einem Notar leisten und die Eintragung in das Güterrechtsregister veranlassen. 2. Ihre eingebrachten Sachen kosten nicht für die Schäden des Rammes; daß die Rechnungen auf Ihren Namen laufen, ist zweckmäßig. 3. Es empfiehlt sich Weiterverrechnung; dabei müssen alljährlich mindestens 30 Markten entwertet und die Karte muß innerhalb längstens zwei Jahren umgelautet werden. 4. Anrechnung findet nicht statt. — G. S. 1000. 1. Eisenarbeiter. — Gärner. 2. Alles Springwörter. In Deutschland populär geworden durch den Ausspruch des Juliusministers Schindler im Reichstage. — G. S. 5432. Nein. — Nr. 2. 14. 1. Soweit hier bekannt, nein. 2. Erhalten Sie sich bei dem Gemein-





Aus Industrie und Handel.

Kapitalistischer Widerstand.

Die deutsche Kaliindustrie, die bei ihrem Weltmonopol die Düngeelose für die Landwirtschaft aller Länder liefert, formt sich heute, durch die Syndikatspolitik künstlich zurückgehalten, nicht zu ihrer vollen Höhe entwickeln. Eine Handvoll Großkapitalisten und Agrarier, an ihrer Spitze der preussische Fiskus, bestimmen, daß die durchschnittliche Syndikatsbeteiligung der einzelnen Werke von Jahr zu Jahr geringer wird, obwohl die Gesamtabsatzziffer von Jahr zu Jahr steigt. Es hängt dies damit zusammen, daß die unverkämmt hohen Preise, die das Syndikat festlegt, die Rentabilität der Werke künstlich steigern, so daß sich immer neues Kapital in die Kaliindustrie drängt, während auf der anderen Seite durch eben diese hohen Preise die normale Steigerung des Absatzes verzögert wird. Die Kaliberwerke sind eben nur an einem möglichst hohen Profit, nicht aber an der wirtschaftlichen Entwicklung der Industrie interessiert. In der nachstehenden Tabelle haben wir für das 80prozentige Chloralkalium, das wichtigste Produkt des Kalisyndikats, die Absatzziffer, die Zahl der beteiligten Werke und die demnach auf jedes einzelne Werk kommende Durchschnittsquote zusammengestellt.

Table with 4 columns: Jahr, Absatz des Syndikats Doppelzentner, Anzahl der Werke, Durchschnittsquote pro Werk Doppelzentner. Rows for years 1900 to 1909.

Es zeigt sich ganz deutlich, daß die Werke, deren Zahl sich von Jahr zu Jahr vermehrt, eine immer geringere Förderquote vom Syndikat zugeteilt bekommen. Die Produktionsmöglichkeit der Werke und ebenso ihre Absatzmöglichkeit bei vernünftigen Preisen ist in Wirklichkeit viel größer; sie kommt nur nicht zur vollen Entfaltung, weil die Preispolitik des Syndikats und seiner Anteilhaber es nicht zulassen. Die weitere Folge ist, daß, wie jetzt im Syndikatvertrag vorgesehen, ganze Werke stillgelegt werden, deren Förderquote dann auf ein anderes Werk übertragen wird. Die hohen Gewinne des voll ausgenutzten Werkes ermöglichen dann nicht nur einen weiter gesteigerten Eigenprofit, sondern auch noch die völlige Schadloshaltung der Belegschaft des stillgelegten Bergwerks. Daß die Arbeiter der betreffenden Bergwerke, auch wenn sie in dem anderen teilweise wieder Beschäftigung finden, unter solchen Erschütterungen schwer leiden müssen, liegt auf der Hand. Doch das kümmert die kalt rechnenden Syndikatsherren nicht.

Vom nationalen Schwein.

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Züchtungszwecke, Dr. Wildorf-Berlin, führte in einer dieser Tage im Hildesheimer abgehaltenen Versammlung von Schweinezüchtern aus, daß die deutsche Schweinezucht im allgemeinen sehr daniederliege. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, daß die Sauen unter den Schweinen einen erschreckenden Umfang angenommen hätten. In der Provinz Brandenburg gebe es heute keine einzige Zucht, die nicht veräußert sei. Es sei unmöglich, einen Eber aus einer einwandfreien Herde zu bekommen. Falsche Zuchtziele seien zum Teil daran schuld; vor allem die naturwidrige Haltung und auf allgütige Frühreife gerichtete Zuchtweise der Schweine. — So weit haben die Junker mit den Grenzperren gebracht.

Verteuerung der Lebenshaltung.

Der Preis für Schweinefleisch ist allmählich auf einer Höhe angelangt, die den Konsum ungewöhnlich belastet. Heute kostet Schweinefleisch durchschnittlich 1,75 M. pro Kilogramm, während Rindfleisch nur 1,37 M. kostet. Im Laufe des Jahres 1909 hat Schweinefleisch eine Preissteigerung von annähernd 10 Proz. durchlaufen. Zu Beginn des Jahres 1909 kam der Nahrungsmittelaufwand für eine vierköpfige Familie, den wir im Durchschnitt von 55 deutschen Pflegen auf Grund der Verpflegungstabellen des deutschen Marinefeldaten in der Weise berechnen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine Person das dreifache der Normalration des Marinefeldaten angelegt wird, auf 22,46 M. zu stehen, während sich für das Ende des Jahres ein Satz von 23,60 M. ergibt. Von den 55 Städten, die in die Berechnung einbezogen sind, haben allerdings nicht alle an der Preissteigerung von November auf Dezember teilgenommen, in einer ganzen Anzahl Städte ist der Kostenaufwand vielmehr gleichgeblieben, in einigen ist er sogar zurückgegangen. Umso härter fällt natürlich die Preissteigerung in den übrigen Städten ins Gewicht. An der Spitze der Orte mit einer Verteuerung des Nahrungsmittelaufwandes im Dezember steht die Reichshauptstadt. Hier ging er von 22,95 M. im November auf 23,16 M. im Dezember hinauf. Relativ noch stärker ist der Nahrungsmittelaufwand in A l l e n s t e i n in die Höhe gegangen; er betrug im Dezember 20,19 gegen 19,32 M. im November.

Konzentration im österreich-ungarischen Bergbau. Im nordwestböhmischen Braunsteinkohlenbergbau, der schon seit 1550 betrieben wird, hat sich die Zahl der Betriebe und der Arbeiter in den letzten Jahrzehnten geschildert wie folgt:

Table with 4 columns: Unternehmungen im Betrieb, Davon Arbeiter, Arbeiter pro Betrieb. Rows for years 1873/77, 1883/87, 1893/97, 1903/07, 1908.

Die Zahl der betriebenen Bergwerke hat sich also um zwei Drittel vermindert, die der beschäftigten Arbeiter in der gleichen Zeit verdreifacht, die Zahl der auf einen Betrieb entfallenden Arbeiter verneunfacht. Die „Waldau“, dem diese Angaben entstammen, berichtet, entfallen von der Gesamtproduktion von 1908 (18,44 Millionen Tonnen) 101,7 Millionen = 55,1 Proz. auf vier Aktiengesellschaften, die mit einem Kapital von zusammen 42,6 Millionen Kronen (36,2 Millionen Mark) „arbeiten“ und 17.440 Arbeiter beschäftigen. Die größte Gesellschaft hat allein 7000 Arbeiter und erzielt eine Produktion von 4,5 Mill. Tonnen, d. h. rund ein Viertel der gesamten. Dazu kommt noch der Staat mit 1787 Arbeitern und 1,29 Millionen Tonnen (7,9 Proz.). So verbleiben für die übrigen 76 Unternehmungen noch rund 11.000 Arbeiter und 7 Millionen Tonnen (38 Proz.), zusammen etwa die Hälfte mehr, als der größte Unternehmer, die Erzgrube Kohlenbergbau-Gesellschaft, mit 16 Millionen Kronen Kapital, allein aufweist.

Vom amerikanischen Fleischkonkott.

Aus Anlaß des Konkotts haben die Nahrungsmittelinspektoren beim Fleischmarkt 80.000 Eier als für den menschlichen Genuß unbrauchbar vernichten lassen. Es wird verlangt, daß die Behörden alles alte Fleisch in den Kühlräumen vernichten lassen.

Steilen in Amerika. Aus New York wird gemeldet: Für die Mexican National Baking Company, New Jersey, ist ein Konkursverwalter bestellt worden. Die Verbindlichkeiten betragen inklusive Aktienkapital 35 Millionen Dollar. Die Einlegung eines Verwalters ist durch die neuliche ZahlungsEinstellung der United States Baking Company in Mexico City notwendig geworden. Die ebenfalls insolvente Piel and Robinson-Bank war eines der angesehensten Häuser der New Yorker Stock Exchange.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadtverordneten-Versammlung. Am Donnerstag nachmittag lag der Haushaltsvoranschlag für 1910/11 zur Beratung vor. Die Generaldebatte leitete Oberbürgermeister Kaiser ein, indem er eine Uebersicht über die allgemeine Wirtschaftslage Rixdorfs gab. Unter der herrschenden Depression hat auch Rixdorf ganz bedeutend zu leiden gehabt. Bessergleich 1908 618 Bauforderungen erteilt wurden, stieg die Zahl 1909 auf 707; dergleichen stiegen die Einlagen der Sparkasse um ein Mehr von 3 1/2 Millionen zum Vorjahre. Trotz dieser erfreulichen Zeichen sind die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres keine allzu günstigen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des Krankenhauses, die Erhöhung der Beamten- und Lehrergehälter sowohl wie die Erhöhung der Arbeiterlöhne stellen enorme Anforderungen an den Gemeindefiskus. Insbesondere sind die Gehälter der Lehrer bis zu einer Höhe gesteigert worden, die das Maximum für Rixdorf darstellt. Das sollte insbesondere von den Lehrern dankbar anerkannt werden, was bisher leider zu bemerken ist. Redner hebt noch weitere Positionen hervor, die den Etat bedeutend belasten, unter anderem die Polizeikosten, die um 55.000 M. gestiegen sind. Das Extraordinarium zeigt gewissermaßen das Programm des Magistrats, das zweifellos großzügig ist und für die Entwicklung Rixdorfs zum Vorteil und Segen gereichen wird. Für die Balanzierung des Etats eine Erhöhung des Einkommensteuereinzugs in Betracht zu ziehen, wäre ein schwerer Fehler; ebenso ist die Gaspreiserhöhung zu verwerfen. Ein Wasserwerk ist leider noch nicht im Besitz der Stadt. Einnahmequellen sind in der Einführung der Schankkonzessions- und der Wertzuwachssteuer trotz des Hasses, mit dem beide Steuerarten bedacht werden, zu suchen. Die erstere werde mit Unrecht als Schädigung der Gastwirte bezeichnet. Mit Rücksicht auf die Absicht des Reiches auf Einführung einer Wertzuwachssteuer müßte die letztere städtischerseits jetzt beschlossen werden. Wollten wir darauf verzichten, so wäre das ein schwerer Fehler. Die Errichtung der Badeanstalt ist wiederum auf Schwierigkeiten gestoßen, welche den Charlottenburger Wasserwerken, die unentgeltlich das Wasser hergeben wollten, durch den Kreis wegen Benutzung der Chauffeen bereitet werden. Die Wasserwerke wollen nunmehr nur noch 200.000 Kubikmeter (etwa die Hälfte des benötigten Quantums) pro Jahr unentgeltlich liefern.

Stadtv. Justizrat Abraham ist anderer Meinung als der Magistrat; er malt die Finanzlage der Stadt rosener. Das Jahr 1910 wird — so meint er — von seinem 37 Millionenetat sicher 700.000 M. Ueberschuß abwerfen, obwohl man freiwillig (!!) die Beamten-, die Lehrergehälter und die Arbeiterlöhne erhöht habe. Die 220.000 M. Ausfall des Vorjahres brauchten nicht durch die auch von ihm gehaltenen neuen Steuern gedeckt werden. Bezüglich der Schankkonzessionssteuer stellt sich Redner auf denselben Standpunkt, den die kürzlich stattgehabte Versammlung des Gastwirtevereins eingenommen hat, obwohl ihm die vom letzteren verheißene Demonstration im Rathaus bei Abstimmung über die besagte Steuer sehr unangenehm ist. Die Wertzuwachssteuer hält der Herr Justizrat immer noch für verfrüht; im nächsten Jahre ist dazu immer noch Zeit, ruft er unter dem Gelächter der Sozialdemokraten aus. Wenn zu der Grundsteuer von 6 pro Mille noch weitere Lasten dem Grundbesitz aufgebürdet werden, dann bleiben die Spekulant zu Hause. (Zurufe links: Oh! oh!) In den Sammel- und Ausgleichsfonds sind 3 1/2 Millionen vorhanden. Diese sind doch dazu da, wenn Rot am Mann ist. Redner spricht zum Schluß die Erwartung aus, daß man sich im Ausschuß nach dieser Richtung hin schon bald verständigen werde.

Stadtv. Dr. Silberstein (Soz.): Herr Justizrat Abraham vertritt doch eine merkwürdige und bezeichnende Finanzpolitik. Handelt es sich um Schaffung notwendiger städtischer Einrichtungen, dann ist nie Geld da; sollen aber Mittel im Steuerplan vorgesehen werden, dann schwimmt die Stadt angeblich im Gelde. In Wahrheit will man nur verhindern, daß dem Grundbesitzagrarier vom mühselos in den Schoß gefallenen und unverdienten Wertzuwachs etwas abgenommen wird, ein Bestreben, das deutlich die Seelenverwandtschaft dieser Interessentengruppe mit dem preussischen Junkertum zeigt, dessen Kampf gegen die Erbschaftsteuer von den gleichen eigensüchtigen Motiven getragen wurde. (Lebhafte Unterbrechungen.) Die Wertzuwachssteuer ist eine der gerechtesten Steuern und für Rixdorf notwendig, da hier noch wichtige kulturelle Einrichtungen fehlen. (Wiederholte Unterbrechungen. Zuruf des Stadtv. Abraham: Fieben Sie uns nur wieder in den Schmuß!) Auf diese abgedroschene Phrase verläßt er sich nicht mehr zu antworten. Was wir an der geplanten Wertzuwachssteuer auszuweisen haben, das ist der dafür eingestellter lächerlich geringer Betrag von 150.000 M., der sich gut vervierfachen ließe und die geplante Schankkonzessionssteuer überflüssig machte, gegen welche die sozialdemokratische Fraktion entschieden ankämpfen wird. Nun einiges zum Etat! Die Gehälter für den Magistrat werden wir ablehnen, weil dieser wegen seiner ostentativen Unterstützung der Wahlrechtsräuber nicht unser Vertrauen hat; das wird solange geschehen, bis die Wählungen des Wahlrechtsraubes beseitigt sind. Auch Besinnungsschnüffelei betreibt der Magistrat; er hat durch einen Magistratsboten mittels eines in der Magistrats-Schreibmaschinenfabrik hergestellten Zettelchens bei den Verkäufen herumfragen lassen, ob sie sich an der Kaisergeburtstagsfeier beteiligen wollen oder nicht. Wegen die Vergabe der Rathausreinigung an einen Privatunternehmer, der die Reinigungsfrauen geradezu unterhöflich ausbeutet, muß ebenfalls protestiert werden. Die endlich in einer Schule eingerichteten Brausebäder sind einfach außer Betrieb gesetzt worden, weil angeblich die Kinder sich am Boden schlecht beteiligten. Es wäre segensreich, wenn die Herren Rektoren hierin ihren Einfluß geltend machten, anstatt gleich Order zu parieren, wenn ihnen ausgegeben wird, gegen die Arbeiter-Turnvereine vorzugehen, was sie gar nichts angeht. Mehr Schulärzte müssen angestellt werden. Ueberall Sparosamkeit an der verkehrten Stelle: nur Schülerbibliotheken waren 2000 M. im Etat eingestellt, 746 M. sind nur ausgegeben; von den 1500 M. für Hauspflege, die bitter nottun in Rixdorf, ist überhaupt nichts verbraucht worden; die Statistik über die Armenpflege in Groß-Berlin beweist, daß Rixdorf mit 1,8 M. pro Kopf der Bevölkerung hinter allen anderen Orten herhinkt. Von der Fürsorgeverwaltung verläutet überhaupt nichts; wir verlangen hier Einsicht. Die Wohlfahrtspflege scheint beim freiwilligen Erziehungsbeitrag auch nicht mehr in rechten Gängen; die kürzlich herausgekommenen und von Lobhudeleien sogenannte „Wohltäter“ strophende Zeitschrift „Jugendfreund“ beweist dies. Das Krankenhaus ist überfüllt, die Not daher genau so wie früher vorhanden, und doch ist von einem unbedingt notwendigen Erweiterungsbau im Etat nichts gesagt; wir werden einen entsprechenden Antrag einreichen. Der Dezernent beherrscht überhaupt nicht seine Aufgabe, wie ein kürzlich in der Deputation verhandelter Skandal gezeigt hat, wo dieser den Herrschgelassen der Oberin, einem obligen Junkerfräulein, die Stange gehalten hat, anstatt dieser plausibel zu machen, daß die Leitung eines Krankenhauses ausschließlich den ärztlichen Direktoren zusteht. Es muß vorgebeugt werden, daß dieser Dezernent nicht wieder, wie schon einmal, brauchbare Kräfte von Rixdorf wegtaucht. Die

Wasseruntersuchungen für die Schwimmanstalt dauern nun schon zwei Jahre; diese Verschleppung ist nicht mehr zu entschuldigen. In diesen und vielen anderen Dingen muß Wandel geschaffen werden. Wir werden im Ausschuß dahin arbeiten, daß dies zum Nutzen der Allgemeinheit geschieht, ohne Rücksicht auf Interessentengruppen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Fortsetzung des Berichtes und den Schluß bringen wir morgen.

Unter der Maske eines Handwerkers arbeitet hier ein Dieb mit Erfolg. Er gibt an, im Auftrage des Hauswirts die Schlösser in den Wohnungen nachsehen zu müssen, wobei er dann Gelegenheit findet, die Mieter zu bestehlen. Unter anderen ist die Frau P. Weisstr. 24, arg bestohlen worden.

Charlottenburg.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich gestern am Amtsgerichtshof. Als der Motorwagen Nr. 1306 der Linie 80 die Haltestelle verließ, stieß er gegen den Motorwagen eines Straßenbahnzuges der Linie 8, der in der Anfahrt zu der dortigen Haltestelle begriffen war und hierbei die Ausfahrtsgleise kreuzen mußte. Der Anstoß war so heftig, daß an dem Waggon Nr. 1306 die Schutzweiche und das Schuttblatt stark beschädigt und an dem angefahrenen Straßenbahnwagen die linke Perronede eingedrückt wurde. Der Chauffeur des letzteren Wagens erlitt eine Verletzung des rechten Fußes. Weitere Personen sind nicht verletzt worden.

Neues Postamt für den Kurfürstendamm. Am Kurfürstendamm, Ecke der Leibnizstraße, wird im Rechnungsjahre 1910 ein neues Postamt unter der Bezeichnung „Charlottenburg 7“ eröffnet werden. Das neue Postamt wird als Poststelle des Postamts 4 Charlottenburg eingerichtet werden und auch eine Paketannahmestelle und eine Telegraphenbetriebsstation erhalten. Mit der Einrichtung des neuen Postamts ist ein altes, bereits im Jahre 1907 errichtetes und seitdem dreimal wiederholten Antrags des Charlottenburger Magistrats entsprochen worden.

Wilmerdorf.

Wirtschaftskrise und Gemeindefiskal. Auch im Etat der reichen Stadt Wilmerdorf macht sich die wirtschaftliche Krise der letzten Zeit geltend. Für Unterhaltungen, Pflegegelder, Krankenfürsorge der Armen usw. waren im laufenden Etat 48.000 M. angesetzt worden. Diese Summe ist jetzt schon um einige Tausend Mark überschritten worden, und der Magistrat rechnet damit, daß bis zum Ablauf des Etatsjahres Ende März 1910 im ganzen 71.200 M. gebraucht werden. Als Grund für diese Ueberschreitungen gibt der Magistrat an, daß die Zahl der zu unterstützenden Personen wegen der allgemeinen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse größer gewesen sei, als vorausgesehen war. Zahllose Personen müßten in letzter Zeit trotz des milden Winters wegen Arbeitslosigkeit unterstützt werden. Da die Lungenfürsorgestelle mehr als früher bei Kranken die Notwendigkeit der Heilanstaltenbehandlung erkannt hat, so müssen auch hierfür mehr Mittel angewandt werden. Dergleichen war die Erhöhung der Kur- und Pflegegelder in den Krankenhäusern derart von Einfluß auf den Etat, daß die Krankenkassen sich von 83.000 auf 43.000 M. erhöht haben. Ferner hat nach dem Bericht die Zahl der Geisteskranken in Wilmerdorf stark zugenommen.

Erledigung von Grenzreitigkeiten.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Magistratsvorlage befaßt, die den Grenzstreit zwischen Schöneberg und Wilmerdorf ein Ende machen soll. Danach sollen die Hausgrundstücke Samburger Straße 8, 9, 10 und 12 sowie das Grundstück Barbarossastraße 82a zu Wilmerdorf geschlagen werden, wogegen die Hausgrundstücke Samburger Straße 18 fortlaufend bis 19, Barbarossastraße 32 und 34, Alschaffenburger Straße 5 und Jenaer Straße 28 nach Schöneberg eingemeindet werden. Da Wilmerdorf in diesen Grundstücken zum Teil Steuern erhoben hatte, so waren von Schöneberg Klagen angehängt worden, die auf Forderung eines Schadenerlasses von 50.000 M. hinausliefen. Von diesen Forderungen will Schöneberg jetzt zurücktreten. In dem Friedensvertrag ist u. a. bestimmt, daß die auf den eingemeindeten Grundstücken wohnhaften Schüler und Schülerinnen, welche zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages in der bisherigen Wohnkommune eine Schule besuchen, den Schulbesuch fortsetzen dürfen, ohne daß für sie das erhöhte Schulgeld für Auswärtige zu zahlen ist. Die Stadtverordnetenversammlung überwies die Angelegenheit einem Ausschuß.

Mariefelde.

In der Wählerliste des hiesigen Ortes sind in der ersten Klasse 5 Wähler verzeichnet. Der Höchstbesteuerte (die Daimler-Motorenwerke) zahlt 19.513,17 M. Der zweite Klasse schließt mit einem Steuerbetrag von 2981,14 M. In der zweiten Klasse sind 37 Wähler; der höchste Steuerbetrag ist 2206,58 M., der niedrigste 521,54 M. In der dritten Klasse sind 545 Wähler; hier beträgt die Höchstsumme 489,50 M. bis herab zu 4,80 M. Die bürgerlichen Vereine sind in emsiger Tätigkeit, die vielen Forensten einzuhelfen. Wenn unsere Genossen nur einigermäßen auf dem Posten sind, müssen wir die beiden Mandate der dritten Klasse ererben und die vor zwei Jahren erlittene Schlappe wieder gutmachen.

Sichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Die ersten Punkte der Tagesordnung betrafen Ergänzungswahlen zur Besetzung verschiedener Kommissionen. In die Deputation der Städtischen Werke wurde an Stelle des Genossen Seiler der Genosse Düwiel gewählt, in die Feuerlöschdeputation an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Gliese der Genosse Eisenstadt. Sodann wurde beschlossen, einige Etatspositionen zu verstärken, unter anderem müßte auch der Posten von 2000 M. für Beseitigung des Schnees bei großen Schneefällen infolge des neulich eingetretenen Schneeeisens auf 7000 M. erhöht werden. Ein von den Stadtverordneten Franke und Gen. gestellter Antrag auf Abänderung der Dienst- und Befoldungsordnung der mittleren und Unterbeamten, dahingehend, daß auch die Beamten in den Genuss der bereits beschlossenen Gehaltszulagen gelangen, welche ihr Examen bisher nicht abgelegt haben, wurde, nachdem sich unser Fraktionsredner dafür und der bekannte Stadtverordnete Rott dagegen ausgesprochen hatte, mit geringer Majorität angenommen. Hierbei muß bemerkt werden, daß diese Abänderung sich nur deshalb notwendig machte, weil in der zur Vorberatung eingeleiteten Kommission die Herren Rott und Franke immer und immer wieder mit neuen Dienst- und Befoldungsordnungsprojekten herausdrücken, so daß, um diesem Spiel ein Ende zu machen, beide Herren beauftragt wurden, gemeinsam eine Vorlage auszuarbeiten. In dieser Vorlage befand sich auch die jetzt abgeordnete Fassung, welche seinerzeit angenommen wurde, weil die Herren sich als Sachverständige und Beamtenfreunde gerieten.

Zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung führte der Antrag Lindner u. Gen. betreffend Abänderung des Sitzungsprotokolls vom 14. Dezember 1909 in Sachen der Lehrerbefoldung. In der damaligen Sitzung war, nach Ablehnung unserer Anträge, den Lehrern die Berliner Ortszulage bereits rückwirkend vom 1. April 1908, eventuell ihnen dieselbe vom 1. April 1909 ab zu gewähren, ein Antrag Schachtel angenommen worden. Vor der Abstimmung wurde angezweifelt, daß der Antrag Schachtel weitergehend sei wie die Magistratsvorlage. Stadtverordnetenvorsteher Pionz erklärte, der Antrag Schachtel sei, weil er von 1911 ab die Berliner Höhe vorsehe, weitergehend wie die Magistratsvorlage. Bezüglich auf Grund dieser Ausführungen wurde von vielen Stadtverordneten, u. a. auch von unseren Genossen, dem Antrage zugestimmt. Wie sich später herausstellte, lautete der schriftliche Antrag, der bei der

Abstimmung den Stadtkommissionen leider nicht vorlag, für die Lehrer wesentlich schlechter. Der Änderungsantrag sollte die Unstimmigkeit fortgerieren. Nachdem unser Redner erklärt hatte, daß wir aus Prinzip nicht nur für Hebung der Arbeiterinteressen, sondern auch für eine angemessene Bezahlung der Lehrer und Beamten eintreten, glaubte Herr Rott wieder etwas zur Erhellung der Versammlung beitragen zu sollen. Er erklärte, daß er es nicht verstehe, wie man Prinzipien haben könne und sich von diesen leiten lasse, er für seinen Teil verwehre sich dagegen. Dies legierte wurde ihm denn auch von unseren Genossen bestätigt, indem der Herr daran erinnert wurde, daß er es ja war, welcher anlässlich der Beratung der Wertzuwachssteuerordnung seinen Freunden einen von ihm verfaßten Entwurf, welcher noch weit über den Magistratsentwurf hinausging, vorlegte, diesen Entwurf aber sofort in den Aktus verschwinden ließ, als die Herren Schachtel u. Gen. ihren Unwillen äußerten. Dies spreche allerdings nicht von Prinzipienreue. Herr Rott hielt es für notwendig, der Versammlung mitzuteilen, daß er es ja gewesen sei, welcher die Verschlechterungsanträge gemeinsam mit seinem Freunde Schachtel entworfen habe. — Der Antrag Franke wurde schließlich von den Antragstellern zurückgezogen mit der Erklärung, bei der Etablierung darauf zurückzukommen.

Eine Petition der Ortskrankenkasse Lichtenberg betreffend Errichtung einer Fürsorgekasse für Lungenerkrankte wurde dem Magistrat zur Erwägung überwiesen; desgleichen eine Petition von Geschäftsleuten, welche sich gegen die Erweiterung des Lichtenberger Wochenmarktes auf alle Branchen ausspricht. — Die Erweiterung der Gasanstalt wurde auf Befürwortung der zur Vorbereitung eingesetzten Kommission beschlossen. Als bei der Beratung Herr Stadtkommissioner Sommerborn bemerkte, daß er es für notwendig halte, daß der Erweiterungsbau von der Baudeputation überwacht werde, antwortete ihm Herr Stadtrat Kiehl, er halte die Werkdeputation in diesem Falle für sachverständig genug. Zum mindesten könne er erklären, daß wenn die Werkdeputation die Turmhallen gebaut hätte — die Herr Sommerborn gebaut hat — die Stadt besser weggekommen wäre. (Näheres siehe „Vorwärts“ Nr. 258 und 270 unter Stadtkommissionerbericht aus Lichtenberg.) — Die Erhöhung des Preises von Kochgas von 10 auf 12 Pf. wurde in namentlicher Abstimmung gegen unsere Stimmen beschlossen, und zwar mit 21 gegen 16 Stimmen. — Von der feinerzeit beschlossenen Anleihe in Höhe von 12 500 000 M. soll ein Teil derselben in Höhe von 8 Millionen Mark in Schuldverschreibungen mit 4 Proz. Zinsen ausgeben werden. — Ferner wird beschlossen, von der von dem 2. Bürgermeister Herrn Unger verfaßten Chronik der Stadt Lichtenberg 300 Stück auf Kosten der Stadt anzuschaffen. — Für den in Marzahn neu errichteten Friedhof wurden 32 500 M. Baukosten zur Errichtung eines Inspektionswohnhauses bewilligt, desgleichen für die Städtebauausstellung die auf Lichtenberg entfallende Garantiesumme in Höhe von 395,42 M.

Bei der am Freitag stattgefundenen Ergänzungswahl im 14. Bezirk wurden insgesamt 402 Stimmen abgegeben. Hieron vereinigte der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Becker, 198 Stimmen auf sich; der Beamtenkandidat brachte es auf 185 und der Zentrumsmann auf 19 Stimmen. Hiernach hat Stichwahl zwischen unserem Genossen und dem „höheren ultramontanen Beamten“ stattgefunden.

**Rummelsburg.**

Aus der Gemeindevorstellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Sitzung wurde vorerst die Wahl eines Abgeordneten und eines Stellvertreters zum Kanalisationsverband Lichtenberg-Rummelsburg vorgenommen. Als Abgeordneter wurde mit 13 Stimmen Schöffe Barnstädt gewählt, Genosse Ritter erhielt 10 Stimmen. Als Stellvertreter wählten die bürgerlichen Vertreter einen Herrn Vetrici. Die Raubbewilligung von Mitteln für den Etat 1900 in Höhe von 7231,93 M. wurde ohne Debatte genehmigt.

Der nunmehr zur Beschlussfassung stehende Antrag: „Aufhebung der Ordnung betr. Erhebung einer Biersteuer“, der von unseren Vertretern gestellt worden war, begegnete bei den bürgerlichen Vertretern bis hinauf zum Oberbürgermeister recht geringem Verständnis. Genosse Tempel legte in längerer Ausführung die Notwendigkeit der Aufhebung der Biersteuer in begründender Weise dar. Er predigte aber nur tauben Ohren. Der Gemeindevorstand selbst hatte es für zweckmäßig erachtet, der Vertretung folgenden kühnen Gegenantrag zu unterbreiten: Der Antrag Tempel und Genossen ist unter dem Hinweis abzulehnen, daß der Frage der Aufhebung der Biersteuer erst dann näherzutreten werden kann und soll, sobald die Finanzlage der Gemeinde zweckmäßig erscheinen läßt, auf eine größere Einnahmequelle zweckmäßig erscheinen läßt. So gutgläubig — anzunehmen, daß jemals der Tag kommen würde, der es für die Gemeinde zweckmäßig erscheinen läßt, auf eine größere Einnahmequelle gütigst zu verzichten — kann wohl auch nur der Rummelsburger Gemeindevorstand sein —! Die kurze Gegenausführung des Bürgermeisters kam denn auch nicht viel über den Inhalt des Gemeindevorstandsbeschlusses hinaus. Der Bürgermeister vergah bei seinen Ausführungen aber nicht — den Gastwirten noch sein ganz besonderes Wohlwollen auszusprechen und denselben den guten Rat zu erteilen, die Biersteuer einfach auf das Publikum abzuwälzen. Nachdem noch unsere Genossen John und Ritter die Ausführungen des Genossen Tempel unterstrichen und das bekannte Wohlwollen des Gemeindevorstandes ins rechte Licht gerückt hatten — erfolgte die Abstimmung. Außer unseren Vertretern stimmte nur noch Schöffe Sebus — und dieser auch wohl nur gezwungenermaßen — für die Aufhebung der Biersteuer. In der nun folgenden nicht öffentlichen Sitzung wurde nach längerer Debatte der Beschluss gefasst, die Wochenmärkte bis zum Jahre 1915 an den bisherigen Wochenmarktpächter Albert Rott zu der Pachtsumme von jährlich 60 000 Mark weiter zu verpachten. Dieser erhielt die Gemeinde pro Jahr 27 000 Mark Pacht. Die höhere Pachtsumme hat der betreffende Pächter aber nur unter der Bedingung geboten, daß er doppeltes Standgeld erheben darf und daß außerdem auf dem Vorkagener Platz noch ein Sonnabend-Abendmarkt neu errichtet wird. Von unseren Vertretern war hierzu der Antrag auf Verwaltung der Wochenmärkte in eigener Regie gestellt worden. Dieser Antrag fand bei den bürgerlichen Vertretern wenig Gegenliebe. Auch Genosse Müller, welcher den Antrag in eingehender Weise begründete, konnte bei den bürgerlichen Herren ein Verständnis für den „Regiebetrieb“ und den damit für die Gemeinde verbundenen Mehrgewinn von mindestens 20 000 bis 30 000 M. pro Jahr, welcher Gewinn jetzt dem Marktpächter in die Tasche fließt — nicht erweden. Der Bürgermeister wie auch die bürgerlichen Diskussionsredner vertraten hierbei den ernsthaft gemeinten Standpunkt — der tief bliden läßt —, daß es Gemeindebeamte, die nach Ansicht des Bürgermeisters nun einmal bei Verwaltung der Wochenmärkte in eigene Regie eingestellt werden müßten — nicht gibt, welche die Befähigung zur sachgemäßen Verwaltung eines Wochenmarktes aufweisen! Die Regieverwaltung wurde mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt, von den bürgerlichen Vertretern stimmte nur Herr Winter dafür.

Der Großen Berliner Straßenbahn wurde ein Vertrag genehmigt, welcher derselben die Verfertigung eines Schleifenverkehrs durch die Prinz-Albert-Straße gestattet. Diese neue Schleife soll von der Karlstraße abzweigen, die Karlshorster Straße passieren und die Prinz-Albert-Straße bis zur Rathausstraße durchlaufen. Die Große Berliner hat sich dafür erboten, die Straßenbahnlinie 26 (Ziegel-Dramenburger Tor) über Alexanderplatz bis zum Rummelsburger Rathaus zu verlängern. Ferner wird der Verkauf eines Gemeindegumbstüdes in der Wilhelmstraße in Größe von 100 Quadratrußen zum Preise von 400 M. pro Aute genehmigt.

**Ober-Schöneweide.**

Der in dem neueröffneten Terrain an der Rathausstraße gelegene 13 500 Quadratmeter große Schaulplatz soll auf Ver-

schlag der Gemeindevorstellung nach den Plänen des Hgl. Gartenbauinspektors John-Steglich in diesem Jahre gärtnerisch hergerichtet werden. An dem Auslauf des Fluges in der Nähe des Marktplatzes ist ein 400 Quadratmeter großer Spielplatz für Kinder vorgelesen. Die Gesamtkosten für die Anlage belaufen sich auf circa 16 000 M., von denen die Terraingesellschaft 13 500 M. zu übernehmen hat. — Der für den älteren Ortsteil gültige Tarif für Wasserentnahme vom Gemeindevorstand Rummelsburg, welches für diesen Ortsteil das Monopol hat, ist infolge geändert, als die Bestimmungen bei hohem Verbrauch fortgefallen sind. Die hiesige Gemeindevorwaltung plant nun, für den Preis des Wassers vom eigenen Werk, welches den neuen Ortsteil versorgt, dieselben Bestimmungen gelten zu lassen und findet damit den Beifall der Hausbesitzer, welche die hohen Preise zahlen müssen. Maßgebend für diese ist der Konkurrenzweid, indem befürchtet wird, es könnten bei den niedrigen Wasserpreisen dort die Wohnung billiger werden. Eine nette Gesellschaft! Hoffentlich hat die Gemeindevorstellung hierüber eine andere Ansicht, denn ein Wasserpreis von 30 Pf. pro Kubikmeter ist wirklich unerhört.

**Antischer Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Großhandel in den Central-Marktschulen.** Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Milch: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fest. Schlachtvieh: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas lebhaft, Preise teilweise hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise behauptet.

**Witterungsbericht vom 4. Februar 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Strombe.	751 SB	1	Dunst	1	Labaranda	761 SB	0	bedeckt	-4		
Hamburg	751 DRD	2	bedeckt	1	Petersburg	768 SD	2	Schnee	-10		
Berlin	751 SD	2	bedeckt	-1	Scilla	756 NWB	4	bedeckt	8		
Frankf. a. M.	749 RD	1	wolfig	1	Berdeen	750 SB	2	wolfig	1		
Wien	750 SB	4	Schnee	-2	Varis	—	—	—	—		
Wien	751 R	1	bedeckt	-1							

**Wetterprognose für Sonnabend, den 5. Februar 1910.** Vorwiegend trübe und neblig mit Schneefällen und meist schwachen östlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.**

Wasserstand	am 3. 2. 2	am 4. 2. 2	Wasserstand	am 3. 2. 2	am 4. 2. 2
Remel, Mühl	379)	-6	Saale, Großh.	157	-5
Bregel, Müllersburg	18	-4	Saale, Spanbau	120	0
Beisel, Horn	589)	0	Rafsenow	158)	0
Ober, Rathor	132	+1	Spre, Spremberg	94	0
Kroffen	152	-3	Seehon	172	0
Frankfurt	169	-3	Sejer, Münden	2	-1
Carthe, Schrimm	38)	-2	Rinden	112	-10
Landberg	64	-6	Rhein, Regimiliansau	468	-9
Rehe, Verdamm	32	-5	Kauz	295	-18
Elbe, Zeitmerz	17	-3	Rain	371	-34
Dröden	-104	-1	Redar, Heilbronn	130	+2
Barbe	196	-3	Rain, Berthelm	—	—
Magdeburg	157	-3	Rosel, Trier	—	—

) + bedeutet Hoch. — Fall. \*) Unterpegel. \*) Eisland. \*) Eisbewegung. \*) Abfließen. \*) Übergang.

# Serien-Tage

95

## Voranzeige!

Beginn

## Sonnabend, 5. Februar

Enorm billiger Verkauf grosser Warenposten zu noch nie dagewesenen Preisen

1.95

## Die Extra-Beilage

am Sonntag bitte zu beachten.

Trotz der billigen Preise Rabatt-Marken mit Ausnahme einiger Artikel

2.95

# Kaufhaus

## Wilhelm Joseph

Berlin W. Schöneberg  
Grossgörschenstr. 1. Hauptstr. 163.

Soeben erschienen:

## Aus meinem Leben.

Von August Bebel.

Erster Teil.

Preis brosch. 1,50 Mk. Gebunden 2,— Mk.  
Porto 20 Pf.

Das vorliegende Buch ist von der Presse günstig beurteilt worden. Bei der hohen Bedeutung des Verfassers für die Arbeiterbewegung sollte das Buch, das einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung darstellt, von jedem Arbeiter gelesen werden.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW.,  
Lindenstr. 69 (Laden).

## HERREN KNABEN KLEIDUNG

## S. LEVY, CHARLOTTENBURG SCHARRENSTR. 36.

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die wir zur Anschaffung empfehlen:

**P. Göhre, Schule, Kirche, Arbeiter**  
Ein Vortrag Preis 15 Pf.

**Dr. M. Quarck, Kommunale Schulpolitik**  
Ein Führer durch die Gemeindegewalt auf dem Gebiete der Volksschule Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

**Heinrich Schulz, Sozialdemokratie und Schule** Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 30 Pf.

**Dr. R. Silberstein, Das Schulkind** Preis 20 Pf.

Der Verfasser verfolgt im vorliegenden Heft die Entwicklung des Kindes während der Schulzeit.

Berlin SW.,  
Lindenstr. 69 (Laden)

**Kottkes Drogerie,** Baumschulenweg.

empf. ihre Spezialitäten sowie ämtl. Mittel zur Krankenpflege.

---

**Arbeiter-Notiz-Kalender**

**1910**

Geb. 50 Pf. Porto 10 Pf.

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Vorige Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Organisationen. — Preissteigerung und Arbeitslohn. — Was die Berufsberatung lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspressen. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streit- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Vertreter und der Verbände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande. — Die deutschen Gewerkschaften. — Kalenderium und Geschäftskalender. — Portofree. — Vielfältiges Adressenmaterial.

Außerdem enthält der Kalender ein künstlerisch ausgestattetes Bebilderungs- und Porträts der in Reichstagen gewählten Genossen Winder, Huber u. Schipflin.

In bester durch jede Parteibuchhandlung und bei den Parteipostreuren.

Der Verlag:  
Buchhandlung Vorwärts  
Berlin O. W.

**Herren-, Damen-, Kinderwäsche**

eigenes Fabrikat.

**Margarete Dietrich**  
Berlin O.,  
Mirbachstr. 25,  
Eingang Samariterstraße.